

# Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

### Sprechstunden

Sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

### Insertionspreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

### Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich . . . . . Kr. 2-88  
Ganzjährlich . . . . . 5-76  
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.



Wahlspruch:  
Was wir begehren von der Zukunft fernent:  
Dah Brot und Arbeit uns gerüftet stehen,  
Dah unsere Kinder in der Schule lernen  
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.  
O. Herwegh.

## Der bürgerliche Gewerkschafts-schwindel.

Das die sogenannte christliche und nationale Arbeiterbewegung von den bürgerlichen Klassen-gegnern der Arbeiterschaft mit Absicht gegründet und unterstützt wurde, ist eine längst offenkundige und oft genug erwiesene Tatsache. Seit den Tagen nämlich, wo die Gewaltthat des bürgerlichen Klassenstaates, die noch vor nicht allzu langer Zeit gegen die Bewegung der Arbeiterschaft ins Werk gesetzt worden war, kläglich mißglückt ist, hat der Kapitalismus verzweifelt nach einem Mittel gesucht, wie er sich am besten eine selbständig vorgehende Arbeiterschaft vom Leibe halten könnte. Wie aber sonst sollte das am besten geschehen können, als indem man die Organisationen der Arbeiter selbst beeinflussen und so gut als möglich beherrschen könnte. Der Kapitalismus verstand sich auf die Realpolitik, die mit den gegebenen Verhältnissen rechnet, und richtete sich darauf ein, indem er es vorzog, durch seine „wissenschaftlichen“ und „sozialpolitischen“ Abspäcker den Arbeitern einreden zu lassen, daß sie ihre beruflichen Interessen ebenso gut, ja noch besser in den nationalen und christlichen Verbänden wahrnehmen können, als das sonst von der internationalen „religiösen- und vaterlandsfeindlichen Sozialdemokratie“ geschehen könne.

Das diese Versuche viel früher schon im Deutschen Reiche als bei uns unternommen wurden, ist nur der deutliche Beweis dafür, wie zutreffend man diese fonderbaren Gebilde von Arbeiterorganisationen beurteilt, wenn man ihre Entstehung auf das Bestreben, der Bourgeoisie zurückzuführen, die eigentliche Führung der Arbeiterschaft nicht aus der Hand zu lassen. Der demokratische Charakter des Staatslebens, der im Deutschen Reiche auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes früher schon wie bei uns die bürgerlichen Schichten zwang, mit den Arbeitern bei Wahlen in die öffentlichen Körperschaften zu rechnen, zwang naturgemäß, sich irgendwie die Gunst und die Gefolgschaft der Arbeiter zu ergattern. Und aus diesem nur allzu natürlichen Bestreben heraus sahen wir auch, wie in Tagen des allgemeinen Wahlrechtes die bürgerlichen Abwärtigungen an die Arbeiter immer mehr und zahlreicher wurden, und wie Leute, die sonst nur als die offenen und brutalen Gegner der Arbeiterklasse auftraten, rasch einen volkstümlichen Mantel umhingen, um sich so der neuen Wählerklasse als die neuesten Freunde und Helfer zu nahen. Das Wachstum der modernen Organisationen der Arbeiter, das durch keine Gewaltmaßregeln dauernd gehindert werden konnte, hat also die Rolle der bürgerlichen Klassen-gegner vermindert. Aus dem offenen und zum rückwärtslosen Bekenntnis geneigten Gegner ist der verkappte gleichnerische Feind geworden, der aus wohlverstandener politischer Interesse sich hinter einer diplomatisch gespielten Komödie verschauelt, und sich als wohlmeinender Freund und Berater der Arbeiterschaft zu nähern versucht.

So sehr nun solche schlau eingefädelten Verjuche zuweilen auch geeignet sein mögen, einen Teil der Arbeiterschaft zu täuschen und irrezuführen, für die Dauer lassen sich glücklicherweise die Klasseninteressen nicht verhüllen. Man kann der modernen und wahren Arbeiterorganisation damit ohne Zweifel Hindernisse und Schwierigkeiten in den Weg legen und ihren Aufstieg verlangsamen, aber ihr so, wie man es gehofft hatte die Lebenskraft entziehen, kann man eben nicht. Diese wurzelt eben in den Klassenverhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft, und sie saugt immer neue Nahrung aus dem ökonomischen Zwiespalt, der die kapitalistische Gesellschaft in zwei feindliche Lager trennt.

Immer wieder, wenn nämlich für diese sogenannten „gelben“ Organisationen, gleichviel, ob sie im christlichen oder nationalen Fahrwasser segeln, die

gebieterische Notwendigkeit erwächst, sich klar für oder wider die Interessen der Arbeiter zu entscheiden, wird die Demagogie ihres zwiespältigen Wesens auch für den Indifferentesten offenbar. Bei jedem Lohnkampf, der beispielsweise in Oesterreich irgendwo geführt wurde, bei jedem Streik und bei jeder Aussperrung hat uns fast regelmäßig die Erfahrung gelehrt, wie diese Aushornganiserten zu Verrätern an den wirtschaftlichen Interessen ihrer Berufs- und Klassengenossen wurden, indem sie sich zu den schmachlichsten Streikbrecherdiensten verwenden ließen. Diese Erfahrung hat man auch jetzt wieder bei den vor wenigen Tagen erfolglos abgebrochenen Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier gemacht. Nicht bloß, daß dort wie in vielen anderen Fällen sowohl in Oesterreich wie in Deutschland die christlichsoziale sogenannte Gewerkschaft sich von vornherein auf den Streikbrecherstandpunkt gestellt hat, der Führer der sogenannten christlichen Arbeiterpartei, Herr Giesbert, fand auch noch den traurigen Mut, den Standpunkt der „Selben“ im deutschen Reichstag zu verteidigen. Er sagte nämlich in der Sitzung vom 14. März folgendes:

„Ein Bergarbeiterstreik ist etwas anderes als ein Streik in anderen Berufen, beispielsweise bei den Bierrenarbeitern und bei den Schneidern. Wenn die Bergarbeiter in den Streik treten, so hat das zur Folge, daß Hunderttausende Arbeiter andere Berufe brotlos werden. . . . Wenn für die Industrie die Kohlen ausbleiben, so hat das für sie unmittelbare schlimme Nachwirkungen. . . . Ein Bergarbeiterstreik ist also für die Volkswirtschaft ganz anders zu bewerten als ein Streik eines anderen Berufes. . . . Sie (zu den Sozialdemokraten) mögen sich ja von dieser Verantwortung frei wissen, weil der Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung eine Ihrer Hauptaufgaben ist, wir aber, die wir auf dem Boden der heutigen staatlichen Ordnung stehen, sind von der Verantwortung durchdrungen, welche ein solcher Streik für andere Berufe hat.“

Dieses Geständnis ist kostbar und zeigt mit deutlicher Schärfe, wie wenig die sogenannten christlichen Gewerkschaftler wirkliche Arbeiterinteressen vertreten könnten, auch wenn sie dazu die Absicht hätten. Die christlichen Gewerkschaften „stehen auf dem Boden der heutigen staatlichen Ordnung“, so sagt ihr hervorragender Führer. Und in der Tat müssen sie das, weil sie sonst in Widerspruch kämen mit den Lehren der christlichen Staatskirche, die diese staatliche Ordnung als von Gott eingelegt betrachtet, wonach alles, was diese staatliche Ordnung auch nur verletzen oder erschüttern könnte, als schwere Todsünde folgerichtig gemieden werden muß. Aber die Voraussetzung, die staatliche Ordnung und die kapitalistische Volkswirtschaft zu verletzen und zu schädigen, die Herr Giesbert bei einem Streik der Bergarbeiter für so ausdrücklich gegeben erachtet, trifft nicht bloß bei einem Lohnkampf der Kohlengräber zu. Die kapitalistische Volkswirtschaft leidet gerade so gut unter einem Streik der Verkehrs- und Nahrungsmittelarbeiter, der für den Staat und die Volkswirtschaft in seinen desorganisierenden Wirkungen für die Dauer höchst verhängnisvoll werden könnte. Was bei der einen Arbeiterschichte zutrifft, kann ebenso gut bei einer anderen Schichte zutreffen, wenn der Lohnkampf so ist, daß er tief in das soziale Gerieche der Gesellschaft einschneidet. Die Wirkungen, die sich aus einem großen Lohnkampf, der in einem sozialen Massenkampf ausartet, für die Volkswirtschaft ergeben, können graduell verschieden sein, der wirkliche Effekt aber ist immer der, daß er die Lebensadern der bürgerlichen Gesellschaft, den Profit, durchschneidet. Das aber ist einer der stärksten Expeller, auf dem die kapitalistische Gesellschaft ruht,

denn aus dem Profit fließt die unererschöpfliche Quelle des Mehrwerts, der das Reservoir für die kapitalistische Volkswirtschaft darstellt. Und wer irgendwie diese Quelle verstopft, der sündigt an den höchsten Aufgaben, die der kapitalistische Staat zu schützen hat. Ist der Streik aber ein Kampf um die Größe des Profits, und um den Anteil an jedem durch die Arbeit geschaffenen Mehrwert, so ist die ganze moderne Arbeiterbewegung die den Lohnkampf in seiner organisierten Form ja nur als Waffe benützt, schließlich doch nur in letzter Linie eine Auflehnung gegen diese „gottgewollte“ Ordnung selbst, in der es gestattet ist, daß der Ertrag der Arbeit den eigentlichen Nichtarbeitenden zufließt. Die „christliche Arbeiterbewegung“ aber steht auf den Boden dieser Ordnung, und sie muß im Namen ihrer Nutznießer verlangen, daß ihr Bestand unangetastet bleibe. Herr Giesbert hat nur ausgesprochen, was jeder Vernünftige längst zuvor gewußt hat; aber es ist gut so, daß von Zeit zu Zeit auch von berufener Seite klar einbekannt wird, daß der Zweck der christlichen Gewerkschaften der Schutz der Unternehmerinteressen ist!

## Vom „Schubfeken der Regierung“.

Neue Bekenntnisse über die deutschnationale Arbeiterpartei.

Zu den vielen in letzter Zeit bekannt gewordenen Bekenntnissen ehemaliger deutschnationaler Parteigenossen veröffentlicht nun auch das deutschnationale „Karlshaber Bodeblatt“ einen Artikel, der als Beweis gelten kann, daß es auch in den national verkleisterten Gehirnen allmählich heller wird. Der Artikel stammt aus der Feder eines „gewesenen deutschen Arbeiterparteilers“, der doch seine früheren Parteigenossen und die gelbe Reichspartei genau kennen muß. Nach einer längeren Einleitung wird konstatiert, daß als Grundforderungen einer nationalen Arbeiterpartei folgende gelten müssen:

1. Erhaltung und Förderung des kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Besitzstandes des Volkes.
2. Der mit der Zeit sich ergebende wenigstens teilweise Ausgleich der Klassengegensätze durch die Sozialreform.

Nach dieser Feststellung wird konstatiert, daß die deutschnationale Arbeiterbewegung von den deutschbürgerlichen gemacht wurde:

„Als vor wenigen Jahren noch wurden die vom Internationalismus sich lösenden deutschen Arbeiter von den bestehenden deutschbürgerlichen Parteien freudig aufgenommen, in ihren materiellen Interessen von ihnen beschützt. — Die bürgerlichen Parteien waren es, welche den ersten nationalen Arbeiterführern in ihren Organisationen Unterstützung gaben, Arbeitsekretariate begründeten, Vereine jubentionierten, den Verein selbst beitraten, um sie zu stärken. Ist es doch diesen Parteien klar, daß durch das Abschwenken der Arbeiterschaft vom Internationalismus die politische Stellung der Deutschen in den Vertretungskörpern erst dann jene Stärkung bekommt, welche bis heute durch die Internationale geschwächt wurde. Trotzdem die deutschen Arbeiter sich vor nicht ganz vier Jahren als selbständige Partei erklärten, erhielten sie noch reichlich die deutschbürgerliche Hilfe. Fast alle deutschpöhlischen Vereine der Arbeiter haben zum Teil noch bürgerliche Mitglieder unter sich, die mit den Arbeitern lediglich nur das nationale Interesse verbindet; ihre wirtschaftlichen und sozialen Forderungen sind andere. Durch die Selbständigkeit der deutschen Arbeiter als Partei muß aber die bürgerliche Hilfe mit der Zeit verschwinden. Will die deutsche Arbeiterpartei Einfluß auf die im Lager der Sozialdemokratie stehenden Arbeiter nehmen, so muß ihre Tätigkeit positive Vorteile zeitigen. Die deutschnationale Arbeiterschaft wird dadurch auf das gewerkschaftliche Kampfgebiet gedrängt, wird mit ihren früheren Beschützern in Kämpfe oft verwickelt, und was aber das Gefährlichste ist, sie kommt mit der härter und mustergültiger organisierten sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Fühlung.“

Die Furcht, daß die deutschnationalen Arbeiter durch das Verbot vom „Klassenkampf“ wirklich dazu getrieben werden könnten, gewerkschaftliche Forderungen zu stellen, ist es, die den Deutschbürgerlichen die Demagogie der gelben Arbeiterpartei als gefährlich erscheinen läßt. Das geht deutlich aus nachfolgenden Stellen hervor:

„Nichts ist aber der Sozialdemokratie erwünschter, als eine deutschnationalen Arbeiterorganisation mit ihr selbst in einen Kampf zu verwickeln. Eritens besitzt die Sozialdemokratie noch das Gros der Arbeiter in ihren Organisationen; ihre Gewerkschaften besitzen vollgefüllte Kassen, während hingegen die deutschen Arbeiterorganisationen in jeder Hinsicht Schwäche aufweisen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften unterstützen deutschnationalen Arbeiter im Kampfe und gewinnen hierdurch wieder an Einfluß, während die nationalen Arbeiter zerstreut oder von der Sozialdemokratie wieder aufgelesen werden. Damit ist aber jahrelange, mühevoll Arbeit vernichtet und viele nationale Arbeiter gehen für die nationale Sache in Oesterreich verloren!“

„Besitzt aber die deutsche Arbeiterpartei die Kraft, ohne bürgerliche Hilfe die internationale Sozialdemokratie erfolgreich zu bekämpfen oder ihr in irgend einer Weise Abbruch zu tun? Wir sagen einfach: nein! Sehen wir uns doch die Organisation an: besitzt sie die nötige Schulung, besitzt sie die Führung, besitzt sie die unbedingt notwendige Opferwilligkeit ihrer Mitglieder? Was geschieht hinsichtlich der Aufklärung der Arbeiter, was in Agitation? Wie steht sie hinsichtlich der Reinheit so mancher Unterführer da? Das Gute, durch die Kritik eine Besserung herbeizuführen, wird man wohl anerkennen müssen, also kann es nicht schaden, wenn Dinge endlich öffentlich besprochen werden, welche ohnehin die Späßen auf den Dächern pfeifen. Nichtsdestoweniger wollen wir auf Einzelheiten heute nicht weiter eingehen. Wir wollen nur folgendes sagen: Wo ist eine zielbewusste Agitation, die Arbeiter zu nationalem Empfinden zu erziehen? Man kann ruhig behaupten, daß nationale Empfinden der jetzigen deutschen Arbeiter ist die Frucht der bürgerlichen, vornehmlich der deutschradikalen Agitation, ist die Folge des allgemein gehobenen Nationalbewußtseins des deutschen Volkes — die deutsche Arbeiterpartei hat daran nur einen ganz geringen Anteil!“

Was wir oft und oft sagten, daß die Berichte über den hohen Mitgliederstand der gelben Organisation erlogen sind, daß es mit der Reinheit so mancher Führer schlecht bestellt ist, wird nun von deutschbürgerlicher Seite bestätigt. Solche Organisationen sind natürlich zu schwach, um den Sozialdemokraten ernstlich zu schaden. Deshalb glauben die Bürgerlichen, es sei vorteilhafter, die Arbeiter für die deutschradikale Partei einzufangen.

Soll nun die deutschradikale Partei ruhig zusehen, wie die mit vieler Mühe gewonnenen Arbeiter wieder verloren gehen, einzig allein durch die verfehlte Organisation der deutschen Arbeiterpartei? Soll die mit vieler Mühe gewonnene bessere politische Stellung der Deutschen wieder vom Internationalismus erobert werden? Aber auch die Arbeiter, welche wieder in die Fänge der Sozialdemokratie gezwungen werden, haben nichts Gutes zu erwarten. Im Interesse dieser und deren Wichtigkeit für die nationale Sache ist es daher nationale Pflicht, wenn sich die deutschradikale Partei beizeiten um diese Arbeiterschaft kümmert.“

Freilich ist auch diese Rechnung falsch. Auch der deutschradikalen Partei wird das nicht gelingen, was der Demagogie der deutschen Arbeiterpartei mißglückt: die deutschen Arbeiter in größerer Zahl für sich zu gewinnen. Wenn Deutschradikale und gelbe Arbeiterpartei sich um die Arbeiter halben, wird der lachende Dritte die Sozialdemokratie sein.

### Nationale Eisenbahnervertretung. Wie ein nationalsozialer Abgeordneter verunglückte Eisenbahner nun die Rechte bringen will.

Bei den letzten Reichsratswahlen wurde in dem böhmischen Reichsratswahlbezirk Nusle-Brschowitz-Michle der tschechischnationalsoziale Offizial der Staatsbahnen Jan B. Wojna aus Prag zum Abgeordneten gewählt. Wojna ist zugleich Obmann des Vollzugsausschusses der tschechischnationalsozialen Partei, Obmann des Landesverbandes der Bahnbediensteten in Böhmen, Mähren und Schlesien, Obmann einer Baugenossenschaft der Bahnbediensteten und Obmannstellvertreter des Verwaltungsrates der Buchdruckerei „Melantrich“ in Prag, also ein durchaus mit vielen Ämtern und Würden versehener tschechischnationaler Parteihauptling und Intimus der Herren Burival und Klossac. Zugleich fungiert Herr Jan Wojna auch als Vertrauensmann der Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung österreichischer Eisenbahnen, in welcher Eigenschaft er den kommissionellen Erhebungen der Anstalt beigezogen wird.

Wie diese letztgenannte Wirksamkeit des Herrn Reichsratsabgeordneten und vielfachen tschechischnationalen Würdenträgers und Vertrauensmannes aussieht, das soll an der nachfolgenden aktenuäßig festgestellten Begebenheit drastisch erwiesen werden.

Laut Unfallsanzeige vom 12. Dezember 1911 verunglückte der Eisenbahnbedienstete Karl Wagle in Obernitz, indem er im Dienste Rippenbrüche und Quetschungen erlitt. Die Berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt hat nun mit Schreiben vom 5. Jänner 1912 die L. I. Bezirkshauptmannschaft in Brüx ersucht, die diesbezüglichen Erhebungen zu pflegen und den Delegierten des Direktionsbezirk Prag, welcher von den Bediensteten gewählt wurde, Herrn Reichsratsabgeordneten Wojna als Vertrauensmann zuzuziehen. Die Erhebung wurde ausgeschrieben, doch wer nicht kam, war der Vertrauensmann, Reichsratsabgeordneter und mehrfacher Würdenträger Herr Jan B. Wojna. Am 15. Februar 1912 wurde der Akt seitens der Anstalt ertücht, worauf die Bezirkshauptmannschaft Brüx an die Berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt nachfolgendes Schreiben sandte:

A. I. Bezirkshauptmannschaft Brüx!  
Nr. 11.274. Brüx, am 22. Februar 1912.  
Wird der Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen in Wien übermietet, daß der Erhebungsakt dem namhaft gemachten derzeitigen Vertrauensmann, welcher zur Erhebung nicht erschienen war, über dessen tatsächliches Ergehen am 9. Februar 1912 zur Einsichtnahme und Weiterleitung übersendet wurde.  
Der L. I. Bezirkshauptmann:  
Dr. Lutsch m. p.

Diesem ihm überfandten Erhebungsakt legte nun Herr Jan Wojna folgendes Schreiben bei, das die Berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt zugleich mit dem Akt der Bezirkshauptmannschaft erhielt:

Pras. 4. März 1912.  
Lößliche Berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt der Eisenbahnen in Wien.  
Ad 3. 30.629 ex 1911.  
Bei der in Obernitz abgehaltenen kommissionellen Untersuchung habe ich das Nachstehende festgestellt:  
Ad 1. Die Ereignung des Unfalles kann man nicht als erwiesen annehmen.

Ad 2. Die Angaben des Verletzten sind nicht glaubwürdig.  
Ad 3. Karl Wagle stand am 4. Dezember 1911 überhaupt nicht im Dienste; er war an demselben Tage nachmittags in Brüx und benützte zum Nachhausegehen die Strecke, die der Güterzug 888 um 7 Uhr 44 Min. bis 8 Uhr 4 Min. durchfährt. Meiner Meinung nach hat dieser Zug Wagle gestreift und geschleppt. Endlich ist zu bemerken, daß die Erhebungen, welche die Gendarmerie wegen des angeblichen Unfalles eingeleitet hat, ergebnislos geblieben und auch keine Zeugen zugegen waren.  
Prag, am 23. Februar 1912.  
Jan B. Wojna m. p., Vertrauensmann.

Partikulare des Delegierten Jan B. Wojna, wohnhaft in Prag, königliche Weinberge aus Anlaß seiner Intervention als Vertrauensmann bei den in Obernitz stattgefundenen Erhebungen über den Unfall des Verschlebers K. Wagle.  
Nr. 30.629/U ex 1911.

Unterschrift des Reichsratsabgeordneten Jan B. Wojna m. p.  
Liquid, und zwar an Diäten 12 Kr.  
Der Erhebungsakt der Bezirkshauptmannschaft hat unter anderem eine Rubrik, die folgende Ansicht aufweist:

Vormerk des Vertrauensmannes:

30 Ergänzung des Erhebungsaktes folgt mit		
Wojna.		
Leiter der Kommission.	Betriebsleiter.	Zeuge.
Vertrauensmann (nicht anwesend).	Verletzte.	Zeuge.

Das Vermerk unter der Rubrik „Vertrauensmann“ („Nicht anwesend“) wurde vom Leiter der Kommission, dem Bezirkshauptmannschaftskontzipisten Herr Varetta gemacht, von Herrn Wojna jedoch durchgestrichen. Ebenso waren die Querstriche, die in der Rubrik 89, wie auch auf der Linie oberhalb der Rubrik „Vertrauensmann“ von der Hand des Herrn Wojna nachträglich einer „Korrektur“ unterzogen worden. Herr Jan Wojna, der Reichsratsabgeordnete und mehrfach ausgezeichnete tschechisch-nationale Vertrauensmann, hat also bewußt und absichtlich einen amtlichen Akt gefälscht und über einen unfallverletzten Eisenbahner ein Gutachten, ohne daß er bei der kommissionellen Erhebung anwesend war — abgegeben, auf dessen Grundlage die Ansprüche des Verletzten hätten abgemessen werden zu müssen, wenn eben der ganze Schwindel nicht rechtzeitig entdeckt worden wäre. Und Herr Jan Wojna hat überdies widerrechtlich an Diäten 12 Kronen eingestekt, weil er eben an der kommissionellen Erhebung, für die diese Entschädigung erfolgt ist, gar nicht teilgenommen hat. Wie man sieht, hat die parlamentarische Körperschaft am Wiener Franzensring einen Mann in ihrer Mitte, der durch und durch ein Ehrenmann ist. Aber Herr Wojna und die übrigen nationalen Herren werden natürlich, trotzdem so wie sie es bisher getan haben, weidlich über die sozialdemokratischen Funktionäre in der Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt schimpfen. Und das umso mehr, nachdem gerade sie es sind, die den national verführten Eisenbahnern die Augen öffnen helfen, damit diese genau erkennen, wie die Kumpane aussehen, die sich als nationale Vertrauensmänner den Eisenbahnbediensteten aufzudrängen verstanden haben!

### Feuilleton.

#### Das deutsche Eisenbahnwesen der Gegenwart.

Im Verlag der Buchhandlung Neiman Gobbing in Berlin ist eine Darstellung des Eisenbahnwesens des Deutschen Reiches erschienen, die allgemeine Beachtung verdient und die nicht nur den reichsdeutschen Eisenbahnbediensteten, sondern auch jenen außerhalb der deutschen Grenzpfähle eine nützliche Nachlektüre abgeben wird. Mit den mannigfaltigen Eisenbahndienstzweigen vertraute Fachmänner der deutschen Verkehrsverwaltungen haben ihr Wissen zusammengetragen, um in diesem Werk ein Bild von der Vielfältigkeit des Eisenbahnbetriebes, von der Fülle der in den Dienst der Eisenbahn gestellten mechanischen und menschlichen Kräfte, von der Kompliziertheit des technischen Eisenbahnapparates und von der Unsumme an diesem angewandeter geistiger Arbeit zu geben. Man lege das Schwergewicht bei der Darstellung der Eisenbahnrichtungen nicht so sehr auf die Schilderung des Werdeganges dieser Einrichtung, sondern auf die Vorführung derselben in ihrer heutigen, vollkommenen Form. Das, was man hierdurch dem Umfang des Werkes abgemann, kommt dessen Uebersichtlichkeit zu statten. Trotz der Oekonomie beim Umfang der einzelnen Darstellungen geben letztere doch vollkommen ausreichende Bilder der geschilderten Einrichtungen ab.

Das Werk leitet ein Kapitel über die geschichtliche Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens ein, das sich nicht auf die chronologische Registrierung der Eisenbahnverbauungen beschränkt. Es gibt interessante Aufschlüsse über die wirtschaftlichen Einflüsse des Entstehens des Eisenbahnverkehrs und über sonstiges Interessantes aus dem Ursprünge des Eisenbahnbetriebes, wie über die ursprüngliche Unerfahrenheit in der Tarifpolitik, die ersten Systeme deutscher Eisenbahnneze und die erste Aufrollung der Frage: Staats- oder Privatbahnbetrieb.

In den folgenden Kapiteln: Die Linienführung und Bahngestaltung, Der Eisenbahnerbau, Die Bahnhofsanlagen und Eisenbahnhöfe

bauten und Die Sicherungs- und Signalanlagen, wird nun der Bahnbau, von der Projektierung neuer Linien bis zur vollständigen Vollenzung des Schienenweges und der Bahnhöfe geschildert. Das Trassieren, der Erdunterbau, die Schuttbauarbeiten, die Eisenbahnbauwerke, der Tunnelbau, die Leitung des Oberbaues, die Schienen, die Schwellen, die Lagen, das Kleinisen (Schwellenschrauben und Spalten), die Weichen und Kreuzungen, die Drehscheiben und Schiebepfähne, die Geleisepläne und Bahnsteiganordnungen, die baulichen Anlagen für den Personenverkehr, die Abstellbahnhöfe, die Güterbahnhöfe, die Verschubbahnhöfe, die Lokomotiv- und Wagenschuppen, die Wasserwerke, die Wägebauarbeiten, die Bahnhofsbeleuchtungen und die Signale und Sicherungsanlagen, nach ihrem neuesten Stande, erfahren in diesem Kapitel eine eingehende Besprechung, welcher viele Illustrationen (das ganze Buch ist reich illustriert) beigegeben sind.

In den Kapiteln: Lokomotiven und Zubehör, Personen-, Post- und Gepäckwagen, Güterwagen, Triebwagen Bremsen und Kupplungen sind die Fahrzeuge der deutschen Eisenbahnen ausführlich beschrieben. Hier wird vornehmlich die Entwicklung der Lokomotiven, die mit der Verwendung des Heißdampfes oder des überhitzten Dampfes in eine neue Epoche getreten ist, geschildert, in welcher Epoche Deutschland führend vorangegangen ist. Trotz der in Deutschland herrschenden Bestimmungen, die das Profil, den Raddruck und die Achsbelastung der Lokomotiven begrenzen, wurden Maschinen gebaut, die mit anderthalbtausend Pferdekraften die schwersten Lüge rasch befördern können. Einen ungeheuren Fortschritt hat auch der Bau der Personenwagen zu verzeichnen, was in dem betreffenden Kapitel recht anschaulich zum Ausdruck kommt. Uns wenig bekannt sind die Triebwagen, die neue, mit eigener Triebkraft ausgestattete Wagensattung, die ihrer leichten Beweglichkeit wegen zum Ausfüllen von Zugspausen und zum Herstellen von Zugverbindungen zwischen Haupt- und Nebenlinien verwendet wird. Man hat hier die in der Automobilindustrie gesammelten Erfahrungen dem Eisenbahnbetriebe dienbar gemacht. Tiefgreifende Änderungen sind bei den Luftbremsen bei den sehr schnell fahrenden Zügen geplant, wie auch die

Verwendung der Luftbremse bei den Güterzügen in Vorbereitung ist.

Dem elektrischen Eisenbahnbetrieb und den Bergbahnen sind eigene Abschnitte gewidmet. Die bayrische Staatseisenbahnverwaltung beabsichtigt, auf den Strecken Salzburg-Bad, Reichenhals-Verchtesgaden und auf deren Nebenlinien bei Ausnutzung der Wasserkraft der Salach, den elektrischen Betrieb einzuführen; ebenso die bairische Staatseisenbahnverwaltung bei Inanspruchnahme der Wasserkraft des Rheins bei Laufenburg auf der sogenannten Wiesentalbahn der Strecke Basel-Säckingen und ihren Nebenlinien. Beide Projekte, sowie die bereits elektrisch betriebenen Fernbahnen und die wichtigsten elektrischen Bahnen von örtlicher Bedeutung finden eine ausführliche Beschreibung. In Deutschland ergibt sich zur Anwendung der verschiedenen Bergbahnsysteme: Zahnradbahnen, Seilbahnen und Bergaufzüge, nicht die reichliche Gelegenheit, als etwa in Gebirgsländern. Nichtsdestoweniger haben aber die Erörterungen über diesen Zweig des Eisenbahnwesens in dem vorliegenden Werk nicht nur theoretischen Wert. In Deutschland sind die verschiedensten Bau- und Betriebsarten von Bergbahnen vertreten, und darunter sehr interessant angelegte Bahnen, so die Elberfelder Schwebebahn, zu deren Anlage nur der Raum über den Fluß Wupper verfügbar war, gegen dessen Ufer sich die schrägen Träger der Schwebebahn stützen, so daß hier mit der Lösung des Bahnführungsproblems gleichzeitig die größte Vermeidung von Unglücksfällen bei Störungen am Betrieb dieser Schwebebahn verbunden ist.

Damit ist die Schilderung des Baues und der Einrichtung der deutschen Eisenbahnen erschöpft und die folgenden Abschnitte behandeln die Bahnbewachung und die Erhaltung der Geleise- und Weichenanlagen. Ein Dienstplan für die Bahnbewachung veranschaulicht die Dienst-einteilung der reichsdeutschen Bahnwärter und unterbrochenen Zug- und Nebenbahnposten bei durchgehendem und unterbrochenem Zugverkehr. Diese Abschnitte sind wie folgt unterteilt: die Strecken-einteilung, die Streckenbewachung, die Ueberwege, Maßnahmen gegen Schneeverwehungen, die Vorkehrungen zur Verhütung von Waldbränden, ungünstige Einwirkungen äußerer Kräfte

### Der Aufstieg der Arbeiterklasse.

Wenn man den bürgerlichen Blättern, welche heute noch von einem großen Teil der Arbeiter gekauft und gelesen werden, glauben darf, so wird es auch Arbeitern noch schlecht ergehen. Ihr könnt nur durch eure eigene sozialdemokratische Massentampfororganisation jagen, aber diese Organisation geht nach dem Zeugnis der bürgerlichen Presse und der bürgerlichen Mandatspolitiker zurück und ist unrettbar dem Untergang preisgegeben, weil die Arbeiter selbst viel zu unfähig sind, jetzt an ihr zu halten und lieber ihren Unterdrückern nachlaufen, die Unternehmerhand küssen, die sie schlägt und den bürgerlichen Vertreter wählen, der sie verrät. Manchmal ist diese Prophezeiung der bürgerlichen Presse so aufschneiderisch, daß man den Eindruck hat, daß sie die Erfinder selbst nicht glauben, verfolgt man aber die Gegner tiefer und beobachtet man den scheiterten Geist, der noch vielfach in der Arbeiterschaft steckt, die Summe von Gleichgültigkeit, Feigheit und Spekulation auf Herrengnade, die in den verflachten und unwissenden Menschen noch vorhanden ist, das mangelhafte Selbstvertrauen, das selbst unter organisierten Arbeitern noch herrscht, die ungenügende Aufklärung, die einen guten Boden für die bürgerlichen Verführungskünste abgibt, so muß man den Gegnern zubilligen, daß sie nicht immer vom Untergang und Rückgang der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung reden und schreiben ohne daran zu glauben, sondern daß sie diesen Untergang wirklich erhoffen und alles dazu beitragen, um der Arbeiterschaft das Rückgrat zu brechen und sie in gelbe und schwarze Troßnechte der bürgerlichen Ausbeutung und Unterdrückung zu verwandeln.

Unsere Gegner glauben an die Vernichtung der selbständigen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, weil es immer noch in jedem Staat Millionen gleichgültiger Arbeiter gibt, um welche der Werkkrieg tobt und weil in jedem Staat noch Tausende von Arbeitern sich zum Streikbruch und zum politischen Verrat an ihren Brüdern dinge lassen. Aus dieser Tatsache entsteht eine große Schicksalsfrage für die gesamte arbeitende Menschheit: Wird es dem Unternehmertum und der Unternehmerpartei gelingen, den Aufstieg der Arbeiterklasse durch Zerkümmern der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung wirklich zu verhindern und geht diese Bewegung mit der Bildung von gelben und schwarzen Gewerkschaften wirklich zurück?

Die Frage kann ohneweiters mit einem überzeugungsvollen Nein beantwortet werden.

Die sozialdemokratische Bewegung kann durch die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe allerdings Rückschläge erleiden, sie kann durch gelbe und schwarze Gewerkschaften gehemmt und zu Zeiten, wie es der Streikbruch der christlichen Arbeiter im Ruhrrevier beweist, empfindlich geschädigt werden, aber dauernd zurück oder gar zugrundegehen kann sie nie, weil die Gesetze natürlicher Entwicklung niemals aufgehoben werden können.

Es liegt weder in der Macht der Gegner, noch in der Macht der gleichgültigen Massen oder des verdorbenen Niederwärtlers in den gelben und schwarzen Gewerkschaften, den Aufstieg der Arbeiterklasse als einer von den alten Gesellschaftsklassen vollständig losgelösten Macht dauernd zu hindern. Selbst die unartigsten Mitglieder der Sozialdemokratie können an der Tatsache des unaufhaltbaren Aufstieges der Arbeiterklasse nichts ändern, denn die Notwendigkeiten des Lebens sind stärker als alle Gegnerschaft oder Passivität gegen die sozialdemokratische Bewegung, sie setzen sich durch, mögen die Feinde noch so stark sein wollen, oder die Freunde sich den Kampf um unsere Ziele noch so gemächlich einrichten.

Im Grunde genommen sind ja die Arbeiter nicht besser als ihre Feinde, ja mangelhafte Erziehung und unausgeglichene Abhängigkeit hat gerade die Arbeiter noch vielfach kampfunfähiger gemacht als diese, die in der Herrenklasse und in übermütigen Selbstbewußtsein aufgewachsen, oft besser kühnen kühnen als diese. Zudem ist nicht zu leugnen, daß die Hochschulen und geistigen Verufe unseren Gegnern auch ungeheuren Einfluß gewähren und eine weit größere Anzahl werbefähig machen, als die mangelhafte Schulbildung unter den Proletariern.

Unsere Gegner haben die Gewalt der Unternehmer, der Banken, der Regierung und Verwaltung bis herab zur Gemeinde für sich, sie bilden in allen gesetzgebenden und verwaltenden Körpern die Mehrheit, sie haben immer hundert leistungsfähige Tageszeitungen gegen eine proletarische, an ihrer Seite kämpfen die Professoren, die Pfaffen, die Advokaten. Und dennoch werden sie unfähig sein, den sozialen, kulturellen und politischen Aufstieg der Arbeiterklasse zu verhindern, der selbst auf so ungünstigem Boden wie in Oesterreich mit seiner zurückgebliebenen Großindustrie, seiner nationalen Zerissenheit und kulturellen Inferiorität unverkennbar ist.

Was haben unsere Feinde seit 1907, seit welcher Zeit der Arbeiter auch für bürgerliche Parteien ein begehrenswerter politischer Besitz ist, gegen uns nicht alles unternommen!

Sie schlossen sich im Parlament zusammen, machten uns die Gewerkschaften, die Jugend und die Frauen streitig. Sie suchten uns politisch einflusslos zu machen und wirtschaftlich zu erdrücken. Sie sprachen über unsere Führer als von Giftpflanzen, die sich von den blutigen Arbeitergrößen ein schönes Dasein verschaffen, sie suchten das Vertrauen in unsere Lohnbewegungen und Aktionen für Eisenbahner und Staatsbedienstete zu erschüttern, sie haben uns täglich in ihren Zeitungen totgeschlagen und benütigten den Streit mit den Separatisten, um unseren Zusammenbruch zu prophezeien.

Und dennoch marschieren wir und mit uns taugen in der Internationale die Niesenkämpfe Englands auf, die der gesetzlichen Regelung des Minimallohnes die Bahn brechen.

Kein Tag vergeht ohne erfolgreiche Kämpfe und wenn jeder Arbeiter sein Tagblatt lesen und die Weltereignisse verfolgen würde, müßte er lächeln über die Kassandrarufer in den bürgerlichen Blättern, die uns immer im Rückgang sehen.

Der Kapitalismus schreitet über Millionen Existenzen rücksichtslos hinweg und der mit ihm verbündete Klassenstaat besorgt seine Geschäfte. In demselben Maße, als er seine Profite steigert und eine höhere Lebenshaltung des Proletariats nicht anerkennt, ist der Staat außerstande, für eine geordnete Lebensmittellieferung zu sorgen und die steigende Teuerung, die in karriellen, Zöllen, Steuern und agrarischen Koalitionen die Quelle haben, von uns zu nehmen. Diejenigen Proletariatschichten, die keine proletarische Politik machen, sondern der bürgerlichen folgen, gehen an Erschöpfung, Hunger und Krankheit zugrunde.

Auf den gelben und schwarzen Verrat folgt heute Verelendung und Hungertod, wie in alten Zeiten auf Schmutz und Krieg und schlechte Ernten die Pest folgte.

Der einzige Weg gegen die Verelendung ist eine sozialpolitische Massenpolitik in Gewerkschaften, Genossenschaften und Parlamenten.

Der einzige Weg zur geistigen Kampffähigkeit ist die eigene Tagespresse und unausgelehtes Werben, den Drachen Gleichgültigkeit zu töten.

Diese Wege geht das Proletariat, nicht weil es besser und edler ist als das Bürgertum, sondern weil es

dieselben gehen muß. Vorübergehender Rückgang oder Niederlagen spielen in diesem Prozeß keine Rolle, sondern sind die Leidensketten für ein größeres Aufstehen und den größeren Erfolg, der selbst auf dem ungünstigsten Boden nie ausbleiben kann. Gleichgültigkeit kann nur die Leiden des Hungers verlängern, nie ein weltgeschichtliches Faktum im Proletariat bleiben und nie unseren Aufstieg unmöglich machen. Für keinen Faktor auf dieser Erde trifft das Sprichwort:

„Wer nicht hören will, Der muß fühlen!“

so zu, wie auf den Arbeiter. Jede Stunde Gleichgültigkeit muß er mit Hunger und Entbehrung bezahlen, er hat in der Welt des Kapitalismus nichts zu verlieren als sein Kleid und seine Ketten, deshalb kämpft er lieber um das, was auf dem Spiele steht, für eine Welt, in welcher Arbeit Wohlstand und Arbeit Freiheit bedeuten.

Im Zeichen dieses Kampfes wird und muß das Proletariat siegen!

### Eine christlichsoziale Denunziation.

Verleumdungen unter dem Schutze der Immunität.

Der Tiroler Abgeordnete Dr. Schoepfer hat vor einigen Tagen eine Interpellation sowohl an den Eisenbahnminister als auch an den Justizminister gerichtet, die eine ganz infame und verleumdende Denunziation in zweifacher Hinsicht ist. Erstens wird nämlich in dem christlichsozialen Schundwerk, zu dem das Interpellationsrecht mißbraucht wurde, erzählt, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder in Innsbruck von den Bahnamtern favorisiert und bevorzugt werden, und zweitens wird gegen den Innsbrucker Bezirksrichter, weil er sich nicht für die christlichsoziale Parteiinstiz hergab, in der unflätigsten Weise losgejogen.

Den Anlaß zu dieser Gemeinheit bot ein Ehrenbeleidigungsprozeß, den der christlichsoziale Südbahnrevident Thurner gegen die „Innsbrucker Volkszeitung“ angestrengt hatte, weil ihn diese beschuldigt hatte, daß er im Dienste agiere. Als der geklagte Redakteur Genosse Kapoldi für seine Behauptung den Wahrheitsbeweis anbot und völlig lindenlos erbrachte, das Bezirksgericht wie das Landesgericht den Angeklagten in der Verurteilungsverhandlung in der Hauptsache freisprachen, geriet die christlichsoziale Größe in eine ganz beispiellose Wut. Thurner hoffte — und das beweist die Art, wie er den Prozeß führte, wohl bündig — im Gerichtssaal ein berühmter Mann zu werden. Er wollte, wie er selbst einbekannte, das „rote System“ kennzeichnen, und hat bei der Hauptverhandlung sogar einen Kammerstenographen mitgenommen, der die mit Konfusionsadeln überreich gespickte Kilometerrede des Thurner säuberlich festhalten mußte. Ueber die Verhandlung sollte nämlich eine Broschüre erscheinen, um den Mitmenschen Zeugnis abzulegen, daß in Innsbruck ein bisher leider noch unverstandener und unbeachtet gebliebener Geisteskräftiger lebt, der auf den Namen Thurner hört, der geboren wurde, um die Menschheit von den bösen Sozials zu erlösen und deshalb schleunigst aus der verstaubten Schreibstube emporgehoben werden sollte zu Macht und Würden. Die Geschichte hat aber einen schiefen Ausgang genommen. Nicht das rote, sondern das schwarze System ist im Gerichtssaale gekennzeichnet worden. Thurner, der den Gerichtssaal stolzer Hauptes betrat, schlich sich von der Stätte des Rechtes, gedestelt wie ein begoffener Budel!

Wutschnaubend hat nun der christlichsoziale Abgeordnete und Theologieprofessor Dr. Schoepfer im Verein mit einigen Gleichgesinnten wegen des Prozesses eine Interpellation an den Justiz- und Eisenbahnminister (!) eingebracht.

auf den Oberbau und ihre Bekämpfung, die Arbeitsformen der Gleisunterhaltung und die Arbeitsgeräte, die Abnutzung, Auswechslung und Wiederverwendung der Oberbauteile, die Beschaffung und Behandlung der Holzschwellen, die Erzeugung und Beschaffung neuer eiserner Oberbauteile, die Verwertung alter und gebrauchter Oberbauteile, die Beschaffung der Betongestricke und die Brellböcke. Eine kleine Tabelle über den Jahresaufwand an Arbeitstagen für die Unterhaltung eines Meeters Geleise regt zu Vergleichen mit den diesbezüglichen österreichischen Verhältnissen an.

Nicht weniger eingehend als die Wahrung ist die Wartung und Unterhaltung der Fahrzeuge und die Verwendung der Betriebsmaterialien insbesondere der Lokomotivenergie, die Wartung und Untersuchung der Lokomotiven, Wagen, Bremsen, die Reinigung der Fahrzeuge, Desinfektionsanstalten, die Viehwagenreinigung, Ausbesserung der Fahrzeuge, Ausmusterung derselben, die Anlagen der wichtigsten reichsdeutschen Eisenbahnwerkstätten, die Einrichtung der Werkstätten, die Beschaffung, Aufbewahrung und Verwendung der Materialien.

Der Betriebsausführung sind die Kapitel des Fahrplans, des Fahrdienstes, der Personentarif, die Personenabfertigung und Personenbeförderung, das Reisegepäck und Expressgut, die Güter- und Tierartefise, die Güterabfertigung und Beförderung, der Güterwagendienst und das Frachtrecht gewidmet. Man lernt aus diesen Abschnitten unter anderem die Grundlagen für die Bildung der Fahrpläne und Berechnung der Fahrzeiten und für die Erstellung der Tarife und die Abwicklung des exekutiven Dienstes in Deutschland kennen. Soweit bei letzterem die Einführungen mit unseren österreichischen Verhältnissen nicht übereinstimmen, trägt deren Kenntnis doch zum Verständnis der überall gleichen Gesichtspunkte bei, von denen aus der Eisenbahndienst eingerichtet wurde.

Kapitel über das Eisenbahnrrecht, die Eisenbahnverwaltungsordnung, die Verhältnisse zu den anderen Bahnen, das Verhältnis zur Post, Zoll- und Seeresverwaltung, das Staats-, Massen- und Rechnungswesen und die Finanz-

politik der deutschen Eisenbahnen, vervollständigen das Bild, das bei der Darstellung der inneren Einrichtungen des deutschen Eisenbahnwesens und seiner Bedeutung für das deutsche Reich entsteht. Spezielle Darstellungsgebiete behandeln die Aufsätze: das Bahnhofsnetz von Berlin, das Elektrizitäts- und Fernheizwerk in München, der Eisenbahnumschlagverkehr, die Kleinbahnen, die Eisenbahnen in den deutschen Schutzgebieten und die Eisenbahn-Versuchsbahn Oranienburg. Auf letzteren Aufsatz sowie auf den gleichfalls enthaltenen über Deutsche Eisenbahn-Museen kommen wir, wenn dies der Raum unseres Blattes zuläßt, noch ausführlich zurück.

Es würde zu weit führen, wenn wir auch nur aus einzelnen Abschnitten Proben ihres reichen Inhalts geben würden und so wollen wir denn nur noch bei dem Kapitel: Die Eisenbahnbeamten und die Arbeiter kurz verweilen. Man muß es aus der Art des Zustandekommens des Werkes für erklärlich finden, wenn der Ton der Darstellung zuweilen auf eine Verhimmelung der deutschen Eisenbahnzustände herausläuft und dies besonders bei der Schilderung der Fürsorge für die Bediensteten. Das Werk ist von einer Anzahl leitender Beamten der deutschen Verkehrsverwaltungen und unter Förderung deutscher Eisenbahngeneralbehörden, wie des preussischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, des bayerischen Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten u. s. w. herausgegeben. Auf anderem Wege ist ein Zustandekommen eines derartigen Werkes nicht leicht möglich. Daraus erklärt sich nun der Ton der Darstellung. Die technischen Einrichtungen der deutschen Eisenbahnen sind wohl in vielen Dingen vorbildlich und einwandfrei, doch keineswegs in allen ihren Teilen ohne Mängel. Die Fürsorge für die Bediensteten läßt noch viel mehr nach mancher Richtung zu wünschen übrig, wiewohl bezüglich derselben in dem Werk auch alles in den rosigsten Farben gemalt wird. Das vermag aber den Wert des Werkes in sachlicher Beziehung keineswegs herabzusetzen. Außerdem vermag sich auch die wirkliche Bedienstetenfürsorge auf den deutschen Bahnen noch neben unserer sehen zu lassen. Welchen Unterschied gibt es zum Beispiel gegen die schmuggigen Betten unserer Kasernen ab, wenn man

„Um bei dem täglichen Wechsel des Personals nicht jede Nacht frische Bettwäsche verwenden zu müssen, ist vielfach die Einrichtung getroffen, daß jeder Bahnbeamte von seiner Heimstation mit einer Garnitur Bettwäsche ausgerüstet wird, die er in einem besonderen Behälter mit sich führt und die nach etwa 14maliger Benutzung gegen reine ausgewechselt wird.“

Es vermögen daher die österreichischen Bahnverwaltungen aus dem Abschnitt: „Fürsorgemaßnahmen für das Personal“ noch vieles zu lernen, und da wollen wir den Herren Verfasser weiter den Ton ihrer Darstellung nicht nachtragen. Es heißt so unter anderem: „Im übrigen sind auch die Uebernachtungsgebäude mit geeignetem Lesestoff (vollständige Zeitschriften, patriotische Bücher u. s. w.) ausgerüstet.“ Wir hoffen, daß das Deutvermögen der reichsdeutschen Eisenbahner bei dieser patriotischen Lektüre in den Kasernen nicht Schaden nimmt und daß gleichzeitig ihrem Gesundheitszustand die größere Reinlichkeit gut bekommt.

Die Ausstattung des zweibändigen Werkes, das 15 Mk. kostet, ist eine äußerst gute. Die zahlreichen Illustrationen sind durchwegs gediegene. Dem Werk sind 13 statistische Tafeln in Mehrfarbendruck und eine Karte: „Die deutschen Eisenbahnen“ beigegeben. Jeder Eisenbahnbedienstete, der die beiden Bücher zur Hand nimmt, wird interessanten Lesestoff finden. Er wird bei aufmerksamer Lektüre sein sachliches Wissen erweitern.

Unsere sonstige Fachliteratur hat das Bestreben, zu spezifizieren. Die Uebersichtlichkeit dieses Werkes sammelt die Gedanken zur Betrachtung des großen Ganzen des Eisenbahnbetriebes. Jedem Eisenbahner, dessen Denken nicht in der Verdrängung der ihm zugewiesenen speziellen dienstlichen Obliegenheiten aufsteht und der sich eine allgemeine sachliche Bildung aneignen will, ist die Lektüre dieses Buches zu empfehlen. Vielleicht hat die eine oder die andere Ortsgruppe die Möglichkeit, durch Erwerbung dieses preiswerten Werkes ihre Bibliothek zu bereichern und ihren Mitgliedern gediegene Lesestoff zuzuführen. Erhältlich ist das Werk beim Verlag Neimann Neubing, Verlagshandlung Berlin SW. 61, Großbeerenstraße 17 oder durch die Volksbuchhandlung Ignaz Brand, Wien VI, Gumpendorferstraße 18.

Wie Schöpfer denunziert.

An sich ein außergewöhnliches Ereignis, denn eine Interpellation in einer vollständig privaten, dazu nicht sonderlich bedeutenden Streitfrage — und eine solche private Streitsache war der Prozeß Thurner gegen den verantwortlichen Redakteur — kann nur entweder in der notorischen Dummheit oder in schlechter Absicht des Interpellanten begründet sein.

Daß die Interpellation besser Denunziation genannt zu werden verdient, geht ja aus dem Umstand hervor, daß sie nicht bloß an den Justizminister, sondern auch an den Eisenbahnminister eingebracht worden ist, der mit der getränkten und nach der Meinung des Brigener Moraltheologen vom Innsbrucker Gericht nicht in ausreichender Weise reparierten Ehre des Agitators Thurner so wenig zu tun hat, wie der Professor Schöpfer mit der Entdeckung des Südpols.

Gemein und verlogen ist die Interpellation auch nach einer anderen Richtung, denn in derselben wird allen Ernstes die Behauptung aufgestellt, als hätten das Innsbrucker Bezirks- und Landesgericht in den Verhandlungen über die Ehrenbeleidigungsklage Thurner kontra Kapoldi zugunsten des Angeklagten Partei ergriffen.

So offenbart sich also diese Interpellation als ein ganz gemeines Nachwerk. Erstens soll das Eisenbahnministerium gegen die sozialdemokratische Eisenbahnerorganisation scharfgemacht werden, und zweitens will man einen Richter, weil er nicht zugunsten eines christlichsozialen Parteigängers das Recht beugte, ein Klampfen anhängen.

Baugenossenschaften und Wohnungsfrage\*).

Der Wohnungsfürsorgefonds. — Steuerrechtliche Maßnahmen.

Ein etwas rascheres Tempo verspricht die Genossenschaftsbewegung auf dem Felde des Wohnungsbaues durch die Schaffung des Wohnungsfürsorgefonds zu nehmen. Das darauf bezügliche Gesetz vom 23. Dezember 1910 ist die einzige Frucht der langen Leuenerdebatte des Abgeordnetenhauses und soll dazu dienen, die Wohnverhältnisse der minderbemittelten Klassen zu verbessern.

\* Siehe Nr. 9 „Der Eisenbahner“.

Kronen dotiert und hat zur Aufgabe, an öffentliche Körperschaften und Anstalten sowie an gemeinnützige Vereinigungen (Baugenossenschaften, Baugesellschaften, Vereine, Stiftungen und dergleichen mit höchstens 5 Prozent Dividende) Kredithilfe zu gewähren, und zwar vor allem zum Zwecke des Baues von Kleinwohnungen, eventuell auch zum Erwerb von Grundstücken und Häusern behufs Errichtung von Kleinwohnungen, eventuell auch zum Erwerb von Grundstücken und Häusern behufs Errichtung von Kleinwohnungen und zur Ablösung von weitverbreiteten Hypotheken.

Der Wohnungsfürsorgefonds darf (durch Darlehen oder durch Bürgschaft) bis zu 90 Prozent des anrechenbaren Wertes der zu belehrenden Liegenschaft kreditieren, so daß wenigstens ein Zehntel des Bodenwertes und der Baukosten von dem Bauherrn selbst aufzubringen ist.

Als Kleinwohnungen im Sinne des Gesetzes über den Wohnungsfürsorgefonds gelten Familienwohnungen mit höchstens 80 Quadratmeter bewohnbarer Fläche (Zimmer, Kammern, Küche), ferner Ledigenheime mit abgetrennten Einzelwohnhäusern für höchstens je drei Personen, endlich Schlaf- und Logierhäuser zur Beherbergung von einzelstehenden Personen in gemeinschaftlichen Schlafsälen.

Der Fonds wird in zwei vollkommen getrennten Abteilungen (Darlehens- und Bürgschaftsabteilung) vermalet. Die Eingaben an den Wohnungsfürsorgefonds sind stempel- und gebührenfrei.

Auf Grund dieses Gesetzes nun hofft man, an die 200 Millionen Kronen für den Bau von Kleinwohnungen flüssig machen zu können, zusammen mit dem, was die Genossenschaften selbst aufbringen oder auf den ersten Satz geliehen bekommen, an die 600 Millionen. Gewiß zu wenig, um das Wohnungsproblem abzuschaffen — das ist in dem kapitalistisch wirtschaftenden Klassenstaat unmöglich, wohl aber ziemlich statlich, insofern es sich darum handelt, der genossenschaftlichen Selbsthilfe eine kräftige Impuls zu geben.

Durch das Gesetz vom 28. Dezember 1911 wurden für die ersten Jahre noch weitere 2 Millionen, was eine Vermehrung des für die gemeinnützige Bautätigkeit zugänglichen Kapitals um 30 bis 40 Millionen bedeutet, und ebensoviel (2 Millionen) für die Jahre 1912 bis 1915 zur Leistung von direkten Bauvorschlüssen beschloffen.

Der Grundgedanke des Gesetzes ist: an Stelle der bisherigen Besteuerung der Neubauten während der zwölf Jahre, sogenannte Baufrei Jahre, mit der hypozentigen Steuer und vom 13. Jahre an mit der vollen Zinssteuer soll in Zukunft für sechs Jahre völlige Befreiung von der staatlichen Zinssteuer und vom siebenten Jahre an die Besteuerung nach den ermäßigten Tarifen treten. Dieselben umfassen alle Ortsklassen und nehmen auch auf die unter der Geltung von Uebergangsbestimmungen stehenden Orte Rücksicht.

Erhaltungskosten und auf die Orte mit 20 Prozent Hauszinssteuer und 30 Prozent Abzug für Erhaltungskosten beziehen. Nach dem Gesetz vom 9. Februar 1882 über die Hauszinssteuer wird nämlich in einer Reihe von Städten das Ausmaß derselben mit 26 2/3 Prozent berechnet; darunter sind Wien, Baden, Graz, Klagenfurt, Laibach, Trieste. In diesen Städten werden vom Bruttoszinsbetrag für Erhaltungskosten und Amortisationskosten 15 Prozent abgezogen.

Table with 4 columns: Steuer, Zins A für Neubauten, Zins B für Neubauten, Zins C für Neubauten. Rows show percentages for different locations and tax types.

In den Orten mit 26 2/3 Prozent Hauszinssteuer... In den Orten mit 20 Prozent Hauszinssteuer... Das ergibt für die Orte mit 26 2/3 Prozent Steuer eine Ermäßigung um... Für die Orte mit 20 Prozent Steuer eine Ermäßigung um...

Allerdings wird diese Steuererleichterung infolge der Verkürzung der Steuerfreiheitsperiode von 12 auf 6 Jahre nicht voll zum Ausdruck kommen; daß sie aber der Verbilligung der Mieten sehr zugute kommen wird, ist unfeugbar.

Die Hoffnungen, die an die Benutzung der neuen Gesetze zur Erleichterung des Häuserbaues geknüpft werden, sind demnach begründet und sie würden vollends in einem noch viel größeren Maßstab gerechtfertigt sein, wenn es gelänge, die automatisch vor sich gehende Verteuerung der Baugründe — die jetzt durch die infolge des Wohnungsfürsorgefonds und der steuerrechtlichen Maßnahmen eintretende Erleichterung der Kapitalbeschaffung eher eine Verschärfung erfahren dürfte — durch Unterbindung der Terrainspekulation zum Stillstand zu bringen.

Table with 4 columns: Provinz, an einer Wohnung mit einem Mietzins von, 1/2 Prozent an Zinsung des Darlehens von der Hälfte, an Hauszinssteuer, Gesamtsumme. Rows list various provinces and housing types with corresponding values.

Man wieder stößt man bei jeder sozialen Reform, und vor allem auch bei der Wohnungsfrage, an die Schranken der kapitalistischen Eigentums- und Gesellschaftsordnung, welchen man in letzter Linie nur auf politischem Wege beikommen kann. Ob es gelingen wird, dem Privatbesitz an Baustellen durch entsprechende Gesetze über das Erbbaurecht und die Wertzuwachssteuer die gemeinschaftlichen Raubzähne abzubeißen, wird die nächste Zukunft lehren.

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

und sind bis heute noch beispiel- und richtunggebend. Andere werden folgen. Wenn das Parlament den Antrag unseres Genossen Dr. Menner auf Schaffung eines Erbaurechts in Oesterreich zu seinem Beschluß erhebt, erst dann wird die Bahn für eine baugenossenschaftliche Tätigkeit gegeben sein. Baugenossenschaften sind jedoch sehr heikle Dinge, die viel Umsicht und Erfahrung, viel Ausdauer und Sachkenntnis erfordern. Dort, wo die Vorbedingungen nicht bestehen oder in Wälde zu erwarten sind, muß die größte Vorsicht angeraten werden. Ein einziges Mißlingen kann der gesamten Genossenschaftstätigkeit einen schweren Schaden zufügen.

## Personalkommissionen und Arbeiterausschüsse bei den k. k. Staatsbahnen.

I.

Fünf Jahre sind seit der Errichtung der Personalkommission und der Arbeiterausschüsse auf den k. k. Staatsbahnen und den seitherzeitigen nunmehr verstaatlichten Privatbahnen verfloßen. Die erste Funktionsperiode dieser Institutionen der alten Staatsbahnen läuft ab und wir stehen vor Neuwahlen. Da lohnt es sich wohl, über den Wert dieser Ausschüsse, über die Ergebnisse der Tätigkeit derselben einige Worte zu verlieren. Dazu ist vor allem notwendig, daß man den dieser Körperschaft durch die Statuten vorgeschriebenen Wirkungsbereich kennt. Die betreffenden Bestimmungen lauten, daß der Zentralausschuß der Personalkommissionen und der Arbeiterausschüsse zur Abgabe gutachtlicher Aeußerungen in allgemeinen Personalfragen und die Personalkommissionen und Arbeiterausschüsse in den einzelnen Direktionsbezirken zur Beratung von allgemeinen, jedoch lediglich den Dienst innerhalb eines Direktionsbezirkes berührenden Personalangelegenheiten errichtet werden. Damit ist gesagt, daß die Mitglieder der Personalkommissionen und Arbeiterausschüsse ihre Tätigkeit darauf zu beschränken haben, allgemeine Wünsche und Beschwerden des Personals in Form von Anträgen zu der Sitzung einzubringen, sie in der Sitzung zu begründen und schließlich in einer Abstimmung auszusprechen, daß sie mit dem eingebrachten Wunsch des Personals einverstanden sind. Weiter reicht ihr Wirkungsbereich nicht. Die Personalkommissionen und Arbeiterausschüsse können also nicht durch einen Beschluß bestimmen, daß dies und jenes in den Verhältnissen des Personals geändert werden muß, sondern sie können nur durch einen Beschluß feststellen, daß diese und jene Aenderung ein Wunsch des Personals ist, der erfüllt werden sollte. Der Wirkungsbereich, die Kompetenz der Personalkommissionen und Arbeiterausschüsse ist also sehr beschränkt und es kann daher bei den gegebenen Verhältnissen der Wert der Personalkommissionen und Arbeiterausschüsse hinsichtlich der Tätigkeit ihrer Mitglieder in der ablaufenden Funktionsperiode auch nur von diesem Gesichtspunkt aus beurteilt werden.

Anders steht die Sache natürlich dann, wenn hinter den Personalkommissionen und Arbeiterausschüssen eine einheitliche, alle Bediensteten umfassende, gewerkschaftliche Organisation steht, in welchem Falle die Personalkommissionen und die Arbeiterausschüsse der Ausdruck des Gesamtwillens des Personals sind. Bei Zutreffen dieser Voraussetzung würde sich natürlich der Wirkungsbereich und die Kompetenz der Personalkommissionen und Arbeiterausschüsse trotz der engherzigen Statuten von selbst erweitern. Nachdem aber die Eisenbahner in verschiedenen Organisationen zersplittert sind, muß natürlich die Sache so betrachtet werden, wie sie wirklich ist. Und die Wirklichkeit des besprochenen Verhältnisses ist, daß wohl jeder einzelne Bedienstete wünscht, daß diese und jene Aenderung in seinem Arbeitsverhältnis Platz greift, der weitaus größte Teil der Bediensteten aber nicht auch dazu bereit ist, zur Herbeiführung dieser Aenderung durch werftätige zweekdienliche Mitarbeit beizutragen. Der größte Teil der Bediensteten hat sich nämlich noch nie ernstlich mit der Frage beschäftigt, daß zur Aenderung der bestehenden Verhältnisse nicht bloß das Wünschen genügt, sondern auch die Macht dazu gehört, die erhobenen Wünsche durchzusetzen. Diese unerfreuliche Tatsache müssen wir leider konstatieren und wir müssen sie daher auch in diesem Falle berücksichtigen, weil die Mitglieder der Personalkommissionen und Arbeiterausschüsse den ihnen durch die Statuten festgesetzten Wirkungsbereich deshalb nicht erweitern konnten.

Der größere Teil der Mitglieder der Personalkommissionen und Arbeiterausschüsse waren Mitglieder unserer Organisation, und sie haben daher vor allem ihre Tätigkeit vor der Organisation, die sie kandidierte, und erst in zweiter Linie vor den nichtorganisierten Eisenbahner zu verantworten. Die in unserer Organisation stehende Eisenbahnerschaft wird nun folgendes konstatieren:

Ein großer Teil unserer Wünsche ist zwar unerfüllt, aber die Personalkommissions- und Arbeiterausschüßmitglieder haben mit treuer Hingebung, mit Eifer und mit Verständnis die Wünsche der Eisenbahner vertreten, und so weit die in unserer Organisation vorhandene, hinter ihnen stehende Kraft reichte, sind unsere Wünsche auch durchgeführt worden. Daß nicht alles erreicht wurde, was die Eisenbahner wünschten, daß nicht alle Anträge, die von unseren Personalkommissions- und Arbeiterausschüßmitgliedern eingebracht und in diesen Sitzungen verhandelt, begründet und vertreten auch erreicht wurden, daran sind nicht die Personalkommissions- und Arbeiterausschüßmitglieder und nicht unsere Organisation schuld, sondern daran sind nebst dem Widerstand der Staatsbahnverwaltung auch die große Zahl der Kollegen schuld, die wohl wünschen, aber nie dazu beitragen wollen, daß diese Wünsche auch durchgeführt werden können. Dieses Urteil gilt vor allem der Tätigkeit der Mitglieder im Zentralausschuß der Personalkommissionen und Arbeiterausschüsse. Hier handelt es sich zumeist um Fragen, welche die Aenderung des Dienstverhältnisses für eine ganze Kategorie oder eine ganze Gruppe oder auch das Gesamtpersonal betreffen und die von weitgehender finanzieller Tragweite sind. Ueber 1400 Anträge sind innerhalb dieser fünfjährigen Periode eingebracht worden, und es würde die Durch-

führung aller noch unerledigten Wünsche bei dem heutigen Personalstand der k. k. Staatsbahnen viele Millionen Kronen Mehrauslagen erfordern. Für jeden vernünftigen Menschen ist klar, daß diese vielen Wünsche nicht auf einmal durchgeführt werden können. Aber es gibt viele dringende Wünsche darunter, deren Erfüllung vorausgesetzt werden konnte, wenn hinter der Personalkommissions- und Arbeiterausschüßmitgliedern die nötige treibende Kraft in einer einheitlichen, großen Organisation gestanden wäre. Diese fehlte, und nur deshalb ist es nicht in allen diesen brennenden Fragen gelungen, günstige Resultate zu erzielen.

Bemerkt muß auch werden, daß im Zentralausschuß der Personalkommissionen, und zwar in der Sektion Unterbeamte, nur eine kleine Minderheit die Vertretung des organisierten Personals besorgte, während die Mehrheit der Vertreter gegnerischer Organisationen angehörte. Diese Zusammensetzung der Kommission brachte es mit sich, daß nicht immer einstimmige Beschlüsse gefaßt wurden, was gewiß nicht den Interessen des Gesamtpersonals entsprach. Zum Beispiel in der Frage der Abschaffung der außerordentlichen Vorrückung stimmte die gegnerische Mehrheit für die Beibehaltung. Soweit die Mitglieder des Zentralausschusses der Personalkommissionen unserer Organisation angehörten, muß gesagt werden, daß sie mit großem Verständnis, mit Eifer und bestem Können in den Sitzungen gewirkt haben. Beweis dafür der Umstand, daß maßgebende Funktionäre der Staatsbahnverwaltung wiederholt und auch öffentlich erklärten, daß die von unserer Organisation erhobenen und von den Personalkommissions- und Arbeiterausschüßmitgliedern vertretenen Forderungen berechtigt seien. Wir erinnern hier nur an die Rede des Eisenbahnministers im Parlament bei der Beratung des 38 Millionen-Antrages im Vorjahr. Daß sich die Vertreter der Staatsbahnverwaltung zu der Einsicht aufgeschwungen haben, ist zweifellos zu einem nennenswerten Teile der Arbeit der Mitglieder der Personalkommissionen und Arbeiterausschüsse zu danken. Aber weiter konnte sich die Tätigkeit der Personalkommissions- und Arbeiterausschüßmitglieder nicht erstrecken. Mehr als Anträge einbringen und sie sachlich und unwiderlegbar begründen konnten sie nicht. Und da haben sie geleistet, was sie konnten, es darf ihnen daher auch die Anerkennung dieser ihrer Tätigkeit nicht vorenthalten werden.

Weiter geschieht dies aber von dem größten Teil der Bediensteten, und zwar von dem nicht in unserer Organisation stehenden Personale. Die Personalkommissions- und Arbeiterausschüßmitglieder werden genau so wie die Vertreter der Organisation und wie die Vertrauensmänner überhaupt von einem großen Teil der unorganisierten Kollegen als die Prügelknaben für alles das benützt, was die Staatsbahnverwaltung an den elenden Lebensverhältnissen der Eisenbahner verschuldet hat. Jeder unerfüllte Wunsch, eine eingetretene Verschlechterung, kurz alles, was nicht behagt, wird der Organisation, der Personalkommission und dem Arbeiterausschuß in die Schuhe geschoben. „Es rührt sich nichts, die Gewerkschaft macht nichts, der Sozl in der Personalkommission oder Arbeiterausschuß hat sich nicht geraut u. s. w.“ Das sind die Redensarten der gedankenlosen Kollegen, die nichts lesen, keine Versammlung besuchen, wenn ihre eigenen Interessen besprochen werden, die aber bei jeder Gelegenheit den Mund voll nehmen, um ihre Vertreter zu beschimpfen. Das ist natürlich eine sehr bequeme Art, der berechtigten Unzufriedenheit über die Nichterfüllung einer Forderung Ausdruck zu geben. Da läuft man eben nicht Gefahr, vom Vorgesetzten als „Kraakeeler“ angesehen zu werden. Die hauptsächlichste Ursache dieser Erscheinung ist die, daß diese Kollegen in ihrer Unwissenheit und Denkschwäche eben der bequemsten Ansicht Platz machen, daß die Personalkommission oder Arbeiterausschuß ein Automat ist, wo man nach Befamntgabe des Wunsches und auf die Bewegung des Personalkommissions- oder Arbeiterausschüßmitgliedes zu warten braucht und der erfüllte Wunsch wird präsentiert. Würden diese Kollegen nur ein Zehntel der für unnütze Rederei und für Gedankenlosigkeit verschwendeten Zeit zur Mitarbeit in der Organisation verwenden, es könnten sicherlich um 30 Prozent mehr von den erhobenen Wünschen durchgeführt worden sein. Der Unternehmer, sei er wer immer, in diesem Falle die Staatsbahnverwaltung, wird stets vom Standpunkt des Unternehmerinteresses, also vor allem der Geldsachinteressen die Notwendigkeit der Bewilligung einer Forderung beurteilen. Von diesem einseitigen Standpunkt aus wird die Staatsbahnverwaltung die Forderungen der Bediensteten so lange beurteilen, bis sie nicht vom Personal selbst zu einer anderen Ansicht gezwungen wird. Dazu genügt aber nicht allein eine unwiderlegbare Begründung der Forderungen — denn die Anerkennung, daß die Forderungen berechtigt sind, kostet noch nichts — sondern es ist eben notwendig, daß der Vertreter des Personals zur Bekräftigung seiner Ausführungen die Gesamtheit des Personals in einer geschlossenen Organisation hinter sich hat, dann erst wird der Unternehmer die Notwendigkeit ins Kalkül ziehen, daß er die erhobene Forderung auch bewilligen muß, weil er sonst den Widerstand des Personals zu befürchten hat. Mit diesem logischen Gedanken haben sich leider die große Mehrzahl der Kollegen bisher nicht beschäftigt, und daher auch die Erscheinung, daß eine so tief gehende Verkennung des Wirkungsbereiches der Personalkommissionen und Arbeiterausschüsse in den Kreisen der unorganisierten Kollegen zu verzeichnen ist.

Wir konstatieren diese Tatsache gewiß nicht zum erstenmal. Im Gegenteil, wir waren uns bei der Schaffung der Personalkommissionen und Arbeiterausschüsse bewußt, welchen Zweck die Staatsbahnverwaltung dabei verfolgte. Wir waren uns nie im unklaren darüber, daß die Staatsbahnverwaltung den gegen sie herrschenden Unwillen auf die Personalkommissionen und Arbeiterausschüsse abzulenkten bestrebt ist, um die Einigkeit des Personals zu hindern. Der Zweck heiligt die Mittel. Das Traurige an diesem Vorgehen ist, daß leider viele Kollegen in diese Falle gegangen sind, und es wird noch jahrelanger Aufklärungsarbeit bedürfen, um den hiedurch an den Interessen der Eisenbahner angerichteten Schaden wettzumachen.

Mit dieser Aufklärungsarbeit soll bei den kommenden Neuwahlen intensiv eingeseht werden. Es muß den Kollegen gesagt werden, daß sie den größten Teil der Schuld sich selbst zuzuschreiben haben, wenn nicht alle Wünsche erfüllt wurden. Es wäre ganz verfehlt, die Institution der Personalkommissionen und Arbeiterausschüsse aufzugeben, sie als vollständig wertlos zu bezeichnen, weil nicht alles durchgeführt wurde. Es liegt an jedem einzelnen Kollegen selbst, die Personalkommissionen und Arbeiterausschüsse zu einem einflussreichen Faktor zu machen. Hinter den Personalkommissionen und Arbeiterausschüssen muß eine große, einheitliche, alle Gruppen und Bediensteten umfassende Organisation stehen, die zielbewußt und ernst die Verbesserung der Lage des Personals erstrebt. Dann wird es leicht möglich sein, viele der unerledigten Wünsche in kurzer Zeit durchzusetzen. Das einzelne Personalkommissions- oder Arbeiterausschüßmitglied ist eine große Null, wenn es allein oder nur ein Teil des Personals hinter ihm steht, es ist aber mächtig und einflussreich, wenn es im Namen des Gesamtpersonals sprechen kann, wenn seine Worte der Ausdruck des Gesamtwillens eines Personals sind, das gegebenenfalls auch durch eine entsprechende Organisation gerüstet ist, seinem Willen Durchbruch zu verschaffen.

Wir haben also, wenn wir uns über den Wert der Personalkommissionen und Arbeiterausschüsse auf Grund ihrer bisherigen Tätigkeit ein Urteil bilden wollen, aus den Ergebnissen derselben zu lernen. Wir haben gesehen, daß, wenn uneigennütige und fähige Kollegen in diese Institutionen einfließen werden, daß die Forderungen des Personals im allgemeinen durch die sachliche und zielbewußte Vertretung um ein Stück vorwärts gebracht wurden, und zwar dadurch, daß die Staatsbahnverwaltung die Berechtigung der Forderungen zugestehen mußte. Wir haben aber auch weiter gesehen, daß ein nennenswerter Teil der Forderungen seit dem Jahre 1907 durchgeführt wurde, und zwar gerade so viel, als die Kraft der hinter den Personalkommissionen und Arbeiterausschüssen stehenden Organisation durchzusetzen vermochte.

In den folgenden Artikeln werden wir die von den Personalkommissionen und Arbeiterausschüssen im zentralen und lokalen Wirkungsbereich eingebrachten Forderungen in detaillierter Form besprechen und auch unsere Ansicht über die nötigen Aenderungen in diesen Institutionen darlegen.

## Unhaltbare Wohnungszustände in der Station Selzthal.

Ein Mahnwort an das k. k. Eisenbahnministerium.

Da es in absehbarer Zeit der k. k. Staatsbahnverwaltung nicht möglich zu werden scheint, der Wohnungsnot in Selzthal entgegenzuwirken, sind wir abermals gezwungen, in der Öffentlichkeit an das Eisenbahnministerium die Mahnung zu richten, endlich der allgemein bekannten, ein Stück sozialen Elends verkörpernden Wohnungsnot in Selzthal zu steuern. „Für den hiesigen Direktionsbezirk sind 9 Millionen Kronen zur Erbauung von Personalhäusern bewilligt, davon sind insbesondere die Stationen Selzthal, Knittelfeld, Graz und Weiz zu berücksichtigen, und sind diese genannten Stationen in das Verzeichnis jener Bauherstellungen aufgenommen, deren Durchführung als dringend und unerlässlich erscheint.“ So ähnlich hat sich die k. k. Staatsbahndirektion Villach in einer vorjährigen Personalkommissionssitzung geäußert und in diesem Sinne eine Intervention des Abgeordneten Muchitsch beantwortet. Die Staatsbahndirektion Villach hat sich auch beim Eisenbahnministerium für die Erbauung der erforderlichen Personalhäuser eingesetzt. Doch der heilige Bureaokratismus im Eisenbahnministerium scheint für eine untergeordnete Direktion sowie für das in Selzthal unter den ungünstigsten Verhältnissen vegetierende Personal noch immer taube Ohren zu haben. Bei der vorgeschrittenen Zeit besteht keine Aussicht, daß die Häuser noch in diesem Jahre gebaut werden, denn es ist nicht einmal der erste Spatenstich hierzu gemacht worden.

Welche Dimensionen die Wohnungsnot in Selzthal bereits angenommen hat, haben wir schon zu wiederholtenmalen, so auch in der Nummer 28 des „Eisenbahner“ vom Vorjahre, aufgezeigt. Wir können es aber trotzdem nicht unterlassen, die Künste der Staatsbahnverwaltung neuerlich zu beschreiben. Trotz der schon seit Jahren hierorts fühlbaren Wohnungskalamität hat die Staatsbahnverwaltung, anstatt derselben mit aller Energie entgegenzutreten, zu ihr noch ihren Teil beigetragen. Sie mußte wegen der Demolierung der schon seit länger in einem schlechten Bauzustand gemessenen Vinzer Kaserne Privatloka e zu Kasernenzwecken mieten. Da die Staatsbahnverwaltung diese Lokale besser bezahlen kann als die privaten Mieter, macht sie den Mietern eine den hiesigen Hauszinsgeiern hochwillkommene Konkurrenz. Es würde zu weit gehen, die hiesigen Wohnungen in sanitärer Hinsicht zu beschreiben, doch wenn es die Staatsbahnverwaltung nicht für notwendig findet, endlich Schritte zur Linderung der Wohnungsnot zu unternehmen, so ist das Personal gezwungen, die Sanitätskommission zu beschäftigen; die daraus entstehenden Folgen für die Bediensteten hat dann einzig und allein die Unternehmung selbst zu tragen.

Auf mehrere Interventionen des Reichsratsabgeordneten Genossen Muchitsch brachte das Personal in Erfahrung, daß es der Staatsbahnverwaltung infolge ihrer bekannten Finanzlage nicht möglich sei, die Häuser aus Investitionsmitteln zu bauen, und daß auch der Provisionsfonds wegen des niederen, für Selzthal bestimmten Quartiergeldes von 60 Prozent nicht in der Lage sei, die Häuser zu bauen, da bei diesem niederen Quartiergeld nicht die erforderliche Verzinsung aufgebracht werden könne. Dieses letzte Argument beweist wohl auch genügend, daß die Station Selzthal unrechtmäßig in der 60prozentigen Ortsklasse der Quartiergeldbemessung eingereiht ist. Die Bediensteten haben daher auch aus diesem Grunde schon im Vorjahre durch die Personalkommission eine erhöhte Einreihung in die 80prozentige

Quartiergeldklasse gefordert, doch wurde diese Forderung mit der Begründung abgelehnt, daß eine solche Erhöhung nur den Hausherrn zugute kommen würde.

Die Bediensteten schlugen nun einen anderen Weg ein und suchten beim k. k. Eisenbahnministerium um eine erhöhte Einreihung in die Quartiergeldklasse an, doch erhielten sie nur folgende Antwort: Auf Grund der ab 1. Jänner d. J. durchgeführten obligaten Quartiergeld-erhöhung betrage das Mindestquartiergeld für Selzthal jährlich 270 Kr., das ist Kr. 22.50 per Monat, und um diesen Betrag sei in Selzthal eine Wohnung zu bekommen.

Welchen Begriff haben wohl die Herren Bureaukraten des Eisenbahnministeriums von Wohnungsverhältnissen und von den Zuständen, unter welchen die Bediensteten auf der Strecke oft existieren müssen.

Da zu beiden Aktionen das Eisenbahnministerium eine ablehnende Haltung einnahm, brachte das Personal ein mit 108 Unterschriften versehenes Gesuch dem k. k. Eisenbahnministerium zur Vorlage.

Die gefertigte Gemeinde Selzthal bestätigt die tatsächliche schwerdrückende Wohnungsnot, als auch die durch diese hervorgerufenen hohen Zinsen und daß das Personal der k. k. Staatsbahnen mit dem knapp bemessenen Quartiergeld bei der Anmietung von Privatquartieren sein Auslangen nicht finden kann.

Man schließt sich aus diesem Grunde der dringenden Bitte der Gesuchsteller um Erbauung von Personalthäusern in der Gemeinde Selzthal durch den Provisionsfonds der Bediensteten der k. k. österreichischen Staatsbahnen vollinhaltlich an.

Gemeindevorstand Selzthal, 18. Februar 1912.

Wegen aller hier angeführten Umstände erwartet nun das Personal von Selzthal vom k. k. Eisenbahnministerium eine baldige und günstige Erledigung seines in Vorlage gebrachten Gesuches, sowie selbst auch an der Forderung auf Erhöhung der Quartiergeldklasse festhält, weil der Provisionsfonds nur bei einer erhöhten Einreihung beim Bau von Personalthäusern hier seine richtige Verwertung finden könnte.

Von der Krankenkasse der k. k. priv. Südbahngesellschaft

Und wir heute in der angenehmen Lage, den Mitgliedern eine neue Errungenschaft melden zu können.

Vor zirka drei Jahren wurde über Antrag der gewählten Ausschussmitglieder den Krankenkassenmitgliedern zur Behebung von Störungen in der Wagenfunktion, beim Sprechen etc., nach vorher bahnärztlich konstatiertem Notwendigkeit ein Zahnersatz auf Kosten der Krankenkasse gewährt.

Zu diesem Behufe trat der Krankenkassenausschuss mit mehreren Zahnärzten in Verbindung, und es wurden dann von Fall zu Fall diesen in den größeren Städten unserer Personalstationen domizilierenden Zahnärzten Patienten überwiesen.

Während dieser Vorgang außerhalb Wiens zu keinerlei Beschwerden Anlaß gab, so wurden im vorigen Jahre hauptsächlich von den Wiener Werkstättenarbeitern sowohl gegen die Behandlung als auch gegen die gelieferten künstlichen Gebisse von dem für das Wiener Personal bestellten Zahnarzt Beschwerden laut, die durch ein Konkurrenzmanöver derart gesteigert wurden, so daß es nach mehrmonatiger Fehde zu mehreren gerichtlichen Klagen kam.

Um diese für die Krankenkassenmitglieder segensreiche Einführung nicht zu einem Objekt herabsinken zu lassen, um welches ein Kampf aus Konkurrenzneid geführt wird, sah sich der Krankenkassenausschuss gezwungen, in Wien eine Abänderung zu treffen, zu welchem Behufe er mit Beginn vom 21. März 1912 in Wien IV, Luisengasse 30, ein zahnärztliches Ambulatorium errichtet hat.

Vorläufig bleibt die Vorgangsweise beim Ansprechen eines Zahnarztes für die außerhalb Wiens wohnenden Krankenkassenmitglieder so wie bisher.

Im nachstehenden bringen wir den Krankenkassenmitgliedern die Kundmachung und die Bestimmungen des Einführungsdekretes zur Kenntnis.

Es wird ausdrücklich betont, daß diese Begünstigung nur für die Mitglieder gilt, nicht aber von den Familienangehörigen in Anspruch genommen werden darf.

Errichtung eines zahnärztlichen Ambulatoriums in Wien. (Krankenkasse.)

An alle Herren Dienstleistungs-, Betriebsinspektors- und Lokalbordführer sowie die Herren Zahnärzte in Wien. Aus administrativen und ökonomischen Gründen hat der Ausschuss der Krankenkasse in seiner Sitzung vom 1. März 1912 beschlossen, vorläufig in Wien ein zahnärztliches Ambulatorium in eigener Regie zu errichten.

Dieses Ambulatorium, welches in dem bahnärztlichen Ordinationszimmer in Wien IV, Luisengasse 30, eingerichtet worden ist, wird am Donnerstag den 21. März 1912 eröffnet.

Die Ordinationsstunden finden an jedem Donnerstag und Samstag von 14 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends statt. Wenn einer dieser Tage auf einen Feiertag fällt, so

wird die Ordination an dem vorhergehenden Wochentag zur gleichen Stunde abgehalten.

An das Ambulatorium sind sämtliche in Wien wohnhafte Kassenmitglieder gemeldet, welche sich auf Kosten einer zahnärztlichen Behandlung unterziehen wollen.

Kassenmitglieder, welche sich in privatärztliche Behandlung begeben, haben für die hieraus erwachsenden Kosten aus eigenen Mitteln aufzukommen. Soweit nicht die Voraussetzungen des § 16, Absatz 15, des Statuts vorliegen, werden Besuche um Refundierung oder auch nur teilweise Uebernahme solcher Ausgaben ausnahmslos abgewiesen werden.

Den Mitgliedern der Krankenkasse wird in diesem Ambulatorium unentgeltlich gewährt:

- 1. Die konsequente Zahnbehandlung mit Ausschluß von Gold- und Emailplomben; 2. Zahnersatz, sofern er als therapeutischer Behelf im Sinne des § 6, Zahl 1, des Krankenversicherungsgesetzes zu betrachten ist.

Diese Voraussetzungen liegen vor, wenn der Zahnersatz: A. zur Behebung von Störungen des Magenfunktion, B. zur Beseitigung der Erwerbsunfähigkeit bei solchen Personen, deren Beruf eine deutliche Aussprache erfordert, notwendig ist.

Der Fall ad A ist gegeben, wenn mehr als 14 Zähne in beiden Kiefern fehlen, und unter den vorhandenen Zähnen weniger als sechs aufeinander beißen.

Der Fall ad B liegt vor, wenn im Ober- und Unterkiefer drei oder mehr nebeneinander stehende Frontzähne (Schneide- und Eckzähne) oder wenn im Ober- und Unterkiefer je zwei korrespondierende Frontzähne fehlen.

Goldtechnik wird nur in besonderen Fällen, in welchen noch fachärztlichem Gutachten jede andere Ausführung unmöglich ist, gegen vorherige Genehmigung seitens der Krankenkasse ausgeführt.

Der ordinierende Arzt ist an die vorstehenden Bestimmungen gebunden und nicht befugt, die gezogenen Grenzen zu überschreiten.

Für die Benützung des Ambulatoriums werden folgende Bestimmungen erlassen:

Jedes in Wien wohnhafte Kassenmitglied ist berechtigt, das Ambulatorium ohne bahnärztliche Anweisung oder vorheriges Ansuchen beim Kassenausschuß zu besuchen.

Die Legitimierung als Kassenmitglied gegenüber dem ordinierenden Zahnarzt erfolgt durch Vorweisung der grünen oder grauen Legitimation. Die Identitätskarte allein genügt nicht. Dem Beamtenstand angehörige Kassenmitglieder sowie jene Kassenmitglieder, welche noch nicht im Besitz einer der bezeichneten Legitimationen sind, haben eine vom Dienstvorkund oder dessen Stellvertreter unterfertigte Bescheinigung der Kassenmitgliederschaft beizubringen.

Angehörige von Kassenmitgliedern haben gemäß § 16, Absatz 4 des Statuts keinen Anspruch auf spezialärztliche Behandlung und dürfen daher das Ambulatorium nicht besuchen. Dieses Zirkular ist sämtlichen Kassenmitgliedern zur Kenntnis zu bringen.

Sonderabzüge zur Verteilung und Aufführung werden können in genügender Anzahl zutommen. Ein eventueller Mehrbedarf ist beim Bureau für Kranken- und Unfallversicherung in Wien anzusprechen.

Wien, am 12. März 1912.

Für den Ausschuss: Obmann: Dr. Hermann m. p.

Inland.

Der Epitelerlass des Eisenbahnministeriums.

Abgeordneter Tomisch hat in der letzten vorösterreichischen Parlamentsitzung folgende Interpellation an den Eisenbahnminister und Justizminister überreicht:

Zu der Nummer 8 der Zeitschrift „Der Eisenbahner“ vom 10. März 1912 wurde ein von den Eisenbahndirektionen der k. k. österreichischen Staatsbahnen an die landesfürstlichen Sicherheitsbehörden gerichtetes Schreiben veröffentlicht, das sich auf einen angeblichen Erlaß des k. k. Eisenbahnministeriums beruft und das folgenden Wortlaut hat:

Bereinsbildung der Eisenbahnbediensteten. An die k. k. Bezirkshauptmannschaft in . . . . .

Das k. k. Eisenbahnministerium hat der gefertigten Direktion den Auftrag erteilt, mit Beginn jedes Jahres einen Bericht über den Stand und die Entwicklung des Vereinslebens unter den Eisenbahnbediensteten des hiesigen Amtsbezirks rück-sichtlich des jeweilig verfloffenen Jahres zu erstatten.

Um diesem Auftrag entsprechen zu können, beehrt sich die gefertigte k. k. Direktion das Gesuchen zu stellen, ihr ein Verzeichnis aller im Bereich der hiesigen k. k. Bezirkshauptmannschaft in Betracht kommenden Vereine und gleichzeitig die gegenwärtigen Vereinsleitungen sowie die Mitgliederzahl bekanntgeben zu wollen.

Ferner gestattet sich die k. k. Direktion zu ersuchen, über die Tätigkeit der betreffenden Vereine, beziehungsweise Ortsgruppen, über die in den Versammlungen zutage tretenden Strömungen sowie über das Maß etwaiger fremder Einflüsse, welche sich in radikalen Richtungen geltend machen, auf Grund der von den hiesigen Organen gemachten Wahrnehmungen gegebenenfalls die gefertigte k. k. Direktion in Kenntnis setzen zu wollen. Der k. k. Direktor.

Dieses amtliche Schreiben wurde auch von der „Ersten österreichischen Bahner-Zeitung“, Nr. 6 vom 15. März 1912, publiziert und mit folgendem Kommentar begleitet:

Es ist etwas stark, was sich hier die österreichischen Behörden wieder leisten. Deshalb, weil Bedienstete für die Interessen ihrer Familien eintreten, erfolgt von Seiten der österreichischen Behörden ein Epitelerlass ärgster Sorte. Ja, wo leben wir denn, daß dies in dem vorgeschrittenen Zeitalter noch möglich ist? Oder denken unsere maßgebenden Persönlichkeiten, daß durch solche Erlasse sich eine Bewegung, die ihren Grund im Kampf um die äußersten Notwendigkeiten zur Lebensbedingung hat, unterdrücken läßt? Wir haben für dieses Vorgehen unserer Behörden nur eine Bezeichnung, und die lautet: „Fui Teufel!“

Diese Kritik wurde von der Wiener Preßstaatsanwaltschaft in ihrer Gänge konfiguriert.

Die Gefertigten fragen deshalb den Herrn Justizminister, ob er geneigt ist, die Wiener Staatsanwaltschaft anzuweisen, derartige schändliche Unterdrückungen der Pressefreiheit in Zukunft hintanzuhalten? Sie fragen weiter den Herrn Eisenbahnminister, ob ein derartiger Erlaß, wie er in dem in den Zeitungen veröffentlichten Schreiben der Bahndirektionen genannt wird, tatsächlich an die Direktionen erfolgt ist, durch welchen ein geradezu vorwärtliches Epitelsystem in Wien zum Gesetz wurde? Wie vermag es der Herr Eisenbahnminister zu rechtfertigen, daß durch eine derartige Verfügung die gesamte österreichische Eisenbahnerchaft einer Polizeiaufsicht unterworfen und so in der Ausübung ihrer staatsbürgerlich-gewährleisteten Bewegungsfreiheit gehindert werden soll? Ist der Herr Minister geneigt, dem Hause darüber ehestens Aufklärung zuzulassen zu lassen?

Die Wiener Gemeinderatswahlen.

In Wien finden am 23. April die Gemeinderatswahlen statt. Die Mandate des vierten Wahlkörpers gelangen vollständig neu zur Besetzung und in den anderen Wahlkörpern finden teilweise Neuwahlen statt.

Die Christlichsozialen haben sich wohl durch ein schuftiges Wahlrecht die Herrschaft so viel als möglich gesichert, denn im ersten Wahlkörper entfällt ein Gemeinderat auf rund 500, im zweiten auf 1100, im dritten auf 1300, im vierten aber auf 70.000 Wähler, aber das Maß ihrer Sünden ist derart voll, die Verachtung in der Bevölkerung derart gestiegen, daß selbst dieses Wahlrecht sie nicht mehr vor Niederlagen schützen wird.

Es ist sehr begreiflich, daß die einsimols unter Lueger so mächtige Partei nicht sterben will und sich mit den alten Methoden des Wahlschwinds und der Wahllügen noch einmal zur vollen Blüte erheben möchte. Aber es niht nichts mehr, sie ist doch nur ein Häuflein Feind und Gestank.

Im vierten Wahlkörper, wo die Sozialdemokraten mitkämpfen können, wird sie voraussichtlich bis auf wenige Bezirke unterliegen. Das Attentat auf das Koalitionsrecht der Straßenbahner und die brutalen Maßregelungen haben ihr den letzten Rest von Ansehen unter der armen Bevölkerung geraubt und sie wird am Wahltage für diesen letzten Streich eine deutliche Antwort erhalten. Aber auch in den bürgerlichen Kurien reißt es sich, und wenn sich die Freisinnigen nach altem Gang nicht wieder zersplittern, wird der Wahltag gegen die Christlichsozialen ein Tag der Heimzahlung und ein Sedan werden.

Mögen die Aprilwahlen vollenden, was die Juniwahlen begonnen haben.

Banckapital und Industrie.

Die österreichische Kreditanstalt für Handel und Gewerbe, der das Spirituskartell jährlich 500.000 Kr. rein abwirft, hat nun die größte österreichische Spiritusindustrie, die der Prager Firma F. X. Broche Sohn erworben. Sie mußte die Aktien, die zuletzt 14 Prozent Dividende brachten, mit 200 Prozent bezahlen. Aber sie tut das gern, denn man rechnet mit der Einführung des Spiritusmonopols im Jahre 1917 bei der Neuregelung des wirtschaftlichen Verhältnisses mit Ungarn und wenn dann die ganze Industrie „in einer kraftvollen Hand vereinigt ist“ — dann Unab-dir, armer Staat, und auch, noch ärmeren k. k. Steuerzahlern. So rechnen die Bankgewaltigen wenigstens.

Die 17. September-Justiz.

Der Oberste Gerichtshof hat die Blutrurteile, die das Landesgericht Wien gegen die wegen der Feuerungskrawalle vom 17. September 1911 Verhafteten fällte, eines nach dem anderen als rechtswidrige Tendenz, „wahr-sprüche“ gekennzeichnet. Nun ist — im Wiederauf-nahmeverfahren — auch das allererste jener Schredens-urteile gebrandmarkt worden. Ein jetzt als hollä-ischwahnig erkannter armer Teufel war wegen Ein-werfens einer Laterne zu einem Jahre schweren Kerkers (Zuchthaus) verurteilt worden. Jetzt, nachdem er vier Monate verbüßt, kam er mit — drei Tagen Arrest davon!

Herr Seidl, der Deutschgelbe, Nationalverbändler und Christlichsoziale!

Die „Schlesische Volkspresse“ teilt den nachfolgenden Brief des Herrn Ferdinand Seidl an einen Pfarrer als neuen Erweis der Charaktertreue und Gesinnungsfestigkeit dieser deutschen Zierde mit:

Troppau, den 22. Juni 1911.

Euer Hochwürden!

Für die mir seitens der christlichsozialen Wähler geleistete Stimmwahlhilfe, die einen so glänzenden Wahlsieg ermöglichte, sage ich auch Euer Hochwürden meinen herzlichsten Dank mit der ergebensten Bitte, diesen Dank auch den anderen Herren Ihrer Partei in Ihrem Pfarrsprengel gütig mitteilen zu wollen. Unter einem gebe ich meinem tiefsten Bedauern darüber Ausdruck, daß es der Wiener jüdischen Presse gelungen ist, die deutschen Wähler der Stadt Wien so zu verheben, daß die in der Provinz von Deutschnationalen und Christlichsozialen gemeinsam errungenen Erfolge wider die vaterlandslose und religionsfeindliche Sozialdemo-kratie durch deren Siege in Wien wieder wenigstens teilweise weitzumachen. Soweit ich dazu beitragen kann, um eine derart unbernünftige Gesinnung unter den deutsch-freihheitlichen Elementen in Zukunft unmöglich zu machen, werde ich es gewiß gern tun. Wenn ich Ihnen, Hochwürden, oder einem Ihrer geschätzten Parteigenossen in Ihrem Pfarrsprengel sonst irgendeinen Dienst zu leisten in der Lage sein sollte, so bitte ich jederzeit zu ver-fügen über

Ihren ergebenen

Seidl, Reichstagsabgeordneter.

Das Original dieses Briefes hat der Abgeordnete Jockl im Abgeordnetenhaus vorgezeigt. Wären die Deutschnationalen nur einigermaßen eine freiheitliche Partei, so würde dieser Mensch, der sein Parteiprogramm so schamlos an die Pfaffen verflocht hat, mit Schande und Spott aus der Partei hinausgeschleudert werden. Herr Seidl aber bleibt weiter die Zierde des Nationalverbandes. Und es wäre auch gar zu schade, wenn dieses Prachtexemplar ohne Schweinslederband darin fehlen würde!

Die Christlichsozialen gegen das Koalitionsrecht der Beamten.

Der christlichsoziale Abgeordnete Athanas v. Suggenberg hielt in der letzten Sitzung des Staatsangestelltenausschusses folgende Rede gegen das Koalitionsrecht der Beamten: „In einem geordneten Staatswesen kann man nur eine geregelte Verwaltung einrichten, wenn die Regierung die Staatsangestellten unbedingte in der Hand hat. Je freier ein Staat, desto strenger muß die Regierung in dieser Richtung vorgehen. Es ist ganz unmöglich, den Staatsangestellten volle Freiheit der Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte zuzugestehen. Der Beamte muß in dieser Beziehung gebunden sein, so wie es der Offizier ist. Es ist ein großer Unter-

schied zwischen einem Beamten des Staates und einem Privatbeamten. Der Privatunternehmer muß es sich manchmal bieten lassen, daß er zu vertragmäßigen Vereinbarungen gezwungen wird. Der Staat ist nicht in dieser Situation. Meiner Ueberzeugung nach wollen auch die Provinzbeamten nur eine Besserung der materiellen Stellung und legen auf die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte gar keinen Wert! Die ganze Sache ist nur von den Organisationen künstlich aufgebaut. Würde die volle Freiheit der Organisation zugestanden werden, wäre es wiederholt nicht möglich, einzelne Beamte zu disziplinieren, da sich die Organisation ihrer annehmen würde und dadurch die Regierung in ihren Handlungen beschränkt wäre. Man kann nicht einen einzelnen Mann fassen, weil die Regierung die Macht einer großen Organisation fürchten muß. Man kommt dann nicht mehr mit einzelnen Verfolgungen aus, und dies ist dann eine verzweifelte Sache für die Regierung und die Bevölkerung. Man muß sich gegen solche Erscheinungen beizeiten sichern und jetzt ist der Moment dazu gekommen. Keine pflichtgetreue Regierung darf sich finden, den Staatsangestellten freie Hand zu lassen. Es ist ganz in Ordnung, daß man den Beamten hindert, sich mit praktischer Politik abzugeben. Wir haben gar kein Bedürfnis, daß wir in die Beamtenschaft alle möglichen politischen Bewegungen hineinbringen lassen. Es wäre nicht undenkbar, daß Beamtenorganisationen staatsgefährliche Tendenzen verfolgen. Das darf nicht gestattet werden. Der öffentliche Angestellte darf nicht hinabgezerrt werden in die Zwistigkeiten der politischen Parteien. Er muß über diese Erscheinungen erhaben bleiben. Diese Stellung muß er wünschen, wenn er seine Verpflichtungen der Regierung gegenüber richtig erkennt, und dies steht ihm viel besser an, als wenn er noch so große Erfolge im Parteigänge erzielen würde. Ich werde also für die vollständige Fassung des § 22, der das Vereinsrecht der Beamten einschränkt, mit voller Ueberzeugung stimmen."

Diese Rede mögen unsere Genossen auszeichnen und in die Agitationsmappe legen.

**Zerschlagene Fensterscheiben, das Kaiserlied und eine christlichsoziale Interpellation.**

Vor einigen Tagen veranstalteten die Wiener Christlichsozialen, denen angst und bange wird vor den bevorstehenden Gemeinderatswahlen, in der Volkshalle des Rathhauses eine Wählerversammlung, um noch einmal über ihre zusammengeschmolzenen Scharen Herrschaft zu halten. Nach der Versammlung verjagten 400 bis 800 Personen nach dem Bezirk Wieden zu ziehen, wo eine Versammlung freierwähliger Wähler abgehalten wurde, in der Abgeordneter Zentner sprach. Die Sicherheitswache stellte sich ihnen entgegen und wurde mit Stockhieben bedroht. Die Menge wuchs schließlich auf 1000 Personen an und wollte den Wachfordon stürmen. Die Polizei, die inzwischen Verstärkungen erhalten hatte, zog vom Leder und zerstreute die Menge ohne Waffengebrauch, wobei drei Verhaftungen vorgenommen wurden. Ein Teil der Demonstranten zog vor die Redaktion der „Neuen Freien Presse“, wurde aber durch den Wachfordon auch hier abgewehrt. Als gegen die Fensterscheiben Steine geworfen wurden, zog die Wache blank und zerstreute die Menge, ohne die Waffe zu gebrauchen, wobei vier weitere Verhaftungen erfolgten. Während der Demonstration wurde ununterbrochen das Kaiserlied gesungen.

Die Christlichsozialen, die so begeistert Beifall klatschten, als am 17. September vorigen Jahres junge Burtschen wegen einiger zerschlagener Fensterscheiben erschossen wurden, scheinen es nicht begreifen zu können, daß ihnen das Berühmte von Fensterscheiben nicht anstandslos erlaubt wird. Sie ließen durch den Abgeordneten Dr. v. Baehle eine Interpellation einbringen, in der der Minister des Innern gefragt wird, ob er das Singen des Kaiserliedes verboten hat. — Nach christlichsozialer Auffassung ist also das Fensterschlagen ohne weiteres erlaubt, wenn dabei die Volkshymne gesungen wird. In dem Augenblick, da die ersten Klänge des Kaiserliedes ertönen, haben die Wachleute „Gabi acht“ zu stehen, zu salutieren und ruhig zuzuschauen, wie die von den frommen Patrioten geworfenen Steine durch die Luft fliegen.

**Ausland.**

**Ein erfreulicher Fortschritt.**

Die Internationale Transportarbeiter-Föderation, der die größten Eisenbahnerverbände sowie auch unsere Organisation angeschlossen sind, schreitet mit ihrer Mitgliederzunahme unaufhaltam vorwärts. Ein Vergleich mit den Ziffern früherer Jahre beweist das. Am 1. Oktober 1904 betrug die Zahl der angeschlossenen Organisationen 11 mit 77.672 Mitgliedern in 7 Ländern, am 1. Juni 1906 dagegen 22 Organisationen mit 207.231 Mitgliedern in 13 Ländern; am 1. Juli 1908 waren es bereits 44 Organisationen mit 496.620 Mitgliedern in 18 Ländern; am 1. Juli 1910 nur 42 Organisationen mit 467.918 Mitgliedern in 16 Ländern, dagegen am 1. Juli 1911 bereits wieder 44 Organisationen mit 532.615 Mitgliedern in 18 Ländern. Am Schlusse des Jahres 1911 aber waren es 46 Organisationen mit 707.839 Mitgliedern in 19 Ländern, das ist eine Zunahme seit 1. Juli 1911 um 175.224 oder seit dem letzten Kongreß in Kopenhagen (1. Juli 1910) um 211.219 Mitglieder. Das ist ein sehr erfreulicher Fortschritt und wird alle unsere Berufskollegen, die durch unermüdete Agitation und mit großem Fleiß an der Erstarfung der Organisationen im Eisenbahnbetrieb, Transport- und Verkehrsgewerbe mitarbeiteten, mit großer Genugtuung erfüllen. Schreitet die Internationale Transportarbeiter-Föderation in dieser Weise fort, so ist es nicht ausgeschlossen, daß sie in diesem Jahre eine Million Mitglieder erreicht.

**Die Lohnbewegung der Lokomotivführer in Amerika.**

Die vereinbarte Konferenz zwischen den Vertretern der Lokomotivführer und der Eisenbahnen wird am 14. März stattfinden, und zwar in New York, wo die Forderungen der Lokomotivführer um Lohnerhöhung be-

prochen werden sollen. Diese Bewegung umfaßt über 25.000 Lokomotivführer. Die Eisenbahngesellschaften behaupten, daß die gegenwärtigen Verhältnisse eine Lohnerhöhung nicht rechtfertigen. Die Lokomotivführer erklären indessen, daß die Kosten des Lebensunterhaltes derartig gestiegen sind, daß eine Lohnerhöhung durchaus notwendig ist.

**Eisenbahnermittler in England.**

Der Erfolg, den Sir George Ashby als Vermittler und Friedensrichter in Arbeiterkonflikten erzielt hat, hat die London and North Western Eisenbahngesellschaft veranlaßt, einen Beamten zu ernennen, dessen Aufgaben auf ähnlichem Gebiete liegen sollten, die sich natürlich aber nur auf Angelegenheit der betreffenden Gesellschaft beschränken. Die Aufgaben dieses Beamten werden darin bestehen, Beschwerden anzuhören und zu versuchen, Abhilfe zu schaffen, ehe ernste Schwierigkeiten daraus entstehen. Die Gesellschaft will nun den Klagen der Angestellten entgegenkommen, die behaupten, daß niedrigere Beamte etwaige Schwierigkeiten eher verschlimmern als beseitigen. Andere Abteilungen der Eisenbahn begrüßen diese Einführung mit Freuden, denn die neugeschaffene Stellung wird mit genügender Autorität ausgerüstet sein, um Änderungen vorzunehmen, wo solche notwendig werden sollten, wodurch wieder andere Abteilungen der Sorge entbunden sind, sich mit solchen Angelegenheiten befassen zu müssen. Die Angestellten der Eisenbahngesellschaft sind ebenfalls über diese Änderung sehr erfreut, da sie jede Gelegenheit, die ihnen eine gerechte Erwägung ihrer Beschwerden ohne das Dazwischenkommen der kleinlichen Beamtenschaft verspricht, mit Freuden begrüßen. Die neue Methode garantiert den Angestellten auch eine schnellere Erledigung als unter der alten Methode möglich war. Wie verlaute, beabsichtigen auch andere Eisenbahngesellschaften, eine ähnliche Neuerung einzuführen.

**Aus dem Gerichtssaal.**

**Einspruchsverhandlung des „Eisenbahner“.**

Wien, 3. April.

Vor einem Erkenntnisrat des hiesigen Landesgerichtes fand heute die Verhandlung über den Einspruch statt, den wir gegen die zweimalige Konfiskation der Nummer 9 des „Eisenbahner“ vom 20. März l. J. überreicht hatten. Der Beschlagnahme durch die Wiener Prokuratur verfiel bekanntlich eine Stelle des unter der Rubrik „Streitschlichter“ enthaltenen Artikels „Was ist mit den Erholungsurlauben der Arbeiter?“, in der allerdings in scharfer Form darüber Klage geführt wird, daß das Eisenbahnministerium trotz seiner gegebenen Zusage die Bestimmungen, mit denen die Urlaube der Arbeiter geregelt werden sollen, noch immer nicht publiziert habe. Das Landesgericht Wien, das über die Beschlagnahmeverfügung zu entscheiden hatte, fand, daß in dem genannten Artikel der Tatbestand des § 300 St.-G.-B. enthalten sei und bestätigte demgemäß die Verfügung der Staatsanwaltschaft.

In der heute vor dem Landesgericht zur Verhandlung gelangten Beschwerde führte als Einspruchswerber Redakteur Genosse Franz Lill aus:

„Die Auffassung, die der Gerichtshof dem Erkenntnis zugrunde gelegt habe, sei in formaler und meritorischer Hinsicht eine rechtsirrtümliche. Zum Tatbestand im Sinne des § 300 St.-G.-B. auf den sich die angefochtene Entscheidung stützt, genügt es nicht, wenn gegen eine Behörde aufgereizt werde, und es wäre auch, wenn man den Wortlaut der konfiszierten Stellen als über eine gesetzlich erlaubte Kritik hinausgehend betrachten würde, die Beschlagnahme eine unbegründete. Die klar ausgesprochene Absicht des § 300 sei eben die, Anordnungen und Entscheidungen der Behörden vor Schmähungen, Verpötnungen und Entstellungen von Tatsachen zu schützen und es zu verhindern, auf solche Weise andere zu Haß und Verachtung aufzureizen.“

Um also durch Schmähungen und Verpötnungen zu Haß und Verachtung gegen eine Behörde oder gegen einzelne Organe der Regierung anzureizen zu können, sei, wenn diese Handlung die Merkmale des § 300 St.-G.-B. begründen solle, ein Objekt erforderlich: die Anordnung oder Entscheidung einer Behörde. Darüber lasse die genaue und präzise Legierung des Gesetzes keinen Zweifel ankommen. Diese Objekte aber, die das Gesetz vor einer Schmähenden, zu Haß und Verachtung aufreizenden Kritik geschützt wissen wollte, fehlen in dem der Judizierung unterliegenden Fall gänzlich. Im ganzen Artikel sei nirgends von einer Anordnung oder Entscheidung des Eisenbahnministeriums die Rede, und die Kritik, die es dem Herrn Staatsanwalt angelan habe, richte sich lediglich gegen das passive Verhalten des Eisenbahnministeriums, das es bisher unterlassen habe, eine Anordnung oder Entscheidung in der Urlaubssfrage zu treffen. In einem rein negativen Verhalten einer Behörde könne aber doch keine Anordnung oder Entscheidung erblickt werden, die logischerweise eine politische Handlung, einen Akt der Regierungsgewalt voraussetzen. Aus diesen Gründen sei das angefochtene Erkenntnis als rechtsirrtümlich zu heben und der beschlagnahmte Artikel freizugeben.“

Staatsanwalt Dr. Mager plädierte auf Abweisung der Beschwerde. Die scharfen Angriffe, die der intrinimierete Artikel enthalte, bilden, wenn man sie nicht aus dem Kontext heraushebt, zweifellos den Tatbestand des § 300 St.-G.-B., da gegen das ganze Gehaben des Eisenbahnministeriums zu Haß und Verachtung aufgereizt werde.

Nach längerer Beratung des Gerichtshofes verkündete der Vorsitzende das Urteil, nach welchem dem Einspruch keine Folge gegeben wird. In der Urteilsbegründung hebt der Vorsitzende mit scharfer Betonung hervor, daß die ungemein aggressive Angriffe, die der Artikel gegen das Eisenbahnministerium enthalte, zweifellos geeignet seien, bei den Eisenbahnarbeitern Haß und Verachtung auszulösen. Die Anordnungen der Behörde, die der Einspruchswerber als nicht gegeben erachtet, liegen eben in der Behandlung, die das Eisenbahnministerium der Urlaubssfrage zuteil werden läßt. Das ist allerdings eine Definition des Begriffes „Anordnung“, die mit der bloßen Logik schwer zu fassen ist. Um so weniger, da sich unsere Kritik gerade dagegen richtet, daß das Eisenbahnministerium die Urlaubssfrage bisher nicht behandelt hat.

**Diebstahlbeschuldigung gegen einen Bahnwächter.** Josef Holzhauser, Bahnwächter in Zirkowitz, Co. R. W. B., ist seit 19 Jahren auf seinem Posten. Während seiner ganzen 33jährigen Dienstzeit hat er sich weder in disziplinarer, noch in strafrechtlicher Beziehung auch nur das geringste zuzuschulden kommen lassen. Am so auffälliger mußte es erscheinen, daß plötzlich im September 1911 Gerüchte über ihn herumgingen, wonach derselbe als Kartoffeldieb hingestellt wurde. Es war zuerst nicht möglich, den Urheber dieser Gerüchte auszufind-

schaffen, und so hat Holzhauser einen gewissen Heinrich Weiß in Zirkowitz, von dessen Felde angeblich die Kartoffeln abhandeln gekommen sein sollten, und welcher sich zu einer dritten Person äußerte, daß er erfahren habe, Holzhauser sei der Dieb, geklagt. Bei der am 6. Oktober 1911 stattgefundenen Verhandlung, bei welcher als Vertreter des Herrn Holzhauser Herr N. H. Dr. Friedrich Edtsein, Advokat in Lustig, erschien, wollte Weiß zuerst den Wahrheitsbeweis antreten, und wurde zu diesem Zwecke die Verhandlung vertagt. Zur nächsten Verhandlung kam es nicht mehr, weil Weiß inzwischen zum Vertreter Holzhausers ging und erklärte, er wolle Abbitte leisten, die von ihm aufgestellte Behauptung sei unrichtig, er könne dieselbe nicht beweisen und traute Holzhauser ein derartiges Delikt gar nicht zu. Herr Holzhauser, der mit Herrn Weiß selbst gut war, hat in Anbetracht dessen, daß er inzwischen die Urheber des Gerüchtes erforcht hatte, dem Heinrich Weiß Verzeihung angedeihen lassen, wogegen Weiß eine öffentliche Abbitte in der „Leimeritzer Zeitung“ leistete und die Prozesskosten beglich. Als Urheber der Gerüchte wurden nun Emil Joch und Emilie Tränker aus Zirkowitz wegen Uebertretung gegen die Sicherheit der Ehre von Holzhauser belangt. Auch hier war Holzhauser durch Herrn Dr. Edtsein vertreten. Bei der ersten Verhandlung gegen diese beiden, erklärten dieselben durch ihren Vertreter, daß sie die von ihnen aufgestellte Behauptung, Holzhauser hätte in der Nacht vom 9. auf den 10. September 1911 auf dem Felde des Weiß Erdäpfel gestohlen, aufrecht erhalten und hierfür den Wahrheitsbeweis antreten. Joch erklärte im übrigen, daß er und noch vier andere Burtschen Holzhauser beim Ausgraben und Begtragen der Kartoffeln ertappt hätten. Daraufhin wurde das Verfahren unterbrochen und der Akt an die Staatsanwaltschaft abgetreten, welche gegen Holzhauser das Verfahren wegen Uebertretung des Diebstahls einleitete. Es wurden in diesem Verfahren zu allererst die von Joch angegebenen Zeugen einvernommen, welche übereinstimmend unter Eid bestätigten, sie hätten Holzhauser in der fraglichen Nacht auf dem Felde des Herrn Weiß hartend angetroffen, haben das genau und deutlich gesehen und ebenso deutlich bemerken können, daß Holzhauser in der Butte, die er trug, Kartoffeln hatte. Auch bei dem über Antrag des Verteidigers vorgenommenen Lokalausscheine blieben die Zeugen bei diesen Angaben. Aber die Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptungen ergab sich so eklatant, daß man mit einer gewissen Sicherheit sagen konnte, daß die Zeugen zumindest schlecht gesehen haben. Die Ueberzeugung, daß die Zeugenaussagen nicht richtig sind, wurde noch verstärkt durch die Einvernahme der Bahnarbeiter, welche in der fraglichen Nacht Dienst hatten und welche die Verantwortung Holzhausers bestätigten, daß er damals auf der Strecke veritretten Haß aufgesammelt und sich von der Strecke nicht entfernte. Diese Beweise, sowie das eindringliche Verfragen der Zeugen durch den Verhandlungsrichter und durch den Verteidiger Dr. Edtsein gaben nach und nach ein Bild, was man von den belastenden Zeugen ansagen zu halten hatte. Bei der Schlussverhandlung führte Dr. Edtsein aus, daß im vorliegenden Falle man mit Rücksicht auf die fünf beidseitigen Zeugenaussagen wohl nur von einer Massenjugendigung sprechen könne, wenn man nicht annehmen will, daß die Zeugen die Unwahrscheinlichkeit der Vernehmung wies darauf hin, daß zu einem Diebstahl doch irgendein Motiv vorhanden sein müsse; er wies nach, daß Holzhauser, der in geradezu glänzender geordneter Verhältnissen lebt, der von der Bahn genügend Gelder gepachtet und darauf Kartoffeln angefaßt hat, um nicht nur seinen Bedarf zu decken, sondern auch Kartoffeln verkaufen zu können, unmöglich der Täter sein könne; daß ein Mensch, der im 38. Lebensjahre steht und der sich bisher noch nie etwas zuschulden hat kommen lassen, doch nicht seine ganze Existenz wegen einiger Kartoffeln — es handelte sich bei dem angeblichen Ausgraben nur um einen Zeitraum von ungefähr zehn Minuten — auf das Spiel setzen würde, und daß die Art und Weise, wie der angebliche Diebstahl begangen, und wie er von den Zeugen geschildert wurde, schon von vornherein unglaubwürdig erscheine. Der Richter schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an und sprach Holzhauser von der gegen ihn erhobenen Uebertretung frei, indem er ausdrücklich erklärte, daß die Aussagen der Zeugen nicht überzeugend seien, daß es dem Richter direkt ungläublich erscheine, daß Holzhauser auch nur das Feld des Weiß betreten habe und daß die Zeugen, wenn er annehme, daß sie die Wahrheit sagen, sich in der Person desjenigen, den sie gesehen haben und den sie als Holzhauser bezeichneten, geirrt haben müssen. Gegen dieses Urteil erhob die Staatsanwaltschaft Berufung. Als sie jedoch das Urteil des Richters in die Hand bekam, sah sie selbst ein, daß dasselbe vollkommen richtig ist und zog die bereits erhobene Berufung zurück, so daß der Freispruch Holzhausers ein rechtskräftiger wurde. Nunmehr wurde auch die Ehrenbeleidigungssache wieder aufgenommen und auch da zeigte sich wieder, welcher Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Nationalen besteht. Holzhauser, der in seiner Ehre so schwer gekränkt, verzehrt Joch und Trenkler, nachdem dieselben um einen Vergleich bitten, Joch und Trenkler gaben eine umfassende Ehrenerklärung ab, lösteten Herrn Holzhauser Abbitte und zahlten die in dieser Ehrenbeleidigungssache aufgelaufenen Vertretungskosten. Man ersieht aus diesem Strafverfahren wieder, wie wenig Wert auf Zeugenaussagen zu legen ist, insbesondere in dem Falle, wo, wie im vorliegenden Falle, politische Gegensätze zwischen den Parteien herrschen. Hoffentlich merken sich die Anhänger Jochs, daß er es nur dem guten Herzen Holzhausers zu danken habe, wenn er nicht für seine gegen Holzhausers vorgebrachte Ehrenbeleidigung eine schwere Strafe erhalten hat.

**Die Verantwortlichkeit der Bahnrichter.** Im Sommer des Jahres 1911 wurden auf dem neu angelegten Bahnhof in Strahof neue Sicherungsanlagen montiert, zu welchem Behufe die Aktiengesellschaft Siemens u. Halske die Leitung der Kabel übernahm. Die Nordbahndirektion hatte jedoch die Verpflichtung, die hierzu notwendigen Arbeiter beizustellen, während die elektrotechnischen Facharbeiten von dem Monteur Johann Dubenik der Firma Siemens u. Halske durchgeführt wurden.

Am 26. Juni sollte auf dem Bahnhof eine Kabelrolle der Firma Siemens u. Halske im Gewicht von über 1300 Kilogramm auf einen Bahnwagen verladen werden, um an Ort und Stelle zur Kabellegung gebracht zu werden. Die Beaufsichtigung dieser Arbeit war den beiden Bahnrichtern Peter Kaplaw und Lukas Bilik obeliegen, welche mit ihren Arbeitspartien von acht und vier Mann das Ausladen besorgen sollten. Zu diesem Behufe benutzten die Arbeiter zwei sechs Meter lange und fünf Zentimeter dicke Pfosten aus weichem Holz, welche sie auf Anraten des anwesenden Monteurs Dubenik mit drei Schwellen unterlegten. Kaum hatten die Arbeiter die ungeheuer schwere Kabelrolle auf die Pfosten gerollt, als der linksseitige Pfosten brach, die Rolle schiefte und den Arbeiter Anton Hafner an eine zweite Kabelrolle derart anpreßte, daß er einen Bruch des rechten Armes erlitt. Wegen der Schwere dieser Beleidigung wurde nunmehr von der Staatsanwaltschaft vor dem Kreisgericht Morneburg gegen die beiden Bahnrichter Peter Kaplaw und Lukas Bilik sowie gegen den Monteur Johann Dubenik die Anklage wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens §§ 335 und 337 St.-G. erhoben.

Bei der am 27. März l. J. stattgefundenen Hauptverhandlung lehnte der Monteur Johann Dubenik, verteidigt von Dr. Langer aus Wien, jede Verantwortung für den Unfall ab. Er betonte, daß ihn als Monteur einer Elektrotechnikfirma das Ausladen der Kabelrolle gar nichts anging und daß

dies ausschließlich Sache der beiden mitangeklagten Bahnrichter war, wie ja von der Nordbahndirektion in einer Zuschrift dem Gerichte mitgeteilt wurde.

Die Bahnrichter Peter Kaplawa und Lukas Wilk, verteidigt von Dr. Leopold Kach aus Wien, erklärten, daß sie allerdings für ihre Arbeitsspartien verantwortlich seien, sie gaben jedoch an, daß sie sich noch niemals mit dem Ausladen einer Kabelleiste beschäftigt hätten.

Kaplawa gab an, daß er bisher immer nur Erdarbeiten oder Schienentransporte beaufsichtigt habe und daß ihm die speziellen Fachkenntnisse für das Ausladen von Kabelleisten fehlten. Beide Bahnrichter gaben an, daß sie sich bei jener Arbeit auf den anwesenden Monteur Dubenik verlassen mußten, der ja in derartigen Arbeiten Sachmann sei.

Einige hierauf als Zeugen vernommene Arbeiter gaben an, daß sie wegen der Schwäche der verwendeten Pfosten Bedenken trugen, daß jedoch Dubenik diese Bedenken mit der Bemerkung zerstreute, es werde schon gehen.

Der hierauf als Sachverständiger vernommene Stationsvorstand von Gänserndorf, Herr Adolf Grubny, erklärte in seinem Gutachten, daß für die sichere Durchführung dieser Arbeit nur die beiden Bahnrichter Kaplawa und Wilk laut Instruktion verantwortlich gemacht werden können, zumal die Durchführung jener Arbeit der Nordbahn oblag, während der Monteur Dubenik zur Beaufsichtigung dieser Arbeit nicht verpflichtet gewesen sei.

Nach Schluß des Beweisverfahrens beantragte der Staatsanwalt Dr. Hübl die Schuldigpreisung aller drei Angeklagten, da Dubenik die Leitung der Arbeit tatsächlich übernahm, während sie den beiden Bahnrichtern Kaplawa und Wilk oblag, so daß alle drei für den eingetretenen Unfall zu haften haben.

Demgegenüber beantragte der Verteidiger Dubeniks, Herr Dr. Langer, die Freisprechung seines Klienten, weil dieser sich bei jener Arbeit nicht bewußt war, daß ihn eine Verantwortung treffen könne, sondern weil er mit Recht annehmen mußte, daß alles auf Verantwortung der beiden Bahnrichter geschehe.

Hierauf führte Dr. Leopold Kach in Vertretung der beiden Bahnrichter Kaplawa und Wilk in längerer Rede aus, daß für die strafrechtliche Verantwortung auf diesem Falle nicht die juristischen Verpflichtungen der Nordbahn, sondern die tatsächlichen Verhältnisse maßgebend seien. Wenn auch nach dem Wortlaut der Instruktion die beiden Bahnrichter die Verantwortung für die Arbeit treffe, so muß doch berücksichtigt werden, daß weder Kaplawa noch Wilk die erforderlichen Vorkenntnisse für einen derartigen Kabelleisttransport besaßen. Es liege in der Natur der Sache und werde bei derartigen Arbeiten im Bahndienst täglich bemerkt, daß sich alle Arbeiter auf denjenigen verlassen, der die speziellen Kenntnisse für die Ausführung der betreffenden Arbeit besitze. Es wäre Sache der Nordbahndirektion gewesen, für diese Arbeit Leute zu bestimmen, welche die genügende Erfahrung besäßen. Da aber die beiden angeklagten Bahnrichter damals zum erstenmal eine Kabelleiste transportierten, so mußten sie sich auf den Monteur Dubenik verlassen und konnten eine Gefahr nicht voraussehen.

Nach längerer Beratung des Gerichtshofes verurteilte der Vorsitzende Landesgerichtsrat Beutlich mit dem Urteil, monach der Monteur Johann Dubenik wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens zu einer Woche strengen Arrests und Zahlung von 500 Kr. Schmerzensgeld und 145 Kr. an Verdienstentgang an den verletzten Passagier verurteilt wurde. Die angeklagten Bahnrichter Peter Kaplawa und Lukas Wilk wurden von der gegen sie erhobenen Klage gänzlich freigesprochen. In der Begründung hob der Vorsitzende hervor, daß die Bahnrichter, welche sich dahin mit dem Transport von Kabelleisten nie beschäftigt hatten, für den hiebei eingetretenen Unfall strafrechtlich nicht verantwortlich gemacht werden können, während der Monteur Johann Dubenik infolge seiner vieljährigen Erfahrung voraussehen konnte, daß mit dem Aufrollen über so schwache Pfosten eine Gefahr für die körperliche Sicherheit verbunden sei. Der Verteidiger Dubeniks meldete die Nichtigkeitsschwerde an.

### Streiflichter.

Eine Warnung an Auswanderungslustige nach Amerika. Der „Brotherhood of Railway Clerks“ (Verband der Eisenbahngelassenen) übersandte dem Internationalen Transportarbeitersekretariat folgenden Bericht über die Situation in Amerika:

„Ein großer Teil der organisierten Eisenbahner der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat mich ersucht, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß die Arbeitsverhältnisse in diesem Lande augenblicklich äußerst ungünstige sind, und Sie zu bitten, auch die angeschlossenen Organisationen über die Situation aufzuklären, damit keiner unserer europäischen Kameraden durch falsche Vorstellungen veranlaßt werde, nach den Vereinigten Staaten auszuwandern.“

Es verlaute, daß die Agenten der Eisenbahngesellschaften, anderer Industrien und gewisser Dampfschiffahrtsgesellschaften an die Arbeiter der europäischen Länder täglich gefälschte Berichte ausgeben, in denen gesagt wird, daß die Gelegenheit in den Vereinigten Staaten niemals besser war als jetzt, daß viel Arbeit vorhanden ist, die Löhne hoch sind, der Lebensunterhalt billig, und in denen noch vieles andere berichtet wird, was zur Irreführung dient.

Tatsache ist, daß Hunderttausende von Arbeitern in den Vereinigten Staaten arbeitslos sind. Es besteht eine allgemeine geschäftliche Depression in allen Industrien. Die Kosten des Lebensunterhaltes sind bis fast ins Unmögliche gestiegen und ohne Zweifel wird jeder Kamerad, der in der Hoffnung, Arbeit zu finden, jetzt nach Amerika auswandert, bitter enttäuscht sein.

Viele Streiks sind im Gange. 85.000 Eisenbahner streiken im Westen von Chicago. Auch in den Textilindustrien sind Streiks im Gange und es scheint fast, als ob wir im April einen Generalstreik der Bergleute haben werden.“

Eine Deputation von Zugbegleitern der k. k. Nordbahn im Eisenbahnministerium. Am 30. März l. J. sprach eine Deputation von Zugbegleitern der k. k. Nordbahn bei Herrn Baron Koblitz im Eisenbahnministerium vor, mit der Bitte, eine Mehrnormierung der Oberkondukteurposten durchzuführen, damit die Zugführer nicht, so wie jetzt, drei Jahre, mande sogar bis sechs Jahre, als Zugführer fahren müssen, ohne zu Oberkondukteuren ernannt zu werden. Herr Baron Koblitz erwiderte, daß die k. k. Nordbahn bereits diesbezüglich ein Gesuch dem Eisenbahnministerium unterbreitet habe. Das Finanzministerium könne jedoch eine Mehrnormierung nicht bewilligen, da bei der k. k. Nordbahn infolge der usumwägigen Ernennungen eine Uebernormierung vorhanden sei. Als die Deputation dem Herrn Baron nahelegte, daß in Anbetracht der schon unendlich gewordenen Verhältnisse doch irgend etwas geschehen müsse, was Abhilfe schafft, wählte der Herr Baron diesen Ausführunge zu und erklärte, daß auch noch etwas geschehen wird. Bestimmteres konnte Herr Baron Koblitz der Deputation nicht zusagen und die Deputation mußte sich mit dem Ergebnis, daß auch

das k. k. Eisenbahnministerium sich der Ansicht nicht beschließen kann, daß in der Frage zugunsten der Bediensteten etwas geschehen müsse, ihre Mission als beendet betrachten.

Die Deputation des Wächterpersonals im k. k. Eisenbahnministerium. Am 28. März d. J. sprach die auf der Reichskontingenz gewählte Deputation im k. k. Eisenbahnministerium vor und wurde vom Herrn Eisenbahnminister Baron Forster persönlich empfangen. Der Deputation gehörten außer den Zentralpersonalkommissionsmitgliedern Genossen Sommerfeld (Wien) und Genossen Spielmann (Zunsbrunn), noch die Genossen Sirdla (Nordwestbahn, Vissa), Gieschitz (Willing, k. k. Staatsbahndirektion Triest) an. Die Genossen Kern (Wien), Poloszak (Podgorze) und Brandstetter waren entschuldigt; Genosse Brandstetter hatte zur Vorgesprache keinen Urlaub erhalten. In der Aussprache zwischen der Deputation und dem Herrn Eisenbahnminister nahm auch Herr Sektionsrat Dr. Hermann Böhm teil. Genosse Sommerfeld brachte die Wünsche der Wächter und Blocksignaldienner zur Sprache und unterbreitete speziell die dringendsten der eingebrachten Anträge dem Herrn Eisenbahnminister, und zwar: 1. betreffend die Nachdienstzulage, 2. betreffend der Uniform und 3. betreffend der Diensterteilung. In der Frage der Nachdienstzulage verwies der Herr Eisenbahnminister auf die angeblich mitunter günstigen Verhältnisse der Bahnerhaltungswächter in der Provinz, wobei er jedoch zugab, daß die Verhältnisse der Stationswächter, welche keine Naturalwohnungen haben, ungünstig seien, so daß bei Gewährung der Nachdienstzulage untersucht werden müsse, wo und inwieweit dieselbe zu gewähren sei. Auf diese Ausführungen erklärte Genosse Sommerfeld, daß es auch unter den Bahnerhaltungswächtern Not und Elend gebe, und daß jene Wächter, denen es besser gehe, den Wohlstand in keiner Weise den günstigen Gehaltsverhältnissen zuschreiben hätten, sondern daß jene Wächter vielleicht durch erhöhtes Vermögen oder Erbschaft in günstigere Verhältnisse kamen und daß es somit nur eine Sache der Gerechtigkeit wäre, den Wächtern ohne Unterschied der Kategorie die Nachdienstzulage zu gewähren. Auf die Gehaltsregulierung und Einreichung der Wächter vom Jahre 1908 zurückkommend, erklärte Genosse Sommerfeld, daß auch da den Wächtern nicht in dem Umfange Rechnung getragen wurde, wie sich dieselben das erhofften, daß diese Regulierung, wenn sie den Wächtern zugute hätte dienen sollen, schon unter der Ära Wittel im Jahre 1890 stattfinden hätte sollen. So aber sind die Wächter gerade in der Zeit der aufsteigenden Teuerung zwischen 1890 und 1908 demnach verelendet, daß ihnen mit der Einreichung in günstigere Verhältnisse kein Ersatz mehr geboten wurde. Die Wächter sehen wohl den guten Willen des k. k. Eisenbahnministeriums, ihnen zu helfen, haben aber vor diesem keinen wie immer pekuniären Erfolg, da ihnen durch die immer fortschreitende Teuerung jede Aussicht auf Verbesserung ihrer Lage genommen ist, so daß sie nochmals Seine Ergebenheit bitten, er wolle seinen ganzen Einfluß bei der Regierung geltend machen, den Wächtern die Nachdienstzulage zu gewähren. Der Herr Eisenbahnminister verwies auf die in den letzten fünf Jahren dem Personal gewährten Verbesserungen, die eine Summe von über 60 Millionen Kronen beanspruchten, und wünschte, daß dies auch das Personal anerkennen möge und daß es sich bei seinen immerwährenden Anträgen nach Verbesserungen mäßigen möge. Auf die Uniformfrage übergehend, bat Genosse Sommerfeld, auch in dieser Angelegenheit betreffs Quantität und Qualität die Wächter nicht nach anderem Maße zu behandeln als die übrigen Diener. Die Wächter seien von der Hoffnung getragen, diese Frage in der kürzesten Zeit geregelt zu sehen. Der Herr Eisenbahnminister nahm dies nach Informierung zur Kenntnis. Auf die Diensterteilung kommend, verwies Genosse Sommerfeld darauf, daß noch immer Diensterteilungen bestehen, die bei dem immer stärker werdenden Verkehr geradezu unumgängliche genannt werden können. Er verwies unter anderem speziell auf die Linie Sing-Budweis, wo den Wächtern noch immer nicht der 16stündige Dienst mit 16stündiger Ruhezeit gewährt werde. Auch dies nahm der Herr Eisenbahnminister zur Kenntnis. Zum Schluß sprach Genosse Sommerfeld über die Wünsche der Blocksignaldienner und Wächterkontrolliere betreffs der Einreichung in den Unterbeamtencharakter, verwies auf die eminent verantwortungsvolle Dienstleistung derselben und bat den Herrn Eisenbahnminister, für jene Kategorie einzustehen. Genosse Sommerfeld brachte auch die Entziehung der Reispafets zur Sprache und wurde diesbezüglich an das Departement 10 gemiesen. Nachdem der Herr Eisenbahnminister alle diese Wünsche zur Kenntnis genommen hatte und nachdem Genosse Sommerfeld nochmals an denselben die Bitte richtete, den Wünschen der Wächter und Blocksignaldienner Rechnung zu tragen, wurde die Deputation entlassen.

Die Lage des Magazinspersonals am Wiener Nordwestbahnhof. „Hallo, Hallo! Hier Magazinsmeister E., Wien, Nordwestbahnhof. Wer dort?“ „Der Magazinsmeister A., Wien, Nordbahn. Was ist denn los?“ „Hier am Nordwestbahnhof große Gefahr. Der Magazinsmeisterverein ist bedroht, rasch handeln. Woher schaffen.“ Dieses aufgeregte, telephonische Gespräch wickelte sich vor einigen Tagen am Nordwestbahnhof ab. Nun herrscht aber wieder eine Grabesstille. 14 Tage sind vergangen, wo sich die Magazinsaufseher und -meister des Wiener Nordwestbahnhofs zusammengefunden und in der am 28. Februar stattgefundenen Versammlung beschlossen haben, dem Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein beizutreten und den anderen Vereinen Adieu zu sagen.

Dagegen sind jetzt die Macher des Magazinsmeistervereines ohnmächtig und machtlos. Dieser Verein hat seit dem dreijährigen Bestand nichts Ernsthaftes für seine Mitglieder unternommen, und nun haben es diese satt bekommen, sich länger zum Narren halten zu lassen.

Die Lage des Magazinspersonals hat sich seit der Verstaatlichung der Nordwestbahn bedeutend verschlechtert. Die k. k. Staatsbahnverwaltung versteht es, die schlechteren Verhältnisse der älteren Staatsbahnlinien den Nordwestbahndienstleistungen auszuweichen, ihnen die alten Begünstigungen, die sie bei der privaten Nordwestbahn hatten und die speziell dem Magazinspersonal zugefallen wurden, durch allerlei Interpretationen vorzuenthalten.

So ist zum Beispiel die automatische Ernennung bei Erreichung der Gehaltsstufe von 1200 Kr. Gehalt zum Unterbeamten, welche Begünstigung den Magazinsaufsehern eine teilweise Entschädigung für die große Verantwortung bietet, nicht eingehalten worden. Die k. k. Staatsbahnverwaltung sollte doch wissen, daß durch die Hände der Magazinsaufseher und -meister die ganzen Millionen Waren gehen, dieselben dafür haften müssen, und sie durch genaue Dienstleistung der k. k. Staatsbahnverwaltung viele Tausende Kronen sichern helfen.

Täglich werden vom grünen Tisch verschiedene Vorschriften für die Verladung, Leitung u. s. w. herausgegeben, wobei sich die k. k. Staatsbahnverwaltung trotzdem nur auf die Lichtigkeit der Magazinsaufseher und -meister mit ganzem Vertrauen verlassen muß. Die geringsten Fehler, die sich beim herrschenden Sparsystem nur mit größter Anstrengung vermeiden lassen, verursachen Verschleppungen, Lieferzeitüberschreitungen, Verschädigungen u. s. w. und daraus folgende von den Parteien erhobene Ansprüche, die in die Tausende gehen.

In den Aufgabemagazinen werden jeden Mittwoch und Samstag bis 1/2 12 Uhr, oftmals auch bis 8 und 1/2 12 Uhr abends Güter zur Aufgabe übernommen. Auch an allen übrigen Tagen gelangen nach 6 Uhr abends noch Güter zur Annahme. Alle

übernommenen Güter müssen dann noch verladen werden, wodurch das Personal täglich eine und mehrere Stunden über die normale Arbeitszeit ohne Ueberstundenentlohnung Dienst versehen muß.

Auch in den Abgabemagazinen müssen die Bediensteten eine und mehrere Stunden täglich über 6 Uhr abends ohne Ueberstundenentlohnung arbeiten. In den Abgabemagazinen basiert die Ueberzeit hauptsächlich von dem Mangel an Arbeitskräften.

Ein Teil der Arbeiter wird vielfach auf Substitutionsstellen für Kanzleidiener, zur Verrichtung von Reinigungsarbeiten in den Bureaus der Direktion (Leppichkloppen zc.) verwendet.

In allen Magazinen der Linien der alten k. k. Staatsbahnen wird die Arbeitszeit um 6 Uhr abends beendet und dürfen nach diesem Zeitpunkt auch keine Güter mehr zur Annahme gelangen. Die Bahnerverwaltung hat auch gar kein finanzielles Interesse an derartigen Begünstigungen an einzelne Parteien, denn die Aufgabe des Gutes muß naturgemäß am nächsten Tage erfolgen, wenn sie früher nicht bewältigt werden kann. Es ist also nicht einzusehen, wieso die Magazinsbediensteten der k. k. Nordwestbahn stets ohne Ueberstundenentlohnung nach 6 Uhr Dienst verrichten müssen, die nur den Bequemlichkeitsbedürfnissen einzelner Parteien zuliebe verlangt werden.

Am 14. März l. J. wurde verfügt, daß zu dem Aufsichtsdienst beim Entladen der Milch drei Magazinsaufseher zu erscheinen haben. Dieselben müssen um 1/2 12 Uhr früh auf der Milchrampe sein. Einer davon hat bis zum Schluß (6 bis 7 Uhr früh) zu verbleiben; dieser Mann ist darauf frei. Die anderen können um 4 Uhr früh, bei Verspätungen auch später, nach Hause gehen, müssen aber um 7 Uhr früh wieder zum Dienst erscheinen. Es ist klar, daß auch diesen beiden Magazinsaufsehern, die ebenfalls die halbe Nachtruhe geopfert haben, der darauffolgende halbe Tag frei gebührt.

Das alles kann überhaupt vermieden werden, wenn zum Aufsichtsdienst vom Frachtdienst nur ein Mann gestellt wird, denn bei diesem Aufsichtsdienst sind außerdem noch vom Elgut zwei Magazinsaufseher und ein Magazinsmeister dabei.

Bei der Nordwestbahn besteht auch die Bestimmung, daß je zwei Magazinsaufseher jeden Sonntag in Wisamberg und Grebersdorf zur Abnahme der Personalkarten und zur Verrichtung sonstiger Dienste zu verwenden sind.

Eine derartige Verwendung von Magazinsaufsehern gibt es auf keiner übrigen Linie der k. k. Staatsbahnen und es ist daher unbillig, von den Magazinsaufsehern der k. k. Nordwestbahn in Wien eine Dienstleistung zu verlangen, die kein anderer zu befragen hat, um so mehr, als sie hierfür außer dem Gehrgeld keine besondere Entschädigung erhalten.

Die Magazinsmeister und -Aufseher sollten jeden zweiten Sonntag oder Feiertag im Monat vollständig frei bekommen. Außerdem sollte allen genannten Bediensteten jeder Sonn- oder Feiertagnachmittag vollständig freigegeben werden. Infolgedessen ist auch die sogenannte Sonntagsinspektion aufzuheben. Diese Diensterteilung besteht bereits in fast sämtlichen Magazinen der alten k. k. Staatsbahnen. Dort hat jeder Magazinsmeister und -Aufseher und selbstverständlich auch die übrige Bedienstetenchaft jeden Sonntag- oder Feiertagnachmittag und turnusmäßig jeden zweiten Sonn- oder Feiertag ganz frei.

Die Errichtung von verglasten Kabinetten zur Verrichtung der schriftlichen Arbeiten in den Abfahrtsmagazinen erscheint ebenfalls schon lange als eine unabwendbare Notwendigkeit, der aber bisher nicht Rechnung getragen wurde.

Auch die Einhaltung des bei der Einreichung gemachten Zusage betreffend die Einhaltung des bei der privaten Nordwestbahn bestehenden Usus, monach Magazinsaufseher bei Erreichung der Gehaltsstufe von 1200 Kr. zu Unterbeamten ernannt wurden, muß energig verlangt werden. In Wien steht eine Reihe Magazinsaufseher seit 1. Jänner 1912 in der Gehaltsstufe von 1200 Kr., wurden aber bisher nicht zu Unterbeamten ernannt.

Die k. k. Staatsbahnverwaltung wird wahrscheinlich einwenden, daß die Kosten der genannten Bediensteten nicht normiert sind, und dieser Umstand, der im Sinne der Einreichungsgrundzüge eine Voraussetzung für die Einhaltung des Usus bildet, der Ernennung hinderlich im Wege stehe. Dazu ist zu bemerken, daß der Herr Vorsitzende der Personalkommission in der Sitzung der Personalkommission im Herbst 1910, in welcher die Einreichungsgrundzüge begutachtet wurden, ausdrücklich bemerkte, daß das Fehlen der Normierung kein Hindernis für die Einhaltung des Usus bilden wird. Die wörtliche Durchführung der zitierten Bestimmung in den Einreichungsgrundzügen würde überhaupt die Nichteinhaltung keinerlei Usus ermöglichen, weil dann einfach die Kosten nicht normiert werden müßten, und infolgedessen auch keine Ernennung stattfinden könnte.

In die gleichgültigen Eisenbahner der Kaschau-Oberberger Bahn, österreichische Strecke! Obwohl sich in letzter Zeit die Ortsgruppe Leschen des Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsvereines für Oesterreich bedeutend gehoben hat, so bleibt doch noch sehr viel zu wünschen übrig, da kaum der dritte Teil der auf der österreichischen Strecke befindlichen Bediensteten und Arbeiter dem vorstehend angeführten Vereine als Mitglieder angehören. Die Ursache dieser Erscheinung liegt darin, daß die Leute so ganz gleichgültig über ihre eigenen Interessen hinweggehen, daß sie sich nicht die Mühe nehmen, über die herrschenden Verhältnisse nachzudenken, unter welchen sie Gefahr laufen, immer mehr und mehr in Elend und Not niedergedrückt zu werden, trotzdem ihnen in verschiedenen Versammlungen dargelegt wurde, nicht nur sich zu organisieren, sondern sich auch dem Studium der sozialdemokratischen Wissenschaft nach Möglichkeit zu widmen.

In der am 19. Februar l. J. stattgehabten Versammlung, welche den Bediensteten der Kaschau-Oberberger Bahn noch gut in Erinnerung sein dürfte, hat der Referent Genosse Tuschig in seinen Ausführungen mit Bezug auf die durch eine Deputation erfolgte Ueberreichung eines Memorandums an die Generaldirektion der Kaschau-Oberberger Bahn in Budapest unter anderem gesagt: „Es ist nun der erste Schritt getan und Sache der Bediensteten wird es nun sein, nicht mehr lauer zu lassen, bis den Forderungen, die im Memorandum enthalten sind, Rechnung getragen wird. Alle Bediensteten müssen nunmehr in die Organisation hinein. Sie dürfen sich von keiner Seite von dem gesteckten Ziele ablenken lassen.“

Dieser den Bediensteten erteilte wohlgemeinte Rat hat nicht die Beachtung gefunden, die man für denselben beanspruchen kann, denn es sind bis jetzt verhältnismäßig noch viel zu wenig Leute der Ortsgruppe beigetreten. Die einen denken sich, wozu soll ich beitreten, wenn etwas zu erreichen ist, geht es auch ohne mich, und ich werde gerade so viel bekommen, wie die, die in der Organisation mitlämpfen. Das ist grundfalsch, denn, wenn eine Organisation zu schwach ist und notwendigerweise in einen Kampf treten muß, kann sie leicht unterliegen. Es ist eine alte Erfahrung, daß je mehr Teilnehmer in einem Kampfe stehen, um so kleiner das Opfer für jeden einzelnen ist, desto größer die Aussicht auf einen Erfolg ist. Darum ist es notwendig, daß sich alle am Kampfe beteiligen, das heißt, der Organisation beitreten.

Ein anderer, zum Beispiel ein Reichsbändler, hofft wieder, sich in die Gunst der Vorgesetzten einschleichen zu können, wenn er der Organisation fernbleibt, spielt, um sich

In den Augen des Chefs besonders hervorzuheben, einen Denunzianten gegen die Organisierten, und denkt sich, die sollen die Kastanien aus dem Feuer holen, wir werden sie schon essen. Dies sind die schmutzigsten und verachtungswürdigsten Naturen.

Eine dritte Sorte sind die Furchtsamen, die sich fürchten, von einem Vorgesetzten erriecht zu werden, wenn sie mit einem Organisierten sprechen.

Es zeigt das von wenig Ehrlichkeit und Rechtschaffenheit, ja man kann das eine Schmach nennen, wenn Bedienstete sich darauf verlassen, daß ihre Kollegen oft unter schweren moralischen und pekuniären Opfern für die Allgemeinheit gewisse Vorteile erkämpfen, woran dann auch alle jene partizipieren, die nicht das geringste zu dem Erfolge beigetragen haben.

Den Furchtsamen können wir die Versicherung geben, daß kein Grund besteht, sich zu fürchten, wofür der Umstand den besten Beweis liefert, daß keinem der an der erwähnten Deputation Beteiligten ein Haar gekrümmt wurde und auch nicht gekrümmt werden wird und darf.

Wir rufen euch, werle Kollegen der Kaschau-Oderberger Bahn, noch einmal zu: Hinein in die Organisation! Alle vereinigt sind wir mächtig!

Von den Signalmeistern. Das Aktionskomitee der organisierten Signalmeister in Prag hielt am 3. März l. J. die regelmäßige Monatsversammlung ab, welche sehr zahlreich, insbesondere von den Signalmeistern der verstaatlichten Bahnen, und zwar der Staatsbahn-Gesellschaft und der Nordwestbahn, besucht war. Als Vertreter des technischen Sekretariats fungierte Genosse Franz Duchar. In erster Reihe wurden die laufenden Organisationsangelegenheiten durchgeführt und zur Kenntnis genommen, daß die Signalmeister, anerkennend den Wert der einheitlichen Organisation, ohne jedweden Druck bis auf den letzten Mann in der „Gewerkschaft“ verbleiben.

Die Organisation der Signalmeister erweitert sich erfreulicherweise fortwährend und es wurde konstatiert, daß gerade in der jetzt bewegten Zeit mehrere Signalmeister zur „Gewerkschaft“ beigetreten sind, von welchen einige früher Mitglieder der „Zemská jednota“ waren.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden die Verhältnisse der Kollegen auf der verstaatlichten Staatsbahnbahn-Gesellschaft und der Nordwestbahn erörtert. Die Signalmeister der genannten Bahnen beschwerten sich einerseits über die Dienstüberbürdung, andererseits über die komplizierten Schreibarten, welche sehr viel Zeit zum Schaben des eigenen Dienstes erfordert. Damit diesen tatsächlich berechtigten Beschwerden wenigstens teilweise abgeholfen werde, beschloß das Aktionskomitee die Abhilfe durch die Personalkommissionen beider Bahnen anzustreben. Aus diesem Anlaß wurden nachfolgende minimalen Forderungen der Signalmeister angenommen.

- a) Erweiterung von normierten Posten für die Signalmeister und mit diesen die Kürzung der zugewiesenen Strecke.
- b) Aufstellung von sachmännisch herangebildeten Reserve-Signalfachmann in hinreichender Anzahl.
- c) Dauernde Beistellung eines Arbeiters zur Hand eines jeden Signalmeisters, um diesen stets bei den Arbeiten auf der Strecke zur Hilfe verwenden zu können. Nach Umständen und je nach Bedarf werden den Signalmeistern auch mehrere Arbeiter beigegeben.
- d) Aufstellung von eigenen Organen ausschließlich zur Reinigung und Füllung der Galvanophoren in den Stationen und auf der Strecke auf jene Art, wie es bei der Böhmisches Nordbahn eingeführt ist.
- e) Es werde das tägliche Schmier- und Reinigen der Bestandteile der Zentralsicherungsanlage angeordnet.
- f) Die Instandhaltung der Zufahrtsschranken werde anderen Organen überlassen. Sollte dies nicht möglich sein, so werde dem Signalmeister ein zweiter Schlosser beigegeben.
- g) Außergewöhnliche Rekonstruktionsarbeiten und neue Installation, welche länger als drei Tage dauert, sollen in der Regel durch die Signalwerkstätten, gegebenenfalls durch eine Firma gemacht werden.
- h) Beteiligung aller Signalmeister mit normalen Zeichnungen.
- i) Ausrüstung der Signalmeister mit den gehörigen Werkzeugen sowie mit den normalen Werkzeugtaschen nach dem angenommenen Muster des l. I. Eisenbahnministeriums.
- k) Regelung der Sonn- und Feiertagsruhe, und zwar in der Art, daß der Signalmeister einen Sonntag oder Feiertag Dienst und den anderen Sonn- oder Feiertag frei hat, bei gegenseitiger Substitution unter den Signalmeistern.
- l) Das Schreibpauschale werde entsprechend erhöht.

Diese Forderungen mit der notwendigen Begründung wurden zur nächsten Sitzung: Unterbeamtensektion der Personalkommission der Staatsbahngesellschaft, eingebracht. Das Aktionskomitee hofft zuversichtlich, daß diese Forderungen nicht nur angenommen, sondern auch mit Mäßigkeit erfüllt werden. In der Versammlung wurde weiters darauf hingewiesen, daß, obwohl der Beruf und die Verrichtungen der Signalmeister bisher überhaupt nicht entsprechend abgesehen werden, dennoch in vielem ein Schritt nach vorwärts getan wurde. So begegnet hauptsächlich die Vereinfachung des Dienstes (früher der Dienst der Telegraphen- und Wochmeister), die mit mancherlei Beschränkungen und Mißbräuchen von den Signalmeistern angenommen wurde, bei gutem Willen keinerlei Schwierigkeiten, was gewiß auch anerkannt wird.

Die nächste Versammlung des Aktionskomitees findet am 13. März d. J. um 6 Uhr abends statt. Genossen Signalmeister, erscheint wie gewöhnlich recht zahlreich!

Vorsprechen der Manipulationskondukteure der Oesterreichischen Nordwestbahn bei der Direktion und im l. I. Eisenbahnministerium. In der Angelegenheit der Einhaltung des Mißbrauches bezüglich der Ernennung der Manipulanten zu Oberkondukteuren auf der l. O. N. W. B. sprach am 30. März eine Deputation sowohl bei der Nordwestbahndirektion als auch im Eisenbahnministerium vor. Die Deputation bestand aus zwölf Mitgliedern. In derselben waren sämtliche größere Domikulationen der O. N. W. B. vertreten. Zuerst sprach die Deputation bei der Nordwestbahndirektion vor, wo sie von Herrn Dr. Fellner einige Informationen erhielt. Dann begab sich die Deputation in das l. I. Eisenbahnministerium. Dasselbst fand noch eine kurze Rücksprache mit dem gerade im Eisenbahnministerium anwesenden Herrn Ministerialrat Dr. Geutebrück statt. Bei dieser Rücksprache handelte es sich hauptsächlich darum, ob tatsächlich der Mißbrauch, daß bei der früheren Verwaltung die Manipulanten bei Erreichung der Gehaltsstufe von 1200 Kr. zu Oberkondukteuren ernannt wurden. Genosse Paul überreichte dem Herrn Ministerialrat Dr. Geutebrück ein Verzeichnis von Bediensteten, die als Manipulanten bei Erreichung der Gehaltsstufe von 1200 Kronen bei der früheren Verwaltung zu Unterbeamten ernannt worden sind. Die eigentlichen Verhandlungen der Deputation fanden aber beim Sektionsrat Freiherrn v. Koblich statt. Genosse Paul wies nochmals auf den bestehenden Mißbrauch bei Ernennung der Manipulanten zu Oberkondukteuren auf der O. N. W. B. hin. Er betonte, daß die Bediensteten ein umfangreiches Beneidmaterial aufgebracht haben, womit der bestehende Mißbrauch nachgewiesen wird.

Da der Mißbrauch tatsächlich bestanden hat, so ergibt sich für die betreffenden Bediensteten auf Grund der Einreichungsgrundsätze auch das Recht, daß sie bei Erreichung der Gehaltsstufe von 1200 Kr. zu Unterbeamten ernannt werden. Freiherr

v. Koblich gab auch in Rücksicht auf die vorgebrachten Gründe zu, daß das Verlangen der betreffenden Bediensteten berechtigt sei. Das Eisenbahnministerium werde deshalb mit dem Finanzministerium in Verhandlung treten, um die Mittel zu erhalten, daß nach einem prozentuellen Verhältnis zu den früheren Ernennungen, analog der Normierung auf der Nordbahn, eine Anzahl von Unterbeamtenposten für jene Bediensteten normiert werde, die am 31. Dezember 1909 bereits als Manipulanten eingeteilt waren. Genosse Paul erwiderte, daß die Bediensteten der Ansicht sind, das Recht bezüglich der Ernennung in Rücksicht auf den früher bestandenen Mißbrauch erjrede sich nicht nur auf die am 31. Dezember 1909 bereits eingeteilten Manipulanten, sondern auf sämtliche Oberkondukteure, die am genannten Datum definitiv waren. Im besonderen erwähnte er der gemischten Turnusse, in welchen Bedienstete teils als Revisionskondukteure, teils als Zugführer, beziehungsweise als Manipulanten verwendet wurden. Selbst bei der ungünstigsten Auslegung der Einreichungsgrundsätze würden diese meist älteren Bediensteten das Recht auf die Ernennung zu Unterbeamten haben. Ebenso erwähnte Genosse Paul noch den Umstand, bei Rückversetzungen der Zugführer zu Manipulanten wegen Förder- oder Schunvermögens den betreffenden Bediensteten den Unterbeamtencharakter zu wahren, da in Rücksicht auf die usuelle Ernennung der Unterbeamtencharakter auf der O. N. W. B. bereits als Manipulant erworben wurde. Freiherr v. Koblich erwiderte, daß dieses weitgehende Wunsche sind; doch werden dieselben erwogen werden. Damit war die Vorsprache beendet, und es wäre nur zu erwarten, daß endlich das Eisenbahnministerium den Manipulanten auf der verstaatlichten O. N. W. B. jene Rechte gewährt, die ihnen auf Grund der Einreichungsgrundsätze gebühren.

Von der Strecke Linz-Budweis. Die Oesterreichisch-ungarische Eisenbahner-Zeitung, Nr. 8, vom 15. März 1911 brachte einen Artikel, gezeichnet von den Umlöwitzer Wächtern, welcher sich mit der Dienstzeit der Wächter auf der Strecke Linz-Budweis befaßt. In diesem Geschreibsel wird behauptet, daß ein Personalkommissionsmitglied der genannten Strecke an die Wächter geschrieben habe, daß die 16/16stündige Dienstzeit bewilligt wurde und nur die Staatsbahndirektion Linz diesen Turnus nicht herausgibt. Nun wäre ja an der ganzen Sache nicht viel daran, denn wir organisierten Wächter werden den 16/16stündigen Dienst schon zu erreichen wissen, wenn nicht diese niederträchtige Lüge nur dazu dienen sollte, das Ansehen und ehrliche Arbeiten unserer Personalkommissionsmitglieder herabzusetzen und sie bei ihren Arbeitskollegen in Mißacht zu bringen. Daß die christlichsozialen Mameluden keine andere Kampfweise kennen, ist ja bekannt. In Wien scheuen sie sich nicht, einem Toten die Ehre zu rauben und bei uns wollen sie ihre eigenen Arbeitskollegen mit Unwahrheiten besudeln.

In jeder Wächterkonferenz und bei jeder Versammlung haben unsere Personalkommissionsmitglieder einen genauen Bericht über die stattgefundenen Sitzungen gebracht, zu denen aber diese verleumderischen Gesellen nicht gekommen sind, um sich über den Stand der Dinge informieren zu lassen. Wir organisierten Wächter der Strecke Linz-Budweis erklären deshalb den Schreiber dieser Unwahrheiten insoweit als Lügner und Verleumder, so lange sie nicht nachweisen können, welches Personalkommissionsmitglied obiges Schreiben an die Wächter sandte. Eines mögen sich diese Strohhölzer merken: Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.

### Korrespondenzen.

Wien. (Oberbauarbeiterlos.) Am 23. März wurde auf der Vorortlinie der Wiener Stadtbahn zwischen den Stationen Hernals und Ottakring Genosse Franz Kettmann, Oberbauarbeiter, der gerade die Geleise maß, von einem Auge so heftig zur Seite geschleudert, daß er schwer verletzt und bewußtlos im Wassergraben liegen blieb bis er vom Personal aufgenommen und von der freiwilligen Rettungsgesellschaft in das Stephanienspital übergeführt wurde. Er erlag seinen Verletzungen. Genosse Kettmann wurde unter zahlreicher Beteiligung der Oberbauarbeiter sowie auch des übrigen Personals der Wiener Stadtbahn auf den Ottakringer Friedhof zu Grabe getragen, wo Genosse Kotzba in einer kurzen Grabrede seiner aufopferungsvollen Tätigkeit als Familienvater gedachte, daß er einen harten Kampf ums Dasein führen mußte, sich aber jederzeit als überzeugter Arbeiter seiner Pflicht voll und ganz bewußt war. Genosse Franz Kettmann war langjähriges Mitglied unserer Organisation, stand im 44. Lebensjahre und hinterläßt eine Witwe mit fünf unversorgten Kindern im Alter von 4 bis 13 Jahren. Ehre seinem Angehenden!

Triest-St. Andri. (Ein humaner Bahnarzt.) Wir erhalten zu dem in Nummer 9 unseres Blattes unter dieser Spitzmarke gebrachten Artikel folgende 19. Berichtigung:

Es ist nicht wahr, daß am Anfang dieses Monats, Montag früh, der Oberbauarbeiter Mathias Novak mich ersuchte, zu seiner kranken Frau zu kommen; wahr ist vielmehr, daß der genannte Arbeiter mich darum am 4. Februar, Sonntag um 3 Uhr nachmittags, ersuchte.

Es ist nicht wahr, daß ich damals keine Zeit hatte und Dienstag zu kommen versprach; wahr ist vielmehr, daß ich, trotz dem Novak ohne Krankenzettel erschienen war und trotz des herrschenden Unwetters — wie ein solches seit 20 Jahren in Triest nicht beobachtet wurde — erklärte, sofort zu kommen.

Es ist nicht wahr, daß der Arbeiter Dienstag nochmals ansuchte und daß ich ihm den Auftrag gab, mich morgen Mittwoch um 4 Uhr nachmittags bei der Apotheke zu erwarten; wahr ist vielmehr, daß ich gleich bei dem ersten Besuche Novaks, also am 4. Februar, Sonntag 3 Uhr nachmittags, sagte, er möge auf mich am selben Tage um 4 Uhr nachmittags, bei der Apotheke in St. Giacomo warten, um mich in seine Wohnung zu führen, weil ich nach der Adressenangabe „Chiarbola superiore Nr. 446“ die Wohnung nicht finden würde, da Chiarbola superiore ein Gebiet von mehr als eine halbe Million Quadratmeter umfaßt.

Es ist nicht wahr, daß der Arbeiter von 4 bis 6 Uhr nachmittags wartete, und er nicht kam, ich es war; wahr ist vielmehr, daß ich einige Minuten nach 4 Uhr bei der Apotheke angelangt war, den Arbeiter aber nicht traf, daß ich ihn dann überall herumsuchte, zu der Kirche ging und wieder zurück, daß ich nach ihm in der Apotheke in Gegenwart des Apothekers und der Kassierin fragte und als ich keinen Bescheid erhalten konnte, allein bis zum Friedhof ging und seine Wohnung vergebens suchte.

Es ist nicht wahr, daß dem Arbeiter Donnerstag nicht mehr möglich war, mich zu holen, da sich die Krankheit seiner Frau verschlechterte. Wahr ist vielmehr, daß er Donnerstag den von mir in Gegenwart des Amtsdieners gemachten Vorschlag, mich zu seiner Frau zu begleiten entschieden abgelehnt hatte mit der Motivierung, es sei nicht notwendig, da es ihr schon gut geht.

Es ist nicht wahr, daß seine Frau ohne ärztliche Hilfe gestorben ist; wahr ist vielmehr, daß ich, nachdem durch das Verhalten Novaks ein Hausbesuch nicht möglich war, nach Schilderung der Krankheitserscheinungen Medizinalrat verordnete.

Wachtungsvoll  
Dr. Karll.

Fußdorf. (R. I. Dienstboten.) In unserer Station hält sich ein Stationsarbeiter nur dann längere Zeit, wenn er im Tragen des Wassers zur Wäsche, im Kesselpflegen, Holzzerkleinern, beim Einlaufen, Wäscherollen und beim Führen der Kinder zur Schule tüchtig ist. Der Dienst in der Station muß zwar von ihm auch versehen werden, zunächst kommt aber der in der Küche. Wenn in Fußdorf ein Personenzug ankommt,

hört man sehr oft herumschreien, wo der zum Kartenabnehmen und zum Ausladen bestimmte Stationsarbeiter ist. Da er fährt man: „Er ist für die Frau Vorstand Kipfel zum Kaffee holen gegangen“ oder: „Er muß jetzt Wäsche rollen.“ Die weiblichen Dienstboten halten es bei den oft größtentheils sinnigen Frau Vorständen nicht lange aus. Der arme Stationsarbeiter muß es aber im Interesse seines Fortkommens über sich ergehen lassen, daß er seffiert und zu Dienstbotenarbeiten kommandiert wird. Solange der Arbeiter die ihm aufgedruckten häuslichen Arbeiten unentgeltlich und stillschweigend verrichtet, verpflichten ihm der Herr und die Frau Vorstand, er werde bei nächster Gelegenheit zum definitiven Stationsdiener „eingeegeben“ werden. Würde ein solcher eine derartige Arbeit verweigern, findet sich schon ein Grund, der seine Entlassung herbeiführt. Und dies geschieht alles, trotz der Sparerei an dem notwendigen Personal.

Amstetten. (Nichtigstellung.) In der Nummer 10 des „Eisenbahner“ vom 1. April auf Seite 11, Spalte 3, hat sich unter der dort von Amstetten eingehenden Korrespondenz ein großer Druckfehler eingeschlichen. Es soll richtig heißen: der Bahndiener Weiß (und nicht Bahnwächter). Wir bitten die Leser, dies gefälligst zur Kenntnis zu nehmen.

Eisenerz. Zehn Jahre sind verlossen, seit die Bahnbediensteten von Eisenerz sich durch Gesuche und durch Anträge in den Personalkommissionsitzungen bemühen, ein Vadekasol zu erhalten. Vergangenen Sommer wurde nun endlich im Heizhausgebäude ein Wannenbad mit Dusche sehr schön eingerichtet und im Herbst auch zum Gebrauch übergeben. Es wurde auch eine Bedienerin für dasselbe bestimmt und eine Waderordnung verlauntbar. Darüber war nun große Freude unter den Bediensteten. Leider währte dieselbe nur so lange, bis man hinging und ein Bad bestellte. Dort erfuhr man von der Bedienerin, daß es nicht möglich ist, das Bad zu heizen, da sie keine Kohlen für dasselbe erhalten kann. Die löbliche Direktion hat nämlich keine Bestimmung erlassen, von wo die Kohlen beigegeben werden; und so gibt weder die Station noch das Heizhaus den nötigen Brennstoff her. Wenn sich eine l. I. Staatsbahndirektion Billig nicht bald bestimmt fühlt, einen diesbezüglichen Auftrag anher gelangen zu lassen, so ist es möglich, daß die Bediensteten von Eisenerz wieder zehn Jahre warten müssen, bis sie das fertiggestellte Bad benützen können.

Böhmisch-Leipa. (Heizhaus der l. I. Staatsbahn.) Ein Aushilfsheizer, welcher substituungsweise in Wabow als Fuhrer verwendet wurde, meldete sich dort marod und kam nach Hause, um sich mit dem in der Heizhausanstalt behobenen Krankenschein von Herrn Dr. Valentin Amier untersuchen zu lassen. Der Herr Bahnarzt Dr. Amier fand jedoch keine Krankheit an ihm vor und meinte sodann, daß er überhaupt vom Heizhausvorstand den Auftrag habe, speziell jene Bediensteten des Heizhauses, welche auswärts auf Substitution sind, nicht als krank anzuerkennen, wenn dieselben in seine Ordination kommen. Hiemit war der arme Teufel abgefertigt. Nun begab sich derselbe zu Herrn Dr. Angermann, welcher kein Bahnarzt ist und dieser befand ihn für krank, verordnete ihm Pulver und verordnete einige Tage häusliche Pflege. Am fünften Tage meldete sich der Betroffene wieder zur Arbeit und wurde vom Herrn Heizhausvorstand den Kohlenarbeitern zugeteilt, bei welcher Beschäftigung er heute noch ist, trotzdem dienstjüngere Kollegen von ihm im Heizhaus beschäftigt werden und auch ab und zu als Heizer Verwendung finden. Dies soll wahrscheinlich die Strafe sein dafür, daß er in Wabow marod wurde, in einer Station, wo dies nur zu leicht möglich ist, was jeder bestätigen muß, der die dortigen Verhältnisse kennt.

Es sei hier nur auf den einen Umstand verwiesen, daß der im zweiten Geleise befindliche Pustanal keinen genügenden Abfluß hat und die Leute oft gezwungen sind, bis an die Schienenecke im Wasser stehend die Hosenknöpfe der Holomotiven auszuspuhen. Ist es dann — so fragen wir — ein Wunder, wenn ein solcher Arbeiter, der mit total durchnässtem Schuhwerk im zügigen Heizhaus bei strenger Kälte Dienst machen soll, krank wird? Hier und an vielen anderen Orten hätte der Herr Inspektor ein reichliches Feld der Tätigkeit, um menschenwürdige Zustände herbeiführen zu helfen, statt dessen verbietet er ganz einfach das Kranksein und es finden sich wirklich Ärzte, welche sich als Vollstrecker dieser famosen Anordnung gebrauchen lassen! Die Herren müssen sich gar nicht überlegen haben, welche Ungeheuerlichkeit sie damit begehen. Selbstverständlich ist es, daß der betroffene Arbeiter für diese vier Tage weder Lohn noch Krankengeld erhält, da ihm die bahnrätliche Bestätigung fehlte und er auch noch den fremden Arzt und das in der Apotheke Verabfolgte selbst bezahlen mußte, also ein doppelter Verlust für ihn. So werden durch das Eingreifen des Herrn Inspektors Krankentafelmitglieder der l. I. Staatsbahnen behandelt! Eine diesbezügliche Vorsprache durch einen Vertrauensmann blieb erfolglos, denn der Herr behauptete, daß er dem Arzt niemals einen solchen Auftrag gegeben habe, es sei eine Lüge, wenn das jemand behauptete. Das einfachste war doch, den Aushilfsheizer selbst über die von Herrn Dr. Amier getane Äußerung zu befragen. Das tat auch der Herr Inspektor und der Mann behauptete ihm ins Gesicht, daß es keine Lüge sei, sondern daß der Bahnarzt wirklich diese Äußerung getan hat. Die Arbeiter haben bis heute vergeblich auf eine Konfrontierung des Aushilfsheizers mit dem Bahnarzt gewartet, denn es wäre doch die moralische Pflicht des Heizhausvorstandes, Klarzustellen, wer hier gelogen hat. Doch über allen Wipfeln ist Ruh, so meint nämlich der Herr Inspektor; die Arbeiter jedoch, welche über einen derartigen Vorwand entrüstet sind, weil derselbe Fall über kurz oder lang jedem passieren kann, verlangen eine Aufklärung. Es muß sich herausstellen, wer der Lügner ist, die Sache freit förmlich nach einer Aufklärung, wozu Herr Dr. Amier und Herr Heizhausvorstand Inspektor Seligmann nun das Wort haben.

Wabresina. Es ist allgemein bekannt, daß die Station Wabresina die kleinste Anlage von allen Brutstationen der Nordbahn hat. Nichtsdestoweniger wird aber in derselben der Raum für das Verschoben immer noch mehr verengt. Die Bahnerhaltungsektion hat in dieser Station Schwellen, Schienen, Schrauben und Klitten ausgeladen, und dieses Material bleibt zwischen den Geleiseanlagen liegen. Dem Versubpersonal ist es nicht mehr möglich, neben den rollenden Zugteilen zu gehen, es muß über die Schienen- und Schwellenhäufen klettern und befahrenes Geleise betreten, wodurch Unfallsfälle direkt heraufbeschworen werden. Das sogenannte Helfengeleise ist wiederum derart mit Kohlen beschüttet, daß man beim Verschoben ebenfalls nicht neben dem Geleise gehen kann. Es muß, wenn dort zu verschoben ist, immer ein Mann genaue Zeit voraus hingschickt werden, um die Wagen aufzubremsen und zusammenzufoppeln, wobei dieser Mann über die Kohlenhäufen steigen oder unter den Wagen durchkriechen muß. Wir ersuchen sowohl den Herrn Stationschef als auch den Herrn Heizhauschef von Wabresina dringend, diesbezüglich im Interesse der Sicherheit eheintens Ordnung schaffen und die Geleise räumen zu lassen, da wir uns sonst auf andere Art zu helfen wissen werden.

Obersurt. Zum Kapitel Sparsystem, das auch in der hiesigen Werkstätte so schöne Wästen treibt, ließe sich sehr viel schreiben. Wir wollen heute jedoch bloß auf die durch dieses System geschaffenen Uebelstände in der Wagenabteilung einiges mitteilen. In dieser Abteilung werden Handlanger in so geringer Zahl beschäftigt, daß es denselben unmöglich ist, die abmontierten unbrauchbaren Wagenteile wegzuräumen, so daß förmliche Berge zwischen den Geleisen von Holz- und Eisenbestandteilen aufgetürmt werden. Daß durch diesen Schandrian nicht mehr Unfälle vorkommen, ist als Wunder

zu bezeichnen; wenn man bedenkt, daß das Ausschleiben der fertigestellten Wagen auch während der Nacht ohne jedwede Beleuchtung vorgenommen wird. Auch für die bei der Reparatur der Wagen beschäftigten Professionisten kann diese Schlampe recht verhängnisvoll werden. Wir verweisen nur auf einen Schlosser, der in faulender Stellung eine Schraube mittels Mutter Schlüssel zu befestigen hatte; durch Ausgleiten des Schlüssels kam derselbe zu Fall und fiel dabei mit der vorgestreckten Hand in das unter dem Wagen aufgehäufte Gerumpel, wobei er sich an einem verrosteten Nagel die Hand durchstach; wie leicht konnte in diesem Fall eine Blutvergiftung eintreten! Es wäre höchst an der Zeit, daß hier Remedur geschaffen würde.

**Vodenbach.** (Von der I. I. Staatsbahndirektion.) Einen eigenartigen Fall im Sparen hat sich die Direktion für die St. C. G. zurechtgelegt. Sie läßt sich den Dienst für die Verschubleitung nahezu ausschließlich von Titularchargen ausführen. Den Dienst als Platzmeister müssen die Oberverschieber und Verschubauffeher versehen, ja selbst Verschieber stehen auf derartigen Dienstposten, während als Oberverschieber ältere Verschieber schon durch mehrere Jahre verwendet werden, ohne ernannt zu werden. Die Kategorie der Platzmeister scheint man überhaupt auf das Äußerste beschränkt zu haben. So sind beispielsweise in Vodenbach auf 27 normierten Platzmeisterposten nur neun zum Platzmeister ernannt, während die anderen sich aus der Kategorie der Verschubauffeher, Oberverschieber und Verschieber rekrutieren. Trotzdem die Leute schon jahrelang die Prüfung als Platzmeister, beziehungsweise Oberverschieber abgelegt haben und auf eine mehrjährige Tätigkeit auf diesen höheren Dienstposten zurückblicken können und ihren Dienst stets gewissenhaft geleistet haben (im anderen Falle hätte man sie nicht so lange auf derartigen Dienstposten belassen), werden dieselben nicht ernannt. Das mag wohl im Interesse des Geldbeutels liegen, aber im Interesse des Dienstes gewiß nicht. Diesen solcherart benachteiligten Bediensteten muß doch endlich einmal der Geduldsfaden ausgehen, und sie werden diese Mehrverantwortung und Mehranstrengung im Dienst nur mit Widerwillen auf sich nehmen, wenn sie gar keine Hoffnung haben, trotz Prüfungen und mehrjähriger, tadelloser Dienstleistung auf ihren Posten, ernannt zu werden. Daß sich da ein ganz eigenartiges Dienstverhältnis herausbildet, sollte auch die Direktion für die St. C. G. begreifen. Als Privatbahn hat dieselbe, besonders in früheren Jahren stets ihre Bediensteten, sobald diese dauernd auf einen höheren Dienstposten in Verwendung standen, auch dazu ernannt. Aber seit einiger Zeit, besonders seit der Verstaatlichung müssen sich Elemente eingeschlichen haben, deren Beruf es wohl sein mag, Ersparungen zu machen unter allen Umständen. Jedoch am richtigen Fleck zu sparen fällt diesen Leuten nicht ein. Verbringen da in Vodenbach zum Beispiel zwei Offiziale ihre Tage in doleo far niente. Da diesen beiden Herren teurer sei, wie immer Namen habende Ämtern zugewiesen sind, wissen dieselben nicht, was sie mit der Zeit anfangen sollen. Und wollten wir die Tätigkeit des Wagenbeamten einer Kritik unterziehen, würden wir zu dem Schlusse kommen, daß hierzu wohl nicht ein Offizial notwendig wäre, sondern diese „Arbeit“ auch ein Stationsmeister verrichten würde. Es liegen sich da mit Leichtigkeit 20.000 Kr. im Jahre ersparen, ohne daß irgendwer mit Mehrarbeit belastet würde. Also von oben herunter sparen, verehrliche Direktion, nicht von unten hinauf. Will man einige Stiege rein machen, muß man auch oben anfangen. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß es die betroffenen Bediensteten fast haben, sich an der Nase herumzuführen zu lassen, indem sie höhere Dienstposten versehen, für die sie aber möglichst niedrig bezahlt werden. Wenn das I. I. Eisenbahnministerium so gerechtigkeitsliebend ist, wie es bei jeder Gelegenheit dokumentiert, dann muß es diese Zustände beseitigen. Und wenn man von Disziplinarlosigkeit spricht, so mag sich die verehrliche Direktion an die Brust schlagen und aufpassen: „Keine Schuld, meine große Schuld.“ Denjenigen aber, die sich in oben angeführter Weise bei der Direktion durch Anrufen eines derartigen Sparsystems in ein günstiges Licht setzen wollen, raten wir, das Feld ihrer Tätigkeit dorthin zu verlegen, wo es angebracht ist.

**Wien - Penzing.** Unser Herr Stationsvorstand hat den Wächtern einen Auftrag zukommen lassen, in dem es heißt: „Jeder Wächter, der den Nachtdienst anzutreten hat, muß von 4 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends den Dienst in einem Blod nachschlafen oder Praterstern mitmachen.“ Dieser Auftrag soll den Zweck haben, damit sich die Wächter an den beiden Blöden einschulen. Warum aber der Herr Vorstand auch die eingeschulenen Wächter dazu verhält und ihnen die freie Zeit kürzt, will er folgenderweise rechtfertigen: „Auftrag der Generalinspektion an die Verkehrsinspektion und dieser an die Stationen.“ Das ist möglich, aber einmal im Monat, wie es anfangs war, und nicht zwei Wochen später, wöchentlich, und seit 28. Februar bei jedem Nachtdienst. Die letzten zwei Aufträge, wöchentlich einmal und dann täglich, wird wahrscheinlich Sache des Herrn Vorstandes sein. Der betreffende Wächter muß um 3 Uhr nachmittags vom Hause und bis er wieder nach Hause kommt, ist es 8 Uhr früh; das ist eine 17stündige dienstliche Abwesenheit vom Hause. Für einen eingeschulenen Wächter genügt einmal im Monat diese Schulung, und jeder Wächter drängt sich ohnedies zum Blod, so daß oft über den Rang gestritten wird. Die betreffenden Wächter bitten die I. I. Staatsbahndirektion um Abhilfe.

**Dornbirn.** (Unglücksfall.) Am 30. März, um 1/8 Uhr abends verunglückte in der Station Dornbirn der Magazinsdiener Mayer. Beim Verschleiben eines Güterzuges am Magazinsgleise wurde Mayer überfahren und ihm hierbei der rechte Arm vollständig vom Rumpf getrennt. Es ist dies bereits der zweite Unfall, der sich infolge der mangelnden Beleuchtung in unserer Station ereignet hat. Wie uns bekannt ist, sind zur Beleuchtung der Station Dornbirn zwei große elektrische Wagenlampen vorhanden. Sollten diese Wagenlampen nur zu Dekorationszwecken angebracht worden sein?

**Landau.** Die Zustände in der nationalen Heizhausburg Landau sind genügend bekannt, so daß wir uns heute der Aufgabe widmen können, einen ganz speziellen Fall zu behandeln, und zwar das Treiben eines Herrn, namens Schubert, der schon alle möglichen Farben gespielt hat. Am 5. März l. J. kam ein vom Dienst erkrankter, erkrankter Heizer zu diesem Herrn in die Kanzlei mit dem Ersuchen, er möge ihm einen Krankenzettel ausfertigen. Da dieser Heizer um 1/2 Uhr mittags mit dem Zug in Landau ankam, hatte er höchste Zeit, um noch während der Ordinationsstunde, die bis 12 Uhr mittags dauert, zum Bahnarzt zu gelangen. Dieser Heizer machte auch deshalb keine besondere zeitraubende Toilette und begab sich so in dienstlicher Abjurierung zum Kanzleigehilfen Schubert, der gern für einen Beamten gelten möchte. Der arme Heizer kam aber da sauber an. „Waschen Sie sich zuerst ab, bevor sie zu mir in die Kanzlei kommen“ brüllte dieses von Größenwahn und Dummheit strotzende Herrchen. Als aber dieser Mann von seinem Ersuchen nicht Abstand nehmen konnte, bequeme sich dieser Herr „Beamte“ doch endlich, diese Angelegenheit zu erledigen, zu welcher er ja auch noch seinen dienstlichen Bestimmungen verpflichtet ist. Solche Fälle ereignen sich sehr häufig. Kommt ein Bediensteter oder dessen Frau um einen Krankenzettel oder eine Fahrkarte, so hängt es ganz von der Laune dieses Menschen ab, ob dem Ansuchen der betreffenden Person Rechnung getragen wird oder nicht. Es wäre gewiß die Pflicht der Heizhausleitung, solchen Manieren entgegenzutreten. Man sieht aber leider wegen der deutschnationalen Gefinnungslosigkeit und dem Budekmalen über solche Frechheiten hinweg. Andere, für das Dreher- oder Schlosserhandwerk nicht gut ver-

wendbare Leute würden höchstens zum Maschinenspinner verwendet. Schubert wird dagegen mit Nachsicht der nötigen Bildung als Kanzleigehilfe verwendet. Wie er sich hierzu eignet, zeigen die angeführten Fälle seiner Ueberhebungen.

**Arbatel bei Olmütz.** (Die I. I. Nordbahndirektion wird ersucht, in der Station Arbatel Ordnung zu machen.) Seit der Zeit, seit der der berühmte gewordene Assistent Wenzel Janke in Arbatel Vorstand ist, haben sich die Zustände so zugekehrt, daß der Verkehr im höchsten Maß gefährdet ist. In seiner Geschäftigkeit und Brutalität verfolgt derselbe sehr ihm untergeordnetes Personal derart, daß dasselbe der Verzweiflung nahe ist. Wir erlauben uns, auf folgende Fälle aufmerksam zu machen. In dieser Station ist für die Reinigung ein Witwe bestimmt, deren verstorbenen Mann bei der Nordbahn über 30 Jahre diente und die eine Gnadenpension von monatlich 10 Kr. bezieht. Diefelbe ist selbst auch über 23 Jahre in der Station Arbatel als Aufräumerin beschäftigt. Bei der privaten Nordbahnverwaltung hat diese Witwe für ihre Arbeiten täglich 1 Kr. erhalten und überdies jährlich eine Unterstüfung. Obwohl früher die Lebensbedingungen günstiger waren wie heute, bekommt dieselbe nach der eingeführten Pauschalierung nicht einmal die Hälfte ihres früheren Tagelohnes. Wie alle Jahre suchte diese Witwe im Jahre 1910 um eine Unterstüfung aus Betriebsmitteln an. Es teilte ihr jedoch kurze Zeit darauf der Herr Vorstand mit, sie sei abgewiesen und löwe durch die Olmüzer Lokalkommission der Krankenkasse ansuchen. Die Witwe als Mitglied der Krankenkasse, hat darauf viermal an die Krankenkasse Ansuchen um Unterstüfung gestellt, jedesmal teilte ihr der Herr Vorstand mündlich mit, sie sei abgewiesen worden. Die Lokalkommissionsmitglieder der Krankenkasse behaupten jedoch, daß von der Witwe ein Ansuchen überhaupt nicht eingelangt ist. Ende Dezember 1911 suchte dieselbe Witwe abermals bei der Krankenkasse an, ohne bis heute einen Bescheid zu erhalten. Infolgedessen ist das Mißtrauen gegen den Herrn Vorstand berechtigt. Durch die Mehrarbeiten während der Rübenkampagne hat die Witwe von den Zuckerrüben hier und da eine Vergütung erhalten, welche ihr der Herr Vorstand hintertrieb mit der Bemerkung, der Frau gebührt nichts, sie hat nur ihre Pflicht zu erfüllen, dazu ist sie da. Wenn aber der Herr Vorstand von denselben Zuckerrüben Ansuchen mit Zigarren oder Zucker bekommt, da sagt er, mit so etwas können sie alle Tage kommen. Da fragen wir, ob der Herr Vorstand nicht ebenfalls ohne Geschenktannahme seine Pflicht zu erfüllen hat. Weiter schäme ich der allgewaltige Herr Vorstand die Weichenwächter mit Grasputzarbeiten, und zwar ohne die notwendigen Werkzeuge hierzu bestellen zu wollen, was zu einer Protokollaufnahme durch den Herrn Verkehrsinspektor führte und zu seinen Ungunsten ausfiel. Auf dieses darauf äußerte sich der allgewaltige Herr Vorstand, er wird nicht früher ruhen, bis nicht alle ihm unterstellten Bediensteten von Arbatel entfernt werden. Seine Rache hat der Sohn des Weichenwächters Dosoupil zu spüren bekommen, nachdem ihn der allgewaltige auf seine Legitimation nach Olmütz nicht fahren ließ, weil das Zerfallsrit für ihn von der Nordbahndirektion nicht rechtzeitig einlangte, trotz rechtzeitigen Ansehens seines Vaters, welcher Umstand nur auf die Geschäftigkeit des Herrn Vorstandes zurückzuführen ist. Es gelang ihm schließlich, den Weichenwächter Dosoupil in die Disziplinaruntersuchung zu bekommen, welche laut 3. Ref. C. 81 ex 1910 resultativ verließ.

Seit dieser Zeit stieg die Nachsicht des Herrn Vorstandes ins Unermessliche, er sekirierte den Weichenwächter Dosoupil, wo er ihn nur sekirieren konnte, beobachtete ihn sogar mit Feldstecher, und wenn derselbe bemerkte, daß der Dosoupil sich vom Posten entfernte, seine Notdurft zu verrichten, lief derselbe ihm nach und brüllte den Dosoupil an, er hat sich vom Posten nicht zu entfernen, sondern auf seinem Posten zu verbleiben. Am 15. November 1911 hat der Herr Vorstand den Weichenwächter Dosoupil angezeigt, daß derselbe im Dienst geschlafen hat. Dosoupil erhielt dafür 10 Kr. Strafe. Am 4. Jänner 1912 brauchte derselbe mehr Del zur Beleuchtung, woraus der Herr Vorstand einen Streit protokollierte, wo ebenfalls ein Protokoll durch den Verkehrsinspektor ohne Resultat verfaßt wurde. Am 4. Februar 1912 provozierte der famos Herr Vorstand mit dem Dosoupil abermals einen Streit, wo er unter anderem dem Dosoupil des Diebstahles beschuldigte. Dosoupil suchte an um Abgabewilligung, aber derselbe Herr Vorstand herabwürdigte ihn, daß er nicht klagen darf. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn die Untergebenen dieses Vorstandes gegen die Verfassung der Protokolle durch die Direktionsorgane mißtrauisch sind, denn man kann unter demartigen Vorgang sehr leicht annehmen, bei der I. I. Nordbahn besteht das Prinzip, daß der anständige und ehrliche Untergebene auch gegen jede Verschuldigung von einem Vorgesetzten Unrecht haben muß. Der famos Herr Vorstand von Arbatel sekirierte nicht nur sein Personal, sondern er erlöhnt sich auch, gegen das Zugbegleitungspersonal auf diese Art vorzugehen, was der Fall der Partie Kopřiva und Werner bezeugt, auf welchen ihm der Herr Verkehrsinspektor Inspektor Reich nahelegte, sich durch einen Landposten instruieren zu lassen. Wir ersuchen noch mals die I. I. Nordbahndirektion, die Zustände in Arbatel unparteiisch untersuchen zu lassen, bevor noch mehr Material der Veröffentlichung zugeführt wird.

**Güll.** (Bahnerhaltungsektion.) Diese Zeilen sollen beweisen, wie das Personal von dem jetzigen Vorstand Herrn Flud gemachtet und in seinen Rechten geschmälert wird. In allen benachbarten Bahnerhaltungsektionen bekommen die Wächter und Bahnrichter schon, wie dies durch ein Zirkular des Herrn Generaldirektors bestimmt wird, am letzten Wochentag im Monat, also Samstag den 30. April, ihren Gehalt. Nur in unserer Sektion nicht. „Warum?“ Angeblich erstelien die Bahnmeister das Geld erst an diesem Tage abends von der Sektion und die Wächter und Bahnrichter größtenteils erst am 1. April. Zweitens: Bei allen uns bekannten Dienststellen sind bereits vor einigen Tagen die Konsumprozentie ausbezahlt worden, nur Herr Flud sitzt auf „unserem“ Geld und wartet mit der Auszahlung. Angeblich hat dies noch Zeit. Bekanntlich kauft sich jeder vor den Osterfeiertagen für dieses Geld etwas ein und ist dies nicht gut, an den letzten Tagen zu tun. Also warum dieses Zurückhalten?

Nun fragen wir die Herren General- und Baudirektor, die es bis jetzt noch gut mit uns meinen, ist der Herr Vorstand überhaupt berechtigt, dies zu tun, darf er Anordnungen seiner höchsten vorgesetzten Dienststellen umstoßen und dies nur deshalb, um das Personal zu sekirieren? Weiters wurde seinerzeit in einem Erlaß der Baudirektion angeordnet, daß Zugmeldebücher mit Frauenaushilfe in der vierstündigen Arbeitszeit ihre Frauen im Dienst unterstützen sollen. Doch Herr Vorstand Flud ersann für diese Armen gleich etwas Neues. Diese müssen Geleise messen, Grasputzen, Nägel anziehen, Schranken schmieren, ferner Grenzsteine revidieren, und zwar alle Monat einmal, obwohl diese Arbeit laut Wächterinstruktion den Streckenbegehern obliegt. Eine Aufhebung des vorher erwähnten Erlasses wurde uns nicht zur Kenntnis gebracht, weshalb es den Anschein hat, daß der Herr Vorstand dies nach seinem „eigenen Ermessen“ getan hat, um sein Personal zu schikanieren.

Vielleicht genügt dies vorläufig; wenn nicht, dann nächstens mehr und bieder.

**Selzthal.** (Die Inkriminierung der auf normierten Posten verwendeten Arbeiter zu Hilfsdienern.) Für die hiesige Station sind laut Amtsblatt Nr. 22, Zirkular Nr. 125, vom 25. Mai 1910 unter an-

derem auch neun Arbeiter für den Verschubdienst normiert. Diese neun Arbeiter versehen nun schon drei bis vier Jahre den Dienst eines Verschubers, ohne die Aussicht zu haben, wirklich als Hilfsverschieber inkriminiert zu werden. Die Personalkommission forderte gemäß diesem Zirkular schon im vorigen Jahre, die Verwirklichung dieser Normierung vorzunehmen. Die Staatsbahndirektion gab bekannt, daß sie bereits für den hierortigen Bezirk um 62 verschiedene Posten beim Eisenbahnministerium angeht habe. Bis heute ist aber nicht die geringste Hoffnung vorhanden, daß diese Normierung verwirklicht wird, wiewohl sogar auch deren Erweiterung in Aussicht gestellt worden war. Müßen nicht diese neun armen Teufel ihre Haut und Knochen ebenso gut zu Markte tragen als ihre definitiven Kollegen? Verrichten sie nicht ihren Dienst in gleicher Weise? Wann gedenkt die I. I. Staatsbahndirektion, diese neun Arbeiter zu ihrem Rechte kommen zu lassen? Im gleichen Amtsblatt, das vorstehend angeführt wurde, sind für die Station Selzthal drei Ladeführer normiert. Diese drei normierten Posten sind nun schon zwei Jahre mit einem definitiven Ladeführer und zwei Arbeitern besetzt. Trotzdem diese Arbeiter ihren Dienst auf normierten Posten versehen, und die Aufnahmebedingung auf eine zweijährige Verwendung im Taglohn lautet, läßt man die von I. I. Eisenbahnministerium gegebene Normierung außer acht und läßt die Arbeiter, welche auf Gewaltswege schon um Aufnahme gebeten haben, ganz einfach brummen. Das von der I. I. Staatsbahndirektion Villach als Argument benützte Ansuchen um 62 Posten findet hier keine Geltung, da diese Posten bereits schon seit 1910 normiert sind. Alle diese angeführten Zustände sollten das hohe I. I. Eisenbahnministerium und die I. I. Staatsbahndirektion Villach endlich bewegen, die stiefmütterliche Behandlung des Personals von Selzthal aufzugeben. Die Personalkommission wird diese Angelegenheit solange im Augenmerk behalten, so lange sie nicht zufriedenstellend erledigt ist. Dem Personal von Selzthal sei jedoch geraten, noch besser als bisher in der Organisation hinter seinen Vertretern zu stehen. Das wird die günstige Verlebung der Sache nur fördern.

**Tannwald-Schumburg.** In unserer Station herrschen Zustände, die einer kleinen Ermahnung wert sind. Dem Herrn Stationsvorstand St. ist die Ansprache an die Bediensteten bei seinem Diensttritt in Vergessenheit geraten, wo er beteuert, ihm sei ein jeder ohne Rücksicht auf Nation gleich wert. Jedoch hat das Personal andere Erfahrungen machen müssen. Es ist on der Zeit, wo wir dem Herrn Stationsvorstand sagen können, daß durch sein Bemühen christliche Bedienstete verlegt worden sind, besonders die, welche das Unglück hatten, keine deutsche Mutter zu haben. Seine Handlungsweise ist erklarlich, nachdem Herr St. ein eifriger Förderer des Reichsbundes ist und Personal, welches nicht auf seine Vorbelegungen eingestimmt und dem Reichsbund nicht beiträgt, durch Verlegung für neue Kräfte Platz schaffen muß. Falls ein Bediensteter einen dienstfreien Tag hat, an welchem eine Verammlung des Reichsbundes abgehalten wird und in dieser nicht erscheint, muß er sich den folgenden Tag in der Kanzlei des Herrn St. redfertigen, warum er nicht in der Versammlung erschienen, wo der Herr St. einen Vortrag über Ausrottung der Tschechen und Polen gehalten. Für diesmal genug.

Wir raten dem Herrn St., seinen nationalen Phrasen Einhalt zu tun, sonst wären wir gezwungen, uns öfters mit seiner merkten Person zu beschäftigen.

**Brud a. d. M. (Gefährliche Arbeit.)** Das Plateau des Frachtenmagazins Diemloch entspricht den Sicherheitsverhältnissen schon lange nicht mehr. Dort sind schwere Lasten, gefährliche Güter, mit der Gefahr zu befördern und läuft jeder Arbeiter Gefahr, sich selbst zu verletzen oder Güter zu beschädigen, weil im Pflaster Löcher sind, als wenn die Südbahn ihre Schulden versetzen wollte. Jede Kleinigkeit wird vom Plakchef Lorenzer, unfeligen Anderens aus Graz, gesehen, alles wird kritisiert, aber in diese gefährlichen Fußbodenlöcher hat die Nase noch nicht gestöbert. Zur Sicherheit des Personals und der anvertrauten Güter wegen, wolle von der Bahnerhaltung endlich dieser Miefelstand behoben werden oder soll man die Generalinspektion darauf aufmerksam machen?

**Judendorf.** Die Bahnerhaltungsektion Graz S. B. hat auf Grund eines Erlasses der Baudirektion folgendes verfügt:

Bahnerhaltungsektion Graz S. B. ad S. 3. 3339/11.

Bezieht: Reinigen der Dienststätten auf Blod-, Zugmelde- und Schrankenposten.

An alle Herren Bahnmeister!

Zufolge Verfügung der Baudirektion, ad Erlaß Nr. 10.996/E. 11 vom 26. Oktober 1911, tritt mit Gültigkeit ab 1. Jänner 1912 folgende Bestimmung in Kraft:

Das Material für die Reinigung der vom Bahnaufsichtspersonal besetzten Blod-, Zugmelde- und Schrankenpostendienststätten wird von der Gesellschaft beige stellt, während die Reinigungsarbeit selbst von dem in Betracht kommenden Bahnaufsichtspersonal unentgeltlich zu besorgen ist.

An Verbrauchsmaterialien werden monatlich 0,5 Kilogramm Seife und ein Kupfleinwandseifen, ferner jährlich zwei Reibseifen und zwei Reibbürsten normiert. Diese Materialien werden Ihnen von hierorts angesprochen und zugemittelt. Die Verrechnung des Materials erfolgt ebenfalls von hier direkt auf Konto 11 Erh.

Wir ersuchen das beteiligte Personal von diesen Verfügungen nachweislich zu verständigen und bemerken noch, daß jede andere Verrechnung von Entschädigung, welche dem vorstehenden nicht entspricht, aufgehoben wird.

Vorstand der Bahnerhaltungsektion: Peyer.

Bekanntlich sind die Blod-, Zugmelde- und Schrankenpostendienststätten nicht immer in der Nähe der Wächterwohnungen, in denen die Wächter den Dienst zugewiesen haben. Daß diese Stätten auch rein gehalten werden sollen, ist selbstverständlich. Aber einerseits wird vom angefallenen Personal verlangt, daß es im Dienste rein und nett gekleidet sein soll und andererseits drückt man demselben einen Besen und Reibseifen in die Hand, womit es die Stätten reinigen soll. Wie sich die Herren die Reinigung dieser Stätten vorstellen, ist nicht zu begreifen. Die Reibseifen werden zur Reinigung gestellt, von wo aber das hierzu erforderliche Wasser zu nehmen ist oder wer dieses beistellt, davon ist keine Rede. Brunnen sind doch bei den Dienststätten nicht vorhanden. Ausgeföhrt kann die Stätte ohne Wasser werden, aber ohne Wasser ausreiben, dürfte etwas schwieriger sein. Und nun muß man doch die Frage aufwerfen, ob das eine Arbeit für jenes Personal sein kann, welches berufen ist, auf die Sicherheit des Verkehrs zu achten? Oder soll das Stättenreinigen etwa gar in der lang bemessenen Ruhezeit geschehen? Wie froh wäre manche Oberbauarbeitersfrau, wenn sie für die Dienststättenreinigung hier und da ein paar Kronen verdienen könnte; aber das darf nicht sein, unentgeltlich, sagt der Erlaß, muß diese Arbeit geleistet werden. Die Wächter selbst müssen den Wasserbehälter, den Reibseifen und Reibseifen auf den Rücken nehmen und der Strecke entlang zur Dienststätte wandern. Sie dürfen keine Rücksicht auf ihre Montur nehmen, ob dieselben neu oder alt sind. Der bekräftig angefallene Diener muß reiben, und zwar unentgeltlich reiben. — O, welche Lust, Wächter der Südbahn zu sein.

**Willaß (Hauptbahnhof).** Das Affordsystem und die damit verbundene Ausbeutung der Magazinarbeiter im hiesigen Frachtmagazin werden, einmal öffentlich besprochen zu werden. Vor allem muß erwähnt werden, daß die Arbeiter über das Affordsystem völlig unangekündigt und seit vier Jahren keine Affordvertragsmänner mehr gewechselt worden sind. Es weiß daher überhaupt niemand, wer einen rechtlichen Anteil hat und wer nicht. Die Ungerechtigkeit leuchtet aus dem ganzen System heraus. Während jene, welche Tag für Tag schwer arbeiten müssen, teils gar keinen, teils aber nur einen geringen Anteil bekommen, erhalten andere, welche keine Hand rühren, den Löwenanteil. Die Herren Inspektor Kropatsch und Adjunkt Glaser, denen es nicht im Traum einfällt, die Arbeiter über die Affordordnung aufzuklären, wissen sich für ihre Person sehr gut zu helfen. Die beiden Herren verstehen es, mit einer gewissen Raffinerie nicht nur ihren Anteil voll zu bekommen, sondern sie machen noch jährliche Uebererschüsse in der Höhe von 8000 bis 4000 Kr. Dieses von Arbeitern verdiente Geld sendet Herr Inspektor Kropatsch als „Affordersparnisse“ an die Direktion zurück, um als tüchtiger Chef angesehen zu werden. Um aber dies zu bringen, wird mit den Arbeitern gespart, und besteht fast immer ein Mangel an Magazinarbeitern. Herr Glaser hilft sich natürlich damit, daß er die Arbeiter auf das äußerste antreibt, was er als Magazinschef auch vortrefflich versteht. Herr Inspektor Kropatsch, der nicht für das viele Verdienen ist — nämlich soweit es sich um die Arbeiter handelt — hat um seinen vollen Affordanteil stets große Sorge. Nimmt er um den 10. herum wahr, daß sein Anteil geschmälert und kein Ueberfluß erzielt werden könnte, werden sofort einige Magazinarbeiter als Verschleber und Wächterlehrlinge abkommandiert, nur damit deren Tagelöhne auf das Konto „Wächter- oder Verschleberlohn“ gebracht und beim Afford erspart werden. Bei dem vorhandenen und oft auch nur erkünstelten Arbeitermangel kommt es nun vor, daß angekommene Güter nicht rechtzeitig ausgeladen werden können und Restwagen drei bis vier Tage auf einem Nebengleise stehen bleiben müssen. Die Abisierung dieser Güter wird verzögert, und den um ihre Sendung nachfragenden Parteien sagt man, daß selbe noch nicht eingelangt seien. In derselben Weise vollzieht sich dann die Verladung der aufgegebenen Güter, von denen manche fünf, ja sogar schon acht Tage im Magazin liegen geblieben sind. Daß unter solchen Umständen die Parteien unzufrieden werden und über die Südbahn schimpfen was Zeug hält, ist begreiflich. Die häufigen Reklamationen bezeugen dies. Bei einer objektiven und sachkundigen Prüfung der Dinge könnte die Südbahnverwaltung wohl leicht daraufkommen, daß ihr eine solche Praxis keinen Nutzen bringen kann, denn was die beiden Herren auf solche Art aus den Arbeitern herauszuschinden und als Ueberfluß an die Direktion zurückzuschicken, dürfte durch die Bezahlung von Dieselfrühüberstellungen und Wagenpönale reichlich aufgewogen werden. Wenn dieses Affordsystem momentan schon nicht beseitigt werden kann, so wäre es doch wenigstens gerechter und zweckdienlicher, wenn den Arbeitern, also den eigentlichen Verdienern des Affords, diese Uebererschüsse zugesprochen würden. Einerseits könnten die Affordsätze erhöht werden, andererseits aber wäre es möglich, allen jenen Arbeitern, welche bereits zwei Jahre im Dienste der Gesellschaft stehen, entsprechend der bestehenden Affordordnung — die leider kein Arbeiter kennt — einen Affordanteil zu gewähren. Die Bezahlung der Ueberflüsse sowie eine bessere Entlohnung, insbesondere für die Arbeit an Sonn- und Feiertagen, wäre sicher nur ein Gebot der Menschlichkeit und den armen Teufeln eine Binderung ihrer Not in dieser teuren Zeit. Von solchen Reformen wollen die Herren Kropatsch und Glaser freilich nichts wissen. Bezüglich der Sonntagsruhe sind die Magazinarbeiter weit schlechter dargun als jedes Dienstmädchen. Sie haben im Monat nur einen einzigen freien Tag und müssen an Sonntagen den ganzen Tag arbeiten, ohne hierfür irgendeine Ergänzungsabgabe zu erhalten. Wenn die Magazinarbeiter nicht lebenslanglich willenlose Ausbeutungsobjekte bleiben wollen, dann müssen sie sich eben organisieren und sich nicht von den „gelben“ Keilschneidern an der Nase ziehen lassen. Was organisierte Arbeiter in anderen Stationen erreichen konnten, wird hoffentlich auch in Willaß möglich sein. Der Südbahnverwaltung aber würde es gut anstehen, wenn sie dieses windige Affordwesen beseitigt oder doch in klare und gerechte Formen bringen würde.

**Gbensee. (Ein rabiatr Patron.)** Wir waren im Februar 1911 genötigt, unter obiger Aufschrift den Bahnrichter Reichlinger in der „Wahrheit“ nahezulegen, seine loszunge im Laufe zu halten. Wir hofften, daß er dies beherzigen werde, täuschten uns aber, denn dieser fing erst recht zu schimpfen an und er erwiderte sich sogar, einen Genossen und die Einsender der erwähnten Zeitungsnote in einem öffentlichen Lokal Zuchtshausler zu nennen. Unsere Genossen konnten sich das nicht bieten lassen und luden Reichlinger, dessen Erzkennz sie nicht sojädigen wollten, zu einer Versammlung, um ihm bei derselben den Standpunkt klar zu machen. Reichlinger entschuldigte sich wohl brieflich damit, daß er die Zeiherungen im trunkenen Zustand gemacht habe, kam aber nicht zur Versammlung. Erst als er sah, daß es mit der gerichtlichen Ausstragung der Angelegenheit ernst werde, kam es doch und verpflichtete sich zur Zahlung eines Sühnbetrages von 5 Kr. zugunsten der Armenkasse von Traunfirchen und zur Zahlung der aufgelaufenen Kosten. Hoffentlich ist Reichlinger befehrt. Uns ist nicht darum zu tun, einen Arbeiter zu schädigen, aber wir sind auch nicht gewillt, uns alles bieten zu lassen. Sollte sich Reichlinger wiederum bergeissen, müßten wir uns wieder mit ihm beschäftigen.

**Waldhofen a. d. Ybbs.** Die hiesigen Verkehrsverbände scheinen wieder frech werden zu wollen, seitdem sie einen Obmann haben, der sich zu seinen Gunsten die Gesinnung immer nach Bedarf einrichten kann. Im Jahre 1908 war es der Bahnmeister und Vorarbeiter, der den Verkehrsverbänden ein Dorn im Auge war, jetzt sind es wiederum zwei andere Bedienstete, die einem Verkehrsverbänder nahegetreten sein sollen, was sofort den Verkehrsverbänden, der seinen Druck auf die Arbeiter auszuüben weiß, veranlaßte, diese beiden Bediensteten beim Bahnmeister anzuklagen. Es stellte sich aber heraus, daß die ganze Sache aus der Luft gegriffen war und dem hiesigen Verkehrsverbändermann sei angeraten, die Verhörung des Personals einzustellen, sonst wären wir gezwungen, von diesem Herrn der Öffentlichkeit mehr zu erzählen.

**Braunau am Inn. (Ein Erfolg der organisierten Eisenbahner.)** Schon seit dem Jahre 1906 kämpfen die sozialdemokratisch organisierten Eisenbahner gegen die hier herrschenden miserablen Wohnungsverhältnisse. Wiederholt verlangten sie daher den Bau von Personalhäusern und es mußte von den mit dieser Aktion betrauten Genossen eine Fülle von Mühe und Arbeit aufgewendet werden, um die L. L. Staatsbahndirektion von der Notwendigkeit des Baues von Personalhäusern in Braunau zu überzeugen. Wir hatten nicht nur gegen eine auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge ungemein rücksichtige und rücksichtslose Gemeindeverwaltung zu kämpfen, welche alles mögliche unternahm, um den Bau von Personalhäusern zu vereiteln, sondern es fanden sich bedauerlicherweise sogar in den Reihen der Eisenbahner (Verkehrsverbänder) Leute, die unsere Aktion mit allen Mitteln zu hintertreiben versuchten. Trotz alledem ist nun der Bau eines Personalhauses mit 14 bis 18 dreizimmerigen Wohnungen gesichert, so daß der Bau derselben schon im Laufe des heutigen Sommers ausgeführt wird. Das Personalhaus wird in der Nähe der Stadt, links der Bahnüberführung, beim Wächterhaus Nr. 57, auf Bahngrund gebaut, auf welchem auch der nötige Platz zur Anlage von Gemüsegärten vor-

handen ist. Wenn die Preise der Wohnungen mit dem Ausmaß des systemisierten Quartiergeldes in einem möglichst günstigen Verhältnis festgesetzt werden, dann steht heute schon fest, daß dieselben nicht nur im ersten Ansturm besetzt werden, sondern es wird notwendig sein, für das nächste Jahr den Bau eines zweiten Hauses durchzuführen.

**Wien IX. (Franz Jozefbahnhof, Gültumagazin.)** An dieser Stelle haben wir schon des öfteren die Verhältnisse im Gültumagazin des Bahnbetriebsamtes Wien IX besprochen, insbesondere die ruhe- und ruchlose Rauchschieberdächtigung des Diebstahls, mit der die Bediensteten in ihrer Gesamtheit in diesem Magazin seitens der Vorgesetzten bedacht werden. Es ist noch immer so, trotzdem so manche Veränderungen im Stande der Vorgesetzten vorgenommen wurden. Die Herren haben eben nur eine Schule durchgemacht, die der Arbeiterfeindschaft, über welche Tenberg selbst die Intelligenz nicht hinüber kam.

Als eine Pflanze kann in dieser Hinsicht der Herr Adjunkt Gallert genannt werden, nach welchem aber sofort der Herr Dr. Komar kommt, der eine fleißig-regsame Rachefernung entwickelt. Aber auch die Magazinsmeister wollen nicht zurückbleiben, sind diese Herren doch nachhaft veranlagt, indem sie nicht jene Schulen besuchen konnten, die ihre verehrungswürdigen Vorgesetzten absolviert haben, wollen sie wenigstens den Schaum verkosten, den diese als allzu schädiges Uebereschäumungsprodukt zeitweise hinwegblafen. Dieses Konsortium hat es nun endlich so weit gebracht, bei ihren Arbeitern Hausdurchsuchungen vorzunehmen zu lassen, um sie bei ihren Nebenpartien herabzusetzen und zu verächtigen.

Leider hat sich sogar ein Arbeiter als Spitzel engagieren lassen. Egerwenz, ein junger Mensch, er steht mit dem Magazinsmeister Komar auf besonders gutem Fuß, weshalb er meist zu Kanzleiarbeiten verwendet wird. Bei der eigentlichen Arbeit, zu welcher er aufgenommen wurde, fehlt er natürlich. Im Spitzelberuf ist er jedoch vorzüglich. So beschuldigte er einen Arbeiter des Diebstahls und trotzdem dieser Arbeiter bei Gericht freigesprochen wurde, erhielt Egerwenz eine Prämie, während der vom Diebstahl freigesprochene Arbeiter entlassen wurde.

Und die Diebe werden immer bei den Arbeitern gesucht. Daß aber die Parteien nach Verleihen in den beladenen Waggons herumfuchen dürfen, steht kein Vorgesetzter, um es zu verhindern. Der Grund liegt darin, daß man die Parteien braucht, damit sie sich ihre Waren selbst suchen, denn der Mangel an Arbeitern ist eben gerade in diesem Magazin und für die ganze Angelegenheit von Bedeutung. Daß dadurch nicht nur die Arbeiterfeindschaft, sondern auch die Staatsbahnverwaltung leidet, fällt weder dem Konsortium noch auch dem Vorstand auf. Die viele Arbeit kann von diesem geringen Personalstand auch nicht bewältigt werden, wenn auch die Herren Gallert und Komar immer hinter den Arbeitern stehen, um sie anzutreiben. Um russische Verhältnisse zu haben, fehlt nur mehr die Krute. Die Arbeiter haben das ganze Jahr keinen freien Tag; sie haben einen Turnus, in welchem sie unter neun Nächten sechs Nächte Dienst haben. Es ist eine fortwährende Schinderei. Schon im Frühjahr 1911 wurden sie bei der Staatsbahndirektion Wien bitlich, man möge um zwei Mann mehr beistellen, so daß sie nur einen Fünftageturnus herausbringen würden — bis heute jedoch warten die Bittsteller vergebens auf Erfüllung ihrer Bitte. Nicht der Herr kaiserliche Rat Egerwenz, auch nicht der Inspektor Seriat kümmern sich um ihre Leute. Statt diese zwei Mann energisch zu fordern, unterstützen sie die Antreiber, das Konsortium, das immer größer wird im Schiffanieren, immer tüchtiger im Verächtigen. Die Arbeiter brauchen keine Spitzeln, sie brauchen um zwei faktische Arbeitskräfte mehr und wollen einen Turnus, der menschlich ist, sowie Vorgesetzte, die eine menschenwürdige Behandlung ihrer Untergebenen nicht als das Resultat einer Fehlerziehung ansehen. Die Arbeiter wollen nicht als verächtigte Diebe herumgehen, sie meinen vielmehr, daß auch sie eine Ehre haben und daß es unbedingt dazu kommen muß, dieser ihrer Ehre energischen Schutz angedeihen zu lassen. F. S.

**Versammlungsberichte.**

**Waldhofshofen. (Wächterversammlung.)** Am 31. März fand in Goids Gasthaus in Waldhofshofen eine Wächterversammlung statt, bei welcher Genosse Spielmann Bericht über die Wächterkonferenz erstattete. Es wurde nach Entgegennahme des Berichtes folgende Resolution beschlossen: Die heute hier versammelten Wächter drücken der Zentrale des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines das vollste Vertrauen aus, und ersuchen selbe, auch weiterhin ihr Wirken der Kategorie der Wächter und Wodgenhäftlichen zu unterstützen zu lassen, damit endlich die beschiedenen Hauptforderungen dieser Kategorie zum Durchbruch gelangen: das ist Nachdienstzulage, Dienstregelung und Gleichstellung der Uniform in der Kategorie III der Diener. Die Versammlung besteht darauf, daß unsere Parlamentsfraktion die bürgerlichen Abgeordneten zwingt, die fehlenden 17 Millionen im Budget einzustellen. Die heute tagende Wächterversammlung besteht ferner auf der zweijährigen Vorrückungsfrist für alle Kategorien der Diener, und ist der vollsten Ueberzeugung, daß die Zentrale unserer Organisation auch weiterhin ihre ganze Kraft für diese Forderungen einsetzen wird.

**Wien XI. (Separatistische Praktiken.)** Die Herren, welche die „natürliche Entwicklung“ predigen, fanden es für notwendig, in die Reihen der in Wien beschäftigten tschechischen Eisenbahner den Druberzwoist hineinzutragen, und um ihrer Sache sicher zu sein, beriefen sie für den 28. März in den kleinen Saal des Simmeringer Brauhauses für 6 Uhr abends eine Versammlung ein mit der Tagesordnung: Die Organisation und die Eisenbahner, zu welchem Punkte die Abgeordneten Herren Marek und Vinocec referieren sollten. Es ist begreiflich, daß die tschechischen Eisenbahner, die mit ihren Kollegen bis jetzt stets im besten Einvernehmen gelebt hatten, neugierig waren, was die Herren veranlaßte, dieses Einvernehmen zu stören, und welche Gründe sie anführen werden; ebenso ist es verständlich, daß Genosse Dusek, der an dem Ausbau der Organisation bei der St. G. O. redlich mitgearbeitet und die schweren Tage des Kampfes im Jahre 1898, in welchen Tagen sich die Solidarität so glänzend bewährt hat, ebenfalls interessiert war zu hören, warum jetzt auf einmal, nachdem sich die Einheitslichkeit der Organisation durch so viele Jahre bewährt hat, sie zerfallen werden muß. Genosse Dusek kam nicht in feindseliger Absicht, er wollte Argumente hören und mit Argumenten antworten; aber die Herren scheinen vom bösen Geißen geplagt worden zu sein, denn kaum hatte der ehemalige eifrige Verfechter des Zentralismus Herr Albrecht Dvorkal Genossen Dusek, der im Schanzzimmer mit noch zwei Kumpanen saß, erblickt, als er sofort den beiden den Auftrag gab, die Leute zum Schwagerla zu senden, er gehe ins Kaffeehaus, den beiden Abgeordneten zu telefonieren, sie sollen nicht erst ins Brauhaus, sondern gleich zum Schwagerla gehen. Die Wichtigkeit dieser Angabe bestätigt ein Genosse, der von Dvorkal für einen Autonomisten gehalten wurde. Inzwischen versammelten sich im Brauhaus fast 300 Menschen, die auf die Ankunft der Abgeordneten warteten. Da sie nicht kamen, so wurde die Parole ausgegeben, zum Schwagerla zu gehen. Wie groß war das Entsetzen der Genossen, als sie sahen, daß das Brauhaus von der Polizei belagert wurde: Zwei Reittiere und acht Polizisten zu Fuß wurden nach dem Muster Banóls be-

rufen, um über die Sicherheit der separatistischen Gröhen zu wachen! Beim Schwagerla war alles voll, natürlich alles Anhänger der Zentralorganisation, bis auf wohlgezählte fünf Separatisten mit dem berühmtesten Kočka an der Spitze. Und so wartete man von Viertelstunde zu Viertelstunde; es kam niemand, weder der Einberufer noch Referenten, nur von Zeit zu Zeit erblickte man das Gesicht des A. Dvorkal, der die ehrenvolle Aufgabe eines Spitzels übernahm, der gekommen war, um die Situation zu überblicken; nun, diese war für die Herrschaften nicht günstig.

Als aus der Mitte der Versammlung der Antrag gestellt wurde, nach Hause zu gehen, nachdem die Herren Separatisten es für gut befunden haben, die Arbeiter zum Karren zu halten und ihnen das höchste Ruhezeit zu rauben, erhob sich Genosse Dusek und erklärte, eine Wählerversammlung abzuhalten, welcher Vorschlag auch angenommen wurde.

Genosse Dusek sprach daher über die christlichsoziale Miswirtschaft im Gemeinderat, über die Wohnungs- und Lebensmittelsteuerung, über die Brutalität der Gemeindeverwaltung den städtischen Bediensteten gegenüber, und forderte die Eisenbahner auf, so wie immer auch diesmal ihre Pflicht zu tun, sich weder von dem christlichen noch von dem nationalen Demagogentum verführen zu lassen und ihre Stimme dem ehrlich internationalen Forderung zu geben.

Bemerkenswert ist, daß als Genosse Dusek über die brutale Vergewaltigung der Straßenbahner zu sprechen kam, ein Separatist (der Name ist uns leider nicht bekannt), die Christlichsozialen in Schuß nahm, indem er rief: „Auch ihr verbietet uns, die „Dělnické Listy“ zu lesen!“ Darauf ihm Genosse Dusek treffend antwortete: „Nicht die Vertrauensmänner der Partei, und die Arbeiterfeindschaft verbieten euch, dieses Blatt zu lesen, die Arbeiter selbst sind es, die es sich verbieten, daß ein Blatt untersteht wird, welches die Interessen der Arbeiterschaft derartig mißachtet, daß es bemüht ist, in einer fremden Stadt, wo der tschechische Arbeiter gezwungen ist, zu leben, die internationale Solidarität zu untergraben und zu zerstören.“ Die Ausführungen des Genossen Dusek wurden aufmerksam angehört, und es entwickelte sich eine Debatte, in der auch der berühmte Kočka das Wort ergriff und wie Petrus den Christus dreimal den Einberufer verfluchte. Der Mann gibt sich noch als Genosse aus, trotzdem er seit anderthalb Jahren seine Pflichten der Organisation gegenüber nicht erfüllt.

Zum Schluß ergriff noch Genosse Somitsch das Wort, welcher an dem englischen Streik nachwies, wie notwendig die Einigkeit und das Festhalten an dem internationalen Gedanken ist.

Damit war die Versammlung zu Ende. Nun zum Schluß muß auf die Verlogenheit der „Dělnické Listy“ hingewiesen werden, die in einer Notiz vom 20. März behaupten, daß, trotzdem die Versammlung auf 8 Uhr einberufen war, die „deutschen“ Arbeiter schon um 6 Uhr das Brauhauslotall gefüllt haben; daß die Abgeordneten Marek und Vinocec beauftragt wurden, nicht nach Simmering zur Versammlung zu gehen, daß sie aber um 8 Uhr trotz dem in einem anderen Gasthaus referiert haben. Wir konstatieren, daß die Einladungen zu der Versammlung auf 6 Uhr lauteten; daß Dvorkal schon vor 6 Uhr im Brauhaus war, daß die wenigen Separatisten ebenfalls um 6 Uhr anwesend und zum Schwagerla dirigiert wurden, und wir konstatieren weiter, daß Dvorkal vom Café „Union“ telephonierte, daß die beiden Abgeordneten nicht ins Brauhaus kamen, sondern die Haltestelle vor dem Brauhaus, bei der Kopalgasse, ausstiegen und zum Schwagerla gehen sollten; wir konstatieren weiter, daß die beiden Abgeordneten bei der Kopalgasse erwartet wurden, damit man sie über die Situation orientiert, und daß man erst dann auf die Suche ging, ein Lokal zu finden, wo man die Besprechung abhalten könnte; wir konstatieren weiter, daß erst dann, als das Lokal gesichert war, ein Wiso den in unserer Versammlung anwesenden Separatisten, die auch zum Worte gemeldet waren, gefendet wurde, und daß Kočka sofort wie er gesprochen dabongelaufen ist, während der andere auf sein Wort verzichtete, um ebenfalls dabongelaufen zu können. Wir konstatieren daher, daß der Bericht der „Dělnické Listy“ der Wahrheit nicht entspricht, und daß die beiden Abgeordneten der Tapferkeit besseren Teil gewährt und vor den Arbeitern dabongelaufen sind. Wenn die „Dělnické Listy“ jubeln mitteilen, daß trotzdem eine Zahlstelle des separatistischen Eisenbahnerverbandes gegründet wurde, so gratulieren wir diesem Blatte zu dem Erfolg seiner herostratischen Arbeit, nur wünschen wir; daß die Arbeiter, die sie durch ihre Phrasen eingefangen haben, es nicht bedauern, Verräter ihrer eigenen Interessen geworden zu sein.

**Wien, Gaudreiter II.** Die Zugbegleiter Wien St. G. O. versammelten sich Montag den 18. März im Arbeiterheim im X. Bezirk, um den Bericht zu vernehmen, was die Deputation in der Angelegenheit der Prämiengeelder und der Stundengelder auf der Linie Marchegg und Brud beim Eisenbahnminister ausgerichtet hat. Genosse Reiz, welcher Bericht erstattete, führte zunächst aus, welche Schwierigkeiten es hatte, überhaupt zum Eisenbahnminister zu gelangen, und betonte, daß die Schwierigkeiten darin begründet sind, weil die Einziehung der Prämiengeelder wohl der Hauptsache nach der Direktion zugeschrieben werden müssen. Die Deputation habe nun mit dem Minister gesprochen, und es war gut, denn derselbe verlangte, daß ihm das ganze Material noch einmal durch Genossen Reiz schriftlich überbracht werden möge. Daraus sei zu schließen, daß die Schritte vielleicht nicht umsonst gemacht worden seien.

Im Laufe der Debatte sprach auch Herr Fiedler über die Zugbegleiter und die Organisation, welche letztere er beantwortlich machte, daß die Zugbegleiter der St. G. O. so schwer geschädigt seien. Genosse Swohoda, Vertreter der Zentrale und ehemals selbst Zugbegleiter, schilderte demgegenüber die Verhältnisse der Zugbegleiter bei dieser Kategorie hin, die lediglich und nur der Organisation zu verdanken sind. Es mag sein, daß die Einführung der Normierung und des Ranges bei der Ueberleitung der St. G. O. in Staatsbahnformen durch eine nicht richtige Durchführung Mißstimmung bei den Zugbegleitern hervorgerufen, aber es kann doch das bei der St. G. O. nicht verdammt werden, was sonst überall von großem Nutzen für die Zugbegleiter war. Auch bei den Zugbegleitern der St. G. O. möge sich die Erkenntnis durchbrechen, daß ohne Organisation nicht nur nichts erreicht, sondern daß auch das Erzeugnisse oft zum Schaden für die Zugbegleiter umgedeutet und angewendet werden kann. — Die gut besuchte Versammlung schloß erst gegen 12 Uhr nachts.

**Floridsdorf. Am 19. März** fand im großen Saal des Arbeiterheim in Floridsdorf eine massenhafte besuchte Versammlung der Werkstättenarbeiter der L. I. Nordbahn statt, in welcher Genosse Tantsin den Bericht über die jüngste Lohnregulierung brachte; der Redner unterzog die unzulänglichen Maßnahmen einer Kritik, die das Ministerium trifft, um diese so tief in das Leben des Arbeiters einschlagende Angelegenheit zu erlebigen. Mit halben Maßnahmen, sagte der Redner, wird nur neuerliche Erregung und Unzufriedenheit in die Reihen der Eisenbahner getragen, was gewiß nicht im Interesse der Staatsbahnverwaltung liegt, da dadurch die ganze Arbeitsfreudigkeit unterdrückt wird. Redner forderte die Anwesenden auf, fest hinter den Vertrauensmännern zu stehen und an dem Ausbau der Organisation mitzuwirken, da nur eine starke,

nächtige Organisation imstande ist, solche einschneidende Aktionen mit Erfolg zu Ende zu führen. (Beifall) Weisung begrüßt, ergreift Abgeordneter Genosse Tomisch das Wort und sagte, daß er trotz einer wichtigen Verhandlung im Parlament in die Versammlung gekommen ist, um den Genossen zu erklären, daß er sich zu den Arbeitern zu kommen, entgegenzutreten. Genosse Tomisch erläuterte die einzelnen Phasen der Aktion im Parlament, die Haltung der bürgerlichen Parteien und des Eisenbahnministeriums sowie das Eingreifen unserer Organisation. Wenn nicht alles nach unseren Wünschen ausgefallen ist, so darf die Organisation dafür nicht verantwortlich gemacht werden, sondern die Verhältnisse, die zu besiegen wir diesmal noch zu schwach waren. Die Organisation wird die Hände nicht in den Schoß legen, muß aber von den Eisenbahnern erwarten können, daß sie ihre Bemühungen auf das tatkräftigste durch die Stärkung und Ausbau der Organisation unterstützen. (Stürmischer Beifall) Nachdem noch die Genossen Dusek und Heider gesprochen hatten, wurde die Versammlung vom Vorliegenden Genossen Kanetschn um 8 Uhr abends geschlossen.

Wels. Am 16. März, 8 Uhr abends, fand im Gasthaus „zum bayerischen Hof“ in Wels eine sehr gut besuchte Versammlung statt, wo Genosse Jakobek aus Linz über die Forderungen und die Organisation der Eisenbahner referierte. Genosse Straßner über die Hinterbliebenenunterstützung. Die Mitglieder wollen behufs Revision der Bücher dieselben dem Kassier Genossen Lehner oder dem Obmann Genossen Straßner übermitteln.

Wien IX. Am 23. März fand im Souterrainlokal des Hotel „Union“ die diesjährige Generalversammlung, bei welcher Genosse Dusek über die Hinterbliebenenunterstützung referierte, statt. Die Berichte der Funktionäre wurden aufmerksam angehört und ohne Debatte mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Nach Beantwortung einiger Anfragen in puncto Hinterbliebenenunterstützung sowie Erledigung einiger Anträge wurde die Versammlung vom Genossen Kanetschn mit der Aufforderung geschlossen, auch in dem neuen Vereinsjahr kräftig für die Organisation einzutreten.

Krems an der Donau. Die Ortsgruppe veranstaltete am 16. März in Krems und am 17. März eine Versammlung in Furth-Gottweig, in welcher Genosse Lill aus Wien über Zweck und Nutzen der Organisation referierte.

Lienz I. Am 14. März erstattete Genosse Aunger aus Villach in einer gut besuchten Versammlung den Bericht über die Sitzungen der Personalkommission.

Wien-Leopoldstadt. (Von den Magazinsarbeitern.) Am 22. März 1. fand in der Restauration „zum Eisler“, Wien II, eine Magazinsarbeiterversammlung statt, welche einen außerordentlich großen Besuch aufwies. Es handelte sich um die Magazinsaffordanten der Nordbahn. Die Aufregung dieser Arbeiter ist durch die Zustände in den Magazinen und durch die miserablen Entlohnungsart auf die Spitze getrieben worden und äußerte sich in der Versammlung mit geradezu elementarer Wucht. Nach Eröffnung der gut besuchten Versammlung durch Genossen Garon berichtete sofort Genosse Deisenhammer, der die Verhältnisse der Affordanten endlich vollständig darlegte, indem er hervorhob, daß man sich höherer Entlohnung der Einfahrt verschiebe, eine gründliche Entlohnungsregelung vorzunehmen, insbesondere jetzt, da doch eine von der Organisation ertämpfte Lohnaufbesserung im Zuge sei, welcher Lohnaufbesserung die Affordanten wahrheitsgemäß nicht teilhaftig werden sollen. So wäre es unbedingt notwendig gewesen, den Arbeiterausschuß einzuberufen; man tut es aber nicht, weil ja nur 400 Arbeiter in Betracht kommen, die nicht berücksichtigt zu werden brauchen. Herr Inspektor Putowitz hebt hervor, daß er die genauesten Informationen über die Verhältnisse der Magazinsaffordanten habe und diese bereits in einer Konferenz im Eisenbahnministerium Gegenstand einer eingehenden Behandlung waren. Da erklärte nun Herr Putowitz, daß der Durchschnittslohn der Affordanten täglich eine Höhe von 7 bis 8 Kr. erfordere. Bei der Nordbahn seien also die Affordanten die bestbezahlten Leute. Aber diese Behauptung vertritt sich nicht mit der realen Tatsache, denn nicht einmal die 30 bis 40 Mann des Petroleummagazins und des Fruchtplatzes haben dies durchschnittlich, sondern höchstens in der Hochsaison. Aber die anderen hunderte von Affordanten kommen täglich nicht einmal auf den ihnen garantierten Tagelohn von Kr. 3.10 trotz intensiver Arbeitsleistung! Liegen doch diesem Verdienst noch immer die im Jahre 1896 geschaffenen Tariffälle zugrunde, die somit wahrlich in die Jahre sind, die Affordanten in diesen Zeiten zugrunde zu richten! Das wies Genosse Deisenhammer an der Hand zweier Affordanten, an dem der Nordbahn vom Jahre 1896 und dem der Nordwestbahn vom Jahre 1910, vortrefflich nach, indem er sich sehr eingehend mit den Tariffällen und den in Verträgen enthaltenen Klauseln beschäftigte. So kommen bei der Nordbahn Tariffälle vor, die um 20 bis 28 % schlechter sind als die bei der Nordwestbahn. Genosse Deisenhammer ertastete für sein ausführliches Referat ungeteilten Beifall.

Genosse Fuchs besprach in anschaulicher Weise die Verhältnisse auf der Nordwestbahn und wie es dazu kam, dort einigermaßen bessere Verhältnisse zu schaffen, was mehrere Jahre gedauert hat. Seine Schilderung erzielte bei den Affordanten der Nordbahn volles Verständnis und wirkte anerkennend. Nachdem noch die Genossen Garon und Spinner sprachen, führte Genosse Swoboda als Vertreter der Zentrale aus, daß es der Kraft der Organisation dennoch gelungen sei, auch für die Affordanten das Zugeständnis zu erzielen, in die Lohnaufbesserung miteinbezogen zu werden, nur sei dormalen noch nicht bekannt, auf welcher Grundlage und in welchem Ausmaß sich die Aufbesserung bewegen wird. Es liege auch einzig an den Affordanten selbst, wie sie abschnitten, denn die Zugeständnisse reichten sich doch immer nach der Stärke der Organisation. Es müsse vor allem getrachtet werden, sie so vollständig als möglich auszubauen, was insbesondere bei den Affordanten notwendig sei, weil es bei ihnen nicht genüge, den Grundlohn zu haben oder wenigstens auf ihn dem Verdienst nach zu kommen, es müsse vielmehr noch eine Lohnautomatik geschaffen werden, was schon mit Rücksicht auf die Humanitätsinstitute dringend sei, wenn auch von der noch wichtigeren Seite heute nicht gesprochen werden soll. Dazu könne er nur ein fleißiges Ausbauen der Organisation und ein tüchtiges Vertrauensmännersystem empfehlen. Anapp vor 10 Uhr nachts schloß Genosse Garon die prächtige Versammlung.

Auffig. (Eine Protokollversammlung.) Am 25. v. M. tagte auf der „Königschöke“ eine allgemeine Eisenbahnerversammlung, deren Besuch erwies, daß die Eisenbahner nicht gewillt sind, sich ihr Koalitionsrecht rauben zu lassen. Massenhaft waren die Eisenbahner gekommen, um gegen die Entlassung des Personalkommissionsmitgliedes Genossen Schiller zu protestieren. Nachdem Genosse Gabel die Versammlung mit der Begrüßung der Erschienenen eröffnet hatte, Genosse Paul zum Vorsitzenden und Genosse Grünzner zum Schriftführer gewählt worden war, ergreift Genosse Schiller das Wort, um einen Mißstand auf die Verfolgungen und Drangsalierungen des Personals der A. T. E. wegen Gründung und Ausbaus der Organisation zu werfen. Zu seiner Mahnung übergehend, appellierte er an die Versammelten, seinen Ausführungen nicht nur Beifall zu erteilen, sondern denen, die vor ihm der Bewegung zum Copper gefallen sind und ihre Pflichten erfüllt, auf dem Wege der Pflichterfüllung zu folgen, dann werde der große Enderes, der sich

jetzt vor einem kleinen Arbeiter fürchtet, befehlet werden, daß man mit solchen Dummheiten die Organisation der Eisenbahner nicht umbringen werde. Wenn alle zur Organisation stehen, dann muß es anders werden, und können dann solche Angriffe auch mit Erfolg abgemehrt werden. (Beifall) Sodann nahm Reichsratsabgeordneter Genosse Tomisch das Wort. Er schilderte die Gefahren, die sich für einen Betrieb ergeben müssen, wenn alle Wünsche und Beschwerden sowie das Recht der Organisation mit Rücksicht getreten werden. In der heutigen Zeit benötigen die Eisenbahner mehr denn je das Recht, sich zusammenschließen zu dürfen. Das selbe Recht nehmen doch auch die Bahnverwaltungen für sich in Anspruch, um sich vor Schäden zu bewahren. Aber den Bediensteten will man sogar das bisherige Vertretung in der Personalkommission rauben, indem man ihre Vertreter mahregelt. Eine unklügere und dümmere Handlung könne man sich nicht denken. Wenn Enderes Augen gewesen wäre, hätte er seine Machtvollkommenheit in anderer Weise betätigen können. Sein Standpunkt, sich nichts „abtrotzen“ zu lassen, ist ein verfehlter. Die Bediensteten sind keine Erpresser. Und wenn er das Personalkommissionsmitglied Schiller entlassen habe, so wird er das vielleicht noch einmal bereuen. Denn Schiller habe jetzt mehr Zeit als bisher und werde sich besser in den Dienst der Organisation stellen können, als dies früher der Fall war. (Lustiger Beifall.) Redner kam sodann auf die der A. T. E. aufgetragene Erhöhung der Kohlentarife zu sprechen. Er berichtete über seine Intervention in dieser Richtung beim Eisenbahnministerium. Man habe ihm dort erklärt, daß das Eisenbahnministerium die Direktion der A. T. E. beauftragen werde, aus diesem Anlaß die Löhne der Bediensteten aufzubessern. Die A. T. E. sei verpflichtet, in dieser Richtung innerhalb dreier Monate Bericht zu erstatten. (Bravo!) Vom Eisenbahnministerium ist also die Zusage vorhanden, daß etwas geschieht. Eine eventuelle Verfaßlichungsaktion liege im Interesse des Staates selbst. Wir werden in dieser Richtung also wachsam sein müssen. Redner warnte davor, sich von der Direktion provozieren zu lassen und sagte, darauf gibt es nur eine Antwort in dieser Stunde: hinein in die Organisation! Ein Zurück gibt es nicht! Das ist und muß die einzige Antwort auf Schillers Entlassung sein, ohne sich aus der Ruhe bringen zu lassen. Sie müssen alle hinter ihrem gemahregelten Personalkommissionsmitglied stehen und den Beweis hierfür durch einen zahlreichen Beitritt erbringen. Wenn Sie wollen, daß das Koalitionsrecht geborgen und die Brutalität eingedämmt werden soll, so können Sie nicht anders handeln. (Demonstrativer Beifall.) Nachdem noch Genosse Deitel gesprochen und zum Beitritt zur Organisation aufgefordert hatte, verlas der Vorsitzende Genosse Paul ein Bestimmungstelegramm der Kollegen Brünns von der Konferenz der k. l. Staats-Eisenbahner folgenden Wortlautes: Die am 25. März in Wien tagende Konferenz des Personals der k. l. St. E. G. sendet der am gleichen Tage in Auffig („Königschöke“) stattfindenden Eisenbahnerversammlung ihre Sympathieunterstützung und schließt sich der Protestklärung bezüglich der ungerechtfertigten Entlassung des A. T. E. Personalkommissionsmitgliedes Schiller voll und ganz an. Sodann schloß Genosse Paul mit einem eindringlichen Schlußwort die zahlreich besuchte Versammlung.

### Aus den Organisationen.

Furth im Walde. Bei der am 3. März im Vereinslokal „zum goldenen Stern“ abgehaltenen Generalversammlung wurde nach Kenntnisnahme der Berichte der Funktionäre der Genosse Josef Krumpfhänger einstimmig zum Zahlstellenleiter wiedergewählt, an dessen Adresse sämtliche Schreiben zu richten sind. Zum Schriftführer wurde Genosse Hauben, welcher in Vertretung des Bibliothekars Genossen Kroh die Bücherausgabe besorgt, ferner die Genossen Josef Wildhammer und Ferdinand Schottenthaler als Ausschussmitglieder gewählt. Die anwesenden Genossen hörten das Referat des aus Prag erschienenen Genossen Taussig sehr aufmerksam an und beschloßen, als Gründer des Eisenbahnerheims mit dem Betrag von 20 Kr. beizutreten. Und nun ein Wort zu euch, Genossen! Sechs Jahre sind vorübergegangen, als wir uns in Furth zusammensanden, um über unsere zukünftigen Aufgaben zu beraten und eine Zählstelle hier zu gründen. Genossen, gedenket dieser Arbeit, welche wir geleistet haben und deren Erfolge sich nun unsere Gegner gerne aneignen wollen, und zwar sowohl die deutsche als auch die tschechisch-nationale. Es haben sich Leute gefunden, die für unsere Aktionen nicht einmal ihre Unterstützung gegeben haben, nur deswegen, weil wir — Sozialdemokraten sind. Und als die Frucht unserer Arbeit reif wurde, so wurden sie zu Raubtieren und wir hatten zu tun, sie abzuwehren. Genossen, gedenket der Schikanen, der Verfolgungen, die wir von unseren Vorgesetzten zu erdulden hatten; doch alles das haben wir überlebt, jede Verfolgung haben wir ertragen, denn wir waren härter als unsere Feinde, die uns vernichten wollten. Heute, nach der Zeit so schwerer Arbeit, treten unsere eigenen Genossen gegen uns mit einem solchen Haß auf, daß sie uns am liebsten vertilgen würden. Was wir vor einem Jahre gemeinsam glauben, das ist heute bei ihnen Berrat, früher wurden wir von unseren Gegnern Berräter genannt, heute stürzen sich unsere eigenen Leute auf uns, bloß darum, daß wir ihre Lehre, daß die alle, bewährte Organisation zerschlagen werden muß, akzeptieren sollen. Genossen, wir rufen euch alle zur Agitationsarbeit für unsere bewährte, alte, einheitliche Organisation auf. Es lebe die internationale Sozialdemokratie!

Wien. (Oesterreichische Nordwestbahn.) Am 1. April fand in Schneiders Gasthaus die diesjährige Generalversammlung der Ortsgruppe Leopoldstadt, welche sehr gut besucht war, statt. Nach den Berichten der Funktionäre, die sämtlich mit Befriedigung zur Kenntnis genommen wurden, fand die Neuwahl des Ausschusses statt, und wurde mit Affirmation Genosse Josef Schwab zum Obmann gewählt. Genosse Dusek referierte sodann über die 20jährige Tätigkeit der Organisation und deren Aufgaben in der Zukunft. Genosse Pokorny brachte den Bericht über die in Prag stattgefundene Konferenz der Oberbauprofessionisten, welchen Genosse Dusek überfachte.

Penzing. Am 3. April fand in Ribitsch's Gasthaus die Monatsversammlung der Ortsgruppe Penzing statt, in welcher Genosse Dusek in längeren Ausführungen die beabsichtigte Reform des Straßengesetzes erörterte und die Gefahren für die Eisenbahner aufzeigte, die in diesem Entwurfe liegen. Genosse Sommerfeld forderte mit Rücksicht auf die Anschläge, die gegen die Eisenbahner verbreitet werden, zum energischen Zusammenschluß auf, um selbe entschieden abzuwehren zu können.

Grtau. In den Monatsversammlungen vom 11. Februar und 10. März l. J. wurde beschlossen, die 2. S., die bisher zu den Monatsbeiträgen eingehoben wurden, auch weiter einzuhoben und sie zu Bibliothekszwecken zu verwenden.

Wagen I. Bei der am 26. März stattgefundenen ordentlichen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: August Stanzl, Obmann, Adolf Wildauer, Stellvertreter; Alex Schermann, Schriftführer, Lino Christofolotti, Stellvertreter; Peter Lieber, Kassier, Florian Vagoder, Stellvertreter; Franz Kreun, Josef Osmech, Anton Mahr, Ferd. Thurnwalder, Josef Plankl, Josef Wallner, Oswald Lederer, Oswald Schmid, Rudolf Döbler, Ferdinand Galler, Peter Obmayer, Josef Alcher, Johann Undeutsch, Ausschussmitglieder;

Anton Bahner, Karl Egger, Streckenkassiere; Anton Unterguggenberger, Johann Brünster, Alois Markart, Anton Somavilla, Subkassiere; Josef Steinmann, Jg. Berger, Emerich Aduaß, Kontrollor; Franz Huber, Leo Brandstätter, für den Dispositionsfonds. — Alle Zuschriften sind zu richten an Genossen August Stanzl, Oberkondukteur, St. Johann Nr. 108. — Die Monatsversammlungen finden alle zweiten Dienstag eines jeden Monats im Vereinslokal des Gewerkschaftshauses statt.

Luditz. Bei der am 24. März stattgefundenen konstituierenden Versammlung der Ortsgruppe wurden folgende Funktionäre in die Ortsgruppenleitung gewählt: Wenzel Kern, Obmann, Franz Stadl, Stellvertreter; Adolf Schrom, Kassier, Josef Jakob, Stellvertreter; Anton Mannl, Schriftführer, Adalbert Ullmann, Stellvertreter; Josef Jakob, Bibliothekar; Theodor Schud und Wenzel Pöpperl, Kontrollor; Alois Strass und Josef Sommer, Vertrauensmänner für die Strecke Protibitz-Buchau; Josef Köhler, für die Strecke Protibitz-Petschau; Wenzel Sid, für die Strecke Protibitz-Bladen.

Zuschriften sind an Genossen Wenzel Kern, Vorarbeiter in Ludwitz, Hegerhaus, zu richten.

Bruck an der Mur. Sonntag den 17. März fand die diesjährige Generalversammlung der Ortsgruppe I statt. Die Versammlung war gut besucht. Die Funktionäre brachten ihren Bericht und wurde ihnen das Absolutorium erteilt. Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: Franz Koller, Kondukteur, Peter Mosberger, Obmann, Josef Tratnitsch, Oberkondukteur und Johann Derler, Wagozmeister, Stellvertreter; Johann Friejer, Schriftführer, Florian Lenhard, Stellvertreter; Anton Döbler, Diemlach 33, Kassier Gust Seinerich, Stellvertreter; Max Sädler, Johann Wollner und Wenzel Schanda, Kontrolle; Lorenz Wiltsche, Anton Pammer, Johann Fuchs, August Hermann, Franz Stodreiter und Johann Kleiner, Ausschüsse.

Genosse Weigl brachte sodann einen ausführlichen Bericht der Leistungen der Organisation.

Saas. Bei der am 25. März abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Emil Klein, Obmann, Franz Strad, Stellvertreter; Gustav Ditt, Schriftführer, Ernst Born, Stellvertreter; Anton Hauser, Kassier; Josef Blaha, Robert Paschka und Anton Pablicetl, Ausschussmitglieder.

Ferner diene den Genossen zur Kenntnis, daß die Vereinsversammlungen jeden ersten Montag im Monat um 8 Uhr abends im Vereinslokal stattfinden. Auch werden die Mitglieder ersucht, die Versammlungen besser zu besuchen.

Alle Zuschriften sind an Emil Klein, Libotschamerstraße Nr. 1003, zu richten.

Wälslein. Am 17. März hielt die hiesige Zählstelle ihre Generalversammlung ab. In den Ausschuh wurden folgende Genossen gewählt: Franz Seidl, Zahlstellenleiter, Ignaz Kogler, Stellvertreter; Lorenz Sager, Kassier, Josef Rinder, Stellvertreter; Valasar Gruber, Schriftführer; Jakob Danko und Josef Keitel, Kontrolle; Johann Seidl, Subkassier für Loifarn; Matthias Obkirchner für Dorfgastein; Christian Preimeh für Pöbsteine; Josef Proschauer für Angertal; Alois Miksch für Ladgastein.

Nach der Wahl des Ausschusses hielt Genosse Majer einen Vortrag über die Errungenschaften der gewerkschaftlichen Organisationen.

Sämtliche Zuschriften sind an Genossen Franz Seidl, Bahnrichter in Wälslein, zu richten.

Krima-Neudorf. Am 10. März hielt die Ortsgruppe die Generalversammlung ab. Genosse Grünhänger referierte über die letzte Lohnbewegung der Eisenbahner. In den Ausschuh wurden folgende Genossen gewählt: Hermann Klinger, Obmann, Albert Goldschil, Steuerreiter; Emil Löbner, Kassier, Ludwig Blach, Stellvertreter; Franz Jahl, Schriftführer, Adolf Barth, Stellvertreter; Franz Bruha und Franz Opis, Revisoren; Josef Pfeifer, Josef Kreisl und Wenzel Richter, Kontrollor.

Stabiau. Am 14. März fand die ordentliche Generalversammlung der Ortsgruppe Stabiau mit der Tagesordnung: 1. Berichte der Funktionäre. 2. Neuwahl des Ortsgruppenausschusses. 3. Wohnungsfürsorge und Eisenbahner. 4. Eventuelles, statt. Nachdem die Berichte der Funktionäre mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und das Absolutorium dem scheidenden Ausschuh ausgesprochen und die Nachwahlen vorgenommen wurden, ergreift Genosse Dusek das Wort, um in längerer, mit statistischen Daten belegten Rede die heute herrschende Wohnungssteigerung und Wohnungsnot zu besprechen und auf die Ursachen dieser Erscheinungen hinzuweisen. Auf die Eisenbahner übergehend, schilderte Redner, wie die Organisation seit Jahren tätig ist, um der Wohnungsnot bei den Eisenbahnbediensteten dadurch zu steuern, daß Personalfhäuser auf Rechnung des Provisionsfonds gebaut werden, und in der Tat dieses Bemühen mit einem vollen Erfolg gekrönt wurde, indem heute Millionen in Personalfhäusern investiert sind und die Bautätigkeit noch weiter erstreckt wird. Redner bedauerte nur, daß Eisenbahner selbst so wenig Interesse für solche Aktionen haben, ja in vielen Fällen selbst die größten Hindernisse der Organisation in den Weg legen. Redner ermahnte daher die Anwesenden, die Organisation in ihren Bemühungen noch zu unterstützen, und schloß seine Rede mit einem Appell, die Organisation auszubauen. Das Referat wurde sehr aufmerksam angehört und mit lebhaftem Beifall ausgezeichnet. Beim Punkt „Eventuelles“ besprach Genosse Dusek noch die Einführung der Hinterbliebenenunterstützung und forderte die Anwesenden aus, bis zum 31. März zahlreich beizutreten; weiters erörterte Genosse Dusek den Bau des „Eisenbahnerheims“ und ersuchte die Genossen, sich auch für diese bedeutsame Aktion zu interessieren. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden schloß der Vorsitzende Genosse Baboraky die Generalversammlung um 11 Uhr nachts.

Wagen. Bei der am 20. März stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuh gewählt: Bl. Majer, Obmann, Josef Krauß, Stellvertreter; Josef Sedelmojer, Kassier; Fr. Regensfelder, Schriftführer, Karl Rrenn, Stellvertreter; Josef Klinger, Karl Frei und Johann Gapeil, Ausschussmitglieder; Josef Fels, Johann Reintner, Revisoren; Schlechtleitner, Savel, Pösch, Rudolf Krájz und Alois Majer, Subkassiere.

Gilli. Bei der am 23. März abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in die Ortsgruppenleitung gewählt: Josef Warr, Obmann, Nikolaus Thomann, Stellvertreter; Karl Bidik, Kassier, Franz List, Stellvertreter; Karl Felician, Schriftführer; Anton Linaer, Bibliothekar; Franz Jelen, Matthias Kandolf, Revisoren; Anton Eichinger, Martin Gunzej, Franz Sarlach, Anton Dreo, Blasius Bremec, Alexander Krajnc, Anton Breznik, Michael Rabitsch, Ausschussmitglieder. Nach der Wahl hielt Genosse Kopad aus Triest einen lehrreichen Vortrag. Alle Zuschriften sind zu richten an den Obmann Josef Warr, Portier in Gilli (Wahnhof).

Dregenz. Bei der Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuh gewählt: Karl Adl, Lokomotivführer, Quellenstraße 43, Obmann, Valentin Holzhauser, Kondukteur, Stellvertreter; Alois Seeber, Oberkondukteur, Schriftführer, Johann Schweighofer, Lokomotivführer, Stellvertreter; Anton Hainzl, Wagenschreiber, Kassier, Franz Kern, Lokomotivführer, Stellvertreter; Albert Neber,

Kondukteur, Revisor; Johann Wiesner, Johann Wagner, Heinrich Doblauer, Bibliothekar; Johann Greiner, Josef Spratter, Johann Steinberger, Subassistent; Karl Sitte, Beisitzer.

Sämtliche Zuschriften sind an den Obmann zu senden. Märzauflage. Am 24. März fand in Märzauflage die ganzjährige Generalversammlung statt. Genosse Weer hielt über das abgelaufene Vereinsjahr einen Rückblick.

Die Neuwahl der Ortsgruppenleitung ergab folgendes Resultat: Karl Leskobar, Obmann, Michael Ruschal und Johann Strauß, Stellvertreter; Franz Hübl, Kassier, Albert Scheifinger und Johann Predl, Stellvertreter; Johann Fleischhaker, Schriftführer, Dominik Brenner und Alois Julius, Stellvertreter; Josef Nigler, Alois Bibl und Viktor Sichter, Ausschussmitglieder; Peter Krejny und Ignaz Kasperbauer, Revisoren.

Alle Zuschriften sind an den Obmann Karl Leskobar, Lokomotivführer, Personalhaus 220, zu richten.

Vorderberg. In der am 16. März in Herrn Auers Gasthaus stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Alois Feigl, Obmann, Johann Rinkner, Stellvertreter; Josef Neuper, Kassier, Franz Truppe, Stellvertreter; Karl Prentner, Schriftführer, Karl Gril, Stellvertreter; Paul Egger und Johann Leistenberger, Revisoren; Raimund Schwarz und Josef Karner, Bibliothekar.

Genosse Dusek hielt einen äußerst lehrreichen Vortrag über: „Nutz und Nutzen unserer Organisation“.

Die Monatsversammlungen finden wie bisher jeden ersten Samstag im Monat um 8 Uhr abends statt.

Sämtliche Zuschriften sind an den Obmann Alois Feigl, Vorderberg, zu richten.

St. Michael ob Leoben. Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe hat am 9. März in Schmidts Gasthaus mit Vortrag des Genossen Somitsch aus Wien stattgefunden.

In den Ausschuss wurden folgende Genossen gewählt: Rudolf Schlager, Obmann, Gottfried Lenger, Stellvertreter; Michael Schönlechner, Schriftführer, Johann Köfle, Stellvertreter; Anton Gruber, Kassier, Alois Dsl, Stellvertreter; Alois Dsl, Bibliothekar, Urban Grabner, Stellvertreter; Karl Kretz, Johann Regeisen und Johann Drummel, Kontrolloren; Josef Niegler, Johann Tschalesnig, Johann Rohmann, August Gasser, Wilhelm Moser, Florian Novak, Martin Koller, Caspar Hafner, Ausschussmitglieder; Subassistent von der Strecke Seig; Michael Köstlinger, von der Strecke Krauth; Peter Spitzer.

Nach sehr lehrreichen Ausführungen der beiden Genossen Somitsch und Schlager wurde die Versammlung unter großem Beifall der Anwesenden geschlossen.

Uttwang. Am 25. März fand die diesjährige Generalversammlung statt. Nach den Berichten der Funktionäre wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Ferdinand Kohlhafer, Kondukteur Nr. 60, Obmann, Franz Bilinger, Berichtgeber, Stellvertreter; Johann Petritsch, Magazinaufseher, Kassier, Josef Gabriel, Wagenschreiber, Stellvertreter; Johann Jakubek, Schlosser, Schriftführer, Johann Jungwirth, Hilfsarbeiter, Stellvertreter; Matthias Fischer, Wochtpuer, Bibliothekar, Matthias Henauer, Heubhausmaler, Stellvertreter; Michael Kasberger, Oberkondukteur, Revisor, Johann Aspögl, Kondukteur, Stellvertreter; Dorner, Janta, Reichinger, Ausschussmitglieder.

Nach der Wahl des Ausschusses hielt Genosse Weiser aus Linz ein sehr interessantes Referat.

Die Vereinsabende finden jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, 7 Uhr abends, in Hummers Gasthaus statt. Alle Zuschriften sind an Genossen Ferdinand Kohlhafer, Kondukteur, Uttwang Nr. 60, zu richten.

Böhmisch-Leipa. Bei der am 24. März stattgefundenen Generalversammlung wurde der alte Ausschuss beinahe zur Gänze wiedergewählt. Als neugewählt erscheinen die Genossen Gustav Geppert und Franz Tschernich. Der Jahresbericht des Obmannes sowie der Kassenericht wurden allseits mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, und eine rege Vereinsaktivität sowie eine starke Mitgliederzunahme im verflossenen Jahre konstatiert.

Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind nach wie vor an Genossen Adolf Andöchel, Böhmisch-Leipa, Eichackerstraße, in Kassensangelegenheiten an Otto Hammer, Schmidt, Böhmisch-Leipa, Stadtteil III, zu richten.

Stabtau. In der am 27. März in Josef Janits Gasthaus abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Franz Babowsky, Kondukteur, Obmann, Josef Bihan, Lokomotivführer, und Karl Schmid, Magazinsmeister, Stellvertreter; Johann Gattgeb, Kondukteur, Kassier; Gondl sen., Oberlampist, Stellvertreter; Georg Pauer, Johann Wacho und Dominik Polster, Subassistenten; Robert Wiener, Magazinaufseher, Schriftführer, Johann Hafenbrabl, Partieführer, und Ludwig Drechsler, Lokomotivführer, Stellvertreter; Rudolf Hutter, Oberkondukteur, und Leopold Schwargeneder, Kondukteur, Kontrolloren; Alois Stindl, Wächter, und Emmerich Schmid, Schlichter, Zentralbibliothekar; Josef Tzer, Kupferschmied, Johann Wippl, Josef Köhler, Kondukteure, Johann Hammermüller, Karl Vogl, Bremser, Johann Seifer, Hilfsbremser, Appel, Berichtgeber, Jakob Häubl, Wochtpuer, Franz Schmid, Weichenwächter, Schmierer, Lokomotivführer, Spielvogel, Nowy, Paul Raina, Geizer, Lukasil, Wächter, und Wudi, Oberbauarbeiter, Ausschussmitglieder.

Zuschriften sind an den Obmann Franz Babowsky, XXI/5, Wurmbrandgasse 9, in Geldangelegenheiten an den Kassier Johann Gattgeb, XXI/5, Langobardengasse 23, zu richten.

Simmering. Am 17. März fand die Generalversammlung der Ortsgruppe Simmering statt, in der folgende Genossen in den Ausschuss gewählt wurden: Dubovskij, Obmann, Schwarz, Stellvertreter; Dusek, Kassier, Diedla, Stellvertreter; Machat, Schriftführer, Dvorak, Stellvertreter; Deutsch, Egl, Gries, Medved, Ondrej, Papeš, Schöb, Ripperer, Böck und Steffel, Ausschussmitglieder; Lorenz, Mendra und Mayer, Revisoren.

Sämtliche Zuschriften sind an den Obmann Alois Dubovskij, Wien XI, Geißelbergstraße 46, zu richten.

Sojen I. Bei der am 26. März abgehaltenen Generalversammlung wurden in den Ausschuss folgende Genossen gewählt: A. Stanzl, Obmann, Ad. Wildauer, Stellvertreter; Peter Treber, Kassier, Florian Vagoder, Stellvertreter; Alex. Schermann, Schriftführer, Lino Cristofletti, Stellvertreter; Franz Krenn, Anton Mayr, Ferd. Thurnwalder, Oswald Schmieb, Josef Blantl, Josef Wallner, Oswald Lederer, Rudolf Döbler, Ferd. Haller, Peter Obmayer, Josef Wscher und Johann Andeusch, Ausschussmitglieder; Anton Bayer und Karl Egger, Kassiere für die Strecke; Franz Koat,

Anton Unterguggenberger II., Johann Brunner und Anton Somavilla, Subassistenten; Josef Steinhmann, Ignaz Berger und Emmerich Wdrab, in die Kontrolle; Franz Huber und Leo Brandstätter, für den Dispositionsfonds.

Wiener-Neustadt. Bei der am 31. März stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Franz Dabrovnik, Obmann, Leopold Wallis und Josef Greiner, Stellvertreter; Franz Knoll, Kassier, Franz Dopler und Karl Kalha, Stellvertreter; Karl, Schriftführer, Johann Falb und Stribar, Stellvertreter; Josef Büchler, Franz Grabner und Franz Grafer, Bibliothekar. Als Referent war Genosse Dusek aus Wien erschienen.

Zuschriften sind zu richten an Franz Dabrovnik, Neustädterstraße 84.

Wien X. Am Montag den 18. März fand im Kleinen Saale des Arbeiterheims die ordentliche Generalversammlung statt. Nachdem das Protokoll genehmigt und die einzelnen Funktionäre ihre Berichte brachten, wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Karl Schmidt, Obmann, Johann Blas und Josef Ott, Stellvertreter; Rudolf Redl, Kassier, Franz Nagborscher, Stellvertreter; Franz Schöberl, Schriftführer, Thomas Swoboda und Franz Kaudič, Stellvertreter; Emil Sebel, Bibliothekar; Franz Chromota, Josef Mayer, Wilhelm Strasser und Eduard Albrecht, Experten; Josef Grüll, Simon Ogriš, Michael Esigi und Karl Feingl, Kontrolloren.

Zuschriften sind an den Obmann Karl Schmidt, V. Nikolausdorferstraße 20, 2. Stiege, 3. Stock, Tür 41, in Geldangelegenheiten an Rudolf Redl, X, Columbusgasse 10, 1. Stock, Tür 9, zu richten.

Schwarzach. Es diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß für die Benützung der Bibliothek bestimmte Bibliotheksstunden festgesetzt wurden, und zwar: In jedem Samstag von 7 bis 8 Uhr abends und jeden Sonntag von 9 bis 10 Uhr vormittags. Die Genossen wollen sich diese Einföhrung zunutze machen und die Bibliothek fleißiger als bisher benützen.

Auffig a. b. Elbe. Es diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß laut Beschluß die Ausschussitzungen jeden ersten Montag im Monat und die Monatsversammlung jeden zweiten Sonntag im Monat abgehalten wird.

Die Ausschussitzungen werden ersucht, immer pünktlich und bestimmt zu erscheinen.

Schredenstein. Am 25. März fand im Gasthaus „Gelgoland“ in Krammel die Generalversammlung statt. Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: Eduard Paul, Obmann; Eduard Christen, Schriftführer; Franz Macho, Kassier.

Zuschriften sind an Genossen Paul, Krammel, Rudolfstraße 93, zu richten.

St. Veit a. b. Glan. Am 24. März hielt die Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Als Referent war Genosse Sachan aus Klagenfurt anwesend.

Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: Lohner, Obmann, Submann, Stellvertreter; Sattenberger, Kassier; Macho, Wächter, Kontrolle; Petersmann, Geier, Hajch, Karl, Ezipin, Pichnegger, Pirker, Schwellberger, Schwegler, Grün und Krigl, Ausschüsse; Winkler, Kondukteur, Liebetegger, Leschanssen, und Pribas, Ersatz.

Alle Zuschriften sind nur an Genossen Josef Lohner, St. Veit a. b. Glan, Villa Kombofsch, zu richten.

Eger. In der am 17. März stattgefundenen Generalversammlung wurde folgender Ausschuss gewählt: Anton Müller, Obmann, Schwab und Portner, Stellvertreter; Georg Weigl, Schriftführer, Schmieb, Stellvertreter; Julius Reugebauer, Kassier, Kunz, Stellvertreter; Josef Schiner, Bibliothekar; Steiner und Greger, Revisoren; Adler, Dieb, Rappert, Rudolf, Huber, Kapf, Ausschüsse.

Die Monatsversammlungen bleiben an dem ersten Montag nach dem 3. im Monat aufrecht und werden die Mitglieder gebeten, dieselben fleißig zu besuchen.

Zuschriften sind zu richten an Anton Müller, Junferstraße 31.

Kühbühl. Die Generalversammlung wurde am 17. März abgehalten. Zur Leitung der Zahlstelle wurden folgende Genossen gewählt: Johann Unterrainer, Obmann; Anton Böhler, Kassier; Zottel, Schriftführer; Johann Kohlhafer, Bibliothekar.

Zuschriften sind an den Obmann Johann Unterrainer, Wahnzimmern, Geldbendungen an den Kassier Anton Böhler, Griesgasse 30 in Kühbühl, zu senden.

Sigmundsherberg. Sonntag den 3. März fand hier die diesjährige Generalversammlung statt, bei welcher Genosse Hubler über die Lage der Eisenbahner referierte.

In den Ausschuss wurden folgende Genossen gewählt: Josef Träschl, Obmann, Stephan Büschl, Stellvertreter; Johann Fellner, Kassier, Matthias Pfeiffer, Stellvertreter; Gottlieb Praxda und Darböck, Kontrolle; Rudolf Kaltenböck, Schriftführer, Josef Gahner, Stellvertreter; Johann Huber und Wenzel Pittill, Bibliothekar; Ignaz Riedermeier, Franz Neubauer und Leopold Süttner, Ordner. Als Subassistenten wurden gewählt: Rainböck für Horn, Durstmüller für Pfanz, Schner für Langenlois, Priethum für die Ce. R. W. W.

Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind zu richten an den Obmann Josef Träschl, Kondukteur in Sigmundsherberg, Maigasse 18; in Geldangelegenheiten an den Kassier Johann Fellner, Wochtpuer, Sigmundsherberg.

Weiters diene den werten Genossen zur Kenntnis, daß Ostermontag am 8. April die nächste Vereinsversammlung mit wichtiger Tagesordnung stattfindet und werden die Genossen ersucht, zahlreich zu erscheinen.

St. Pölten. Bei der am 17. März abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Funktionäre gewählt: Adolf Sedlaczek, Obmann, Franz Zapletal und Josef Filip, Stellvertreter; Josef Remec, Kassier, Josef Teufel, Josef Schmid und Ferdinand Ostlitz, Stellvertreter; Karl Masal, Schriftführer, Julius Werthold und Anton Hablicek, Stellvertreter; Anton Standfest, Archivar; Josef Hofner und Johann Hubmeier, Ordner; Rudolf Neumayer, Matthias Semala und Josef Poisl, Kontrolle.

Die Vereinsabende finden von nun an statt, und zwar: Jeden ersten und dritten Montag im Monat in Schmüllers Gasthaus um halb 8 Uhr abends, ferner jeden ersten Sonntag im Monat um 9 Uhr vormittags und am 19. eines jeden Monats um halb 8 Uhr abends in Erbens Gasthaus, Sankt Pölten, Klostergasse 7.

Alle Zuschriften sind an den Obmann Adolf Sedlaczek, Weilmann, St. Pölten, Grillparzerstraße 25, in Geldangelegenheiten an den Kassier Josef Remec, St. Pölten, Krugwieslerstraße 15, zu richten.

Verschiedenes

Eine Rechnung. Die Wahlnummer der „Glücklicher“ bringt folgenden gelungenen Witz:

An die liebliche christgadolische Parbel! Sprengmittelabteilung.

Aufstellung: Für Sprengung in die Blumenfals ... Tats Nr. 10- ... 3- ... 2- ... 1- ... 6- ... 8-

Deerungszuschlag zehn Prozent wie ausgemacht ... Kr. 3-

Am gittige Weiterbestellung in derer Campanj Bittet Umurzer Ferdl, Südtischer Contrahent St. Marx, Hoff III.

Für die absolute Nichtigkeit: Nagl.

Missionspredigten und Schweine. In der neuen Floridsdorfer Kirche in Wien hielt dieser Tage ein Jesuit Männerpredigten ab, um Mitglieder für die marianische Kongregation zu werben. Er behauptete die geringe Opferwilligkeit in den katholischen Kreisen und führte als nachahmenswertes Beispiel die Organisation der Sozialdemokratie an.

Technisches

Die größte Lokomotive. Als Vorpannlokomotive für Strecken mit sehr harter Steigung, die bisher eine Leistung schwerer Güterzüge oder das Vorpannen von zwei bis drei normalen Lokomotiven erforderlich machten, hat die Erie Railroad Company, wie „Prometheus“ dem „Scientific American“ entnimmt, drei neue Riesenlokomotiven in Auftrag gegeben.

Der sich über die ganze Länge der Lokomotive erstreckende Kessel hat eine Länge von fast 11 Metern, bei 2,5 Meter Durchmesser des Kesselmantels; er enthält 404 Nauchrohre von 6,4 Meter Länge und 56 Millimeter Durchmesser. Die Kesselfläche des Kessels beträgt 98 Quadratmeter, die Heizfläche nahezu 500 Quadratmeter, der erzeugte Dampf hat eine Spannung von 15 Atmosphären Überdruck.

Literatur

Abstinenzbeichten von Dr. M. Schacherl. Der Arbeiter-Abstinenzbund in Oesterreich, Wien VI, Schmalzhofergasse 17, hat sich bereit erklärt, bei größeren Bestellungen dieser, zur Verbreitung der Abstinenzbewegung unter den Eisenbahnern sehr dienlichen Schrift, einen Nachlaß von 20 Prozent (ein Exemplar kostet 40 S.) einzutreten zu lassen, und empfehlen wir unseren Ortsgruppen, von dieser Begünstigung Gebrauch zu machen.

Die Jahre der Geschlechtsreife von Dr. Popitz, Best 28 der Arbeiter-Gesundheitsbibliothek. Die geschlechtliche Entwicklung bedingt die gewaltigste Umwälzung im jungen Menschen, an die Stelle des bis dahin langsam, aber stetig fortschreitenden Wachstums des Körpers und seiner Organe tritt eine fast ruckweise einsetzende Vergrößerung, Verbreiterung und Vertiefung der Gestalt; Stamm und Extremitäten, Herz und Gefäße, Lungen und Kehlkopf, Hirn und Sinnesorgane erfahren bei beiden Geschlechtern so eingehende Veränderungen, daß das Individuum leicht in Gefahr gerät, darüber das Gleichgewicht, das körperliche und seelische Gleichgewicht, zu verlieren. Mit dem beschaulichen Dasein des Kindes, mit der Befangenheit von Adam und Eva, bevor sie vom Baum der Erkenntnis ge-

Leset die „Arbeiter-Zeitung“!

nacht haben, ist es vorbei, das Geschlechtsweber erwacht mit seinem Wechsel von Lust und Leid, „himmelhoch jauchzend, zu Tode betrübt“. Dieser Zeit der Geschlechtsreife, die so überaus leicht zu Gesundheitsstörungen Anlaß gibt, besonders wenn nicht von Seiten der Umgebung (Haus und Schule) heizigen Bergebeugt und den Gefahren begegnet wird, dieser Zeit der Fleischsucht und beginnenden Lungenerkrankungen, der Neurasthenie und Hysterie, der Onanie und anderen pervertierten Reigungen ein besonderes Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek zu widmen, ist gewiß berechtigt. Die vorliegende mit reichem Kenntnis und Liebe geschriebene Arbeit des Leipziger Arztes, die nach einleitenden Kapiteln über die Physiologie und Pathologie der Entwicklungsjahre in ausführlicher und ungeschämter Weise die geschlechtliche Entwicklung und deren Triebabwägungen behandelt, darf des Interesses unserer Arbeiterväter und -mütter sicher sein und so mancher jugendliche Leser der Arbeiter-Gesundheitsbibliothek wird daraus reichen Gewinn und reiche Belehrung davontragen. Zu beziehen zum Preise von 20 Pf. — in guter Ausgabe 50 Pf. — durch alle Parteibuchhandlungen und Expeditionen sowie direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68.

**Wist du eine der Unrigen?** Ein Mahnwort an die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes von Louise Biey. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis 10 Pf. Diese populär geschriebene Broschüre wird bei der Agitation unter den Frauen gute Dienste leisten. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

### Eingesendet.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

**Salzburg.** In der Nummer 11, 16. Jahrgang, vom 17. März 1912 der „Deutschösterreichischen Eisenbahnbeamten-Zeitung“ erschien Seite 130 ein Artikel, welcher die Verhältnisse im Salzburger Lebensmittelmagazin darstellend sollte.

Im Absatz 6 erklärt sich der Ausschuss der Ortsgruppe Salzburg des Deutschösterreichischen Eisenbahnbeamten-Vereines mit dem Wirtschaftskomitee solidarisch.

Es wird den Vorstandmitgliedern der Vorwurf gemacht, daß im Lebensmittelmagazin Salzburg Parteipolitik getrieben wird.

Die gefertigten Vorstandsmitglieder erklären, „daß das Wirtschaftskomitee, der Einsender des betreffenden Artikels, der Ausschuss der Ortsgruppe Salzburg des Deutschösterreichischen Eisenbahnbeamten-Vereines, sowie der verantwortliche Redakteur genannter Zeitschrift in diesem Artikel benutzt oder in Unkenntnis der Sachlage die Unwahrheit geschrieben haben“, und sprechen ihr Bedauern aus, daß Personen, welche doch auf Achtung und Intelligenz Anspruch erheben wollen, sich zu solchen Handlungen hergeben. G. Lasserer, Magazinmeister, Josef Moritz, Oberkondukteur, Vorstandsmitglieder.

### Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim“, Wien.

An Spenden für das „Eisenbahnerheim“ sind bei uns aus folgenden Orten in der Zeit vom 30. März bis 9. April 1912 eingelaufen: Brud. a. d. W. I. 20 Kr., Auperschin 20, Schwarzsch. P. 20, Rudig 20, Sainfeld 40, Wiener-Neustadt 20, Simmering 40, Wien, R. B. 10, Leobersdorf 20, Gannsdorf 20, Bregenz 20, St. Pölten 20, Eggenburg 40, Bordenberg 20, Halbstad 20, Mührsch-Schönberg 30, Dr. J. A. Tomšič, Laibach 20, R. Turr, Wien 20, Wenzel Nujel, Wien 20, C. Seider, Wien XXI, 20 Kr.

#### Werte Genossen!

Bezüglich der Abrechnung für das „Eisenbahnerheim“ bringen wir Ihnen zur Erleichterung der Durchführung folgendes zur gefälligen Kenntnis:

Die Ihnen feinerzeit gesendeten Druckorten, das ist Gründer-, Förderer- und Mitgliedsarten, sowie Mitglieds- und Sammelblöcke müssen separat in die Abrechnung eingestellt werden, und sind dieselben detailliert in die Einnahmen- sowie Ausgabenliste im Kassenbuch zu buchen.

Alle diesbezüglichen Geldsendungen ersuchen wir auf separaten Erlagscheinen, welche die Bezeichnung G. B. H. tragen, uns zu übermitteln. Im weiteren müssen Sie, Werte Genossen, immer für jene Beiträge, die Sie an uns abführen, jedesmal den Namen sowie die Kartennummer des betreffenden Käufers oder Mitgliedes verzeichnen und auf dem Erlagschein abgeführt vermerken; zum Beispiel: 1. Gr. Nr. 212, für Herrn Anton Müller, Linz, 20 Kr. 2. Fbr. Nr. 326, für Herrn Albert Mayer, und Nr. 445, für Herrn Josef Brenner, Linz, 20 Kr. Für Sammelblöcke 6 Kr., 16 Mitgliedsbeiträge à 50 Heller — 8 Kr.

Die Coupons, welche dem Mitglied übergeben werden, sowie jene, welche an die Zentrale abgeführt werden, müssen ebenfalls die Mitgliedsnummern sowie den Namen des Mitgliedes tragen und können der Gewerkschafts-Couponsendung allmonatlich beigelegt werden, um so das Postporto hierfür zu ersparen. Die Mitgliedsnummern sind Zentralnummern und finden Sie dieselben schon vorgebrückt auf den Mitgliedsarten. Die Quittierung geschieht durch die Einleibung mit der Ortsgruppenstempel für das betreffende Halbjahr. Die Vereinsleitung.

### Mitteilungen der Zentrale.

Zentralauskunftssitzung am 28. März 1912. — Bericht über die separatistische Agitation des Lokomotivführervereines in Böhmen, und Stellungnahme hierzu. — Diskussion über die seitens des Eisenbahnministeriums geplante Aktion betreffend die Reform des Freikartenwesens und Beschlußfassung über die zur Wahrung der Interessen der Eisenbahner zu treffenden Maßnahmen. — Debatte über die Rechtschuldtätigkeit unseres Vereines und die Zuweisung der Rechtsfälle an die verschiedenen Advokaturkanzleien, Einsetzung eines Komitees zur Heberprüfung der Rechtsfälle. — Erledigung des vorliegenden Einlaufes.

### Sprechsaal.

#### Achtung, Arbeiter der neuverstaatlichten Bahnen!

Als Vertreter unserer Organisation hat Abgeordneter Genosse Tomšič beim Eisenbahnministerium interveniert, daß die Durchführung der erzwungenen Lohnaufbesserung auf den noch rückständigen Bahnen, und zwar: 1. L. D. R. B. S. I. I. St. G. G. und I. I. R. B. noch vor den Osterfeiertagen erfolgen solle.

Auf diese Intervention erhielt Abgeordneter Genosse Tomšič vom Eisenbahnministerium folgende Information: „Die Aktion zugunsten der im Affordienverhältnis stehenden Arbeiter mußte mit Rücksicht auf die bei den neuverstaatlichten Bahnen bestehenden mannigfaltigen und sehr komplizierten Abwehrverhältnisse von der Lohnregulierungsaktion

für die übrigen Tagelohnbediensteten abgetrennt und einer separaten Behandlung zugeführt werden.

Trotz größter Beschleunigung der bezüglichen Arbeiten war es nicht möglich, dieselben vor Ostern zum Abschluß zu bringen; aller Voraussicht nach werden jedoch den erwähnten Arbeitern die erhöhten Verdienstebeträge noch im Laufe des Monats April zur Auszahlung gelangen.“

#### An die Mitglieder des Lebensmittelmagazins, für Bedienstete der L. I. Staatsbahnen in Knittelfeld.

Der Verlauf der XIX. ordentlichen Generalversammlung hat den unwiderleglichen Beweis erbracht, daß die seit Jahren projektierte Statutenänderung endlich durchgeführt werden muß, wollen die Mitglieder dem Institut und dadurch sich selbst nicht unerheblichen Schaden zufügen.

Die fortschreitende Verteuerung aller Lebensmittel nötigt das Magazin, alle Kräfte anzuspannen, um den Forderungen gerecht zu werden. Jeder Kaufmann benötigt bei Beginn eines Geschäftes ein Kapital, dessen Höhe beim Geschäftsbeginn mit der Größe des Geschäftsbetriebes in Einklang gebracht werden muß. Nun hat das Lebensmittelmagazin nach dem Rechnungsabluß für das Jahr 1911 nahezu zwei Millionen Kronen umgelegt, gewiß ein Umsatz, der sich sehen lassen kann. Dagegen stellen die Mitglieder — die Eigentümer — ihrem Unternehmen, ihrem Institut, nur 2 Kr. per Mitglied als Betriebskapital zur Verfügung.

Nach dem letzten Rechnungsabluß hatte das Magazin 6694 Mitglieder, welche dem Millionenunternehmen die lächerlich kleine Summe von 14.792 Kr. zur Verfügung gestellt haben. Als Folge davon ist das Institut gezwungen, immer mehr fremdes Kapital in Anspruch zu nehmen, was den Mitgliedern schwere Lasten auferlegt. Wenn die Beträge für Kapitalkosten und Skontoverlust erspart werden könnten, käme dies nur wieder der Gesamtheit der Mitglieder zugute. Tausende von Kronen könnten dadurch jährlich erspart bleiben und die Mitglieder hätten den Nutzen davon, weil das Magazin in der Lage wäre, die auf solche Art ersparten Gelder den Mitgliedern durch Verbilligung der Ware zu widmen.

Die Abstimmung in der Generalversammlung über die einzelnen Punkte der Tagesordnung hat dem derzeitigen Vorstand einen schönen Beweis des Vertrauens gebracht. Die einstimmige Zustimmung zu den Anträgen des Vorstandes war ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Mitglieder zum großen Teil von der Notwendigkeit der Modernisierung des Instituts vollkommen überzeugt sind.

Um dieses Ziel zu erreichen und dem Institut die hierzu erforderlichen Mittel zu verschaffen, ist die Erhöhung der Anteile auf 20 Kr. (zwanzig Kronen) unbedingt notwendig. Dieser Betrag muß nicht, wie von verschiedener Seite behauptet wird, auf einmal eingezahlt oder nach der Statutenänderung sofort erlegt werden, sondern kann in Monatsraten von 2 Kr. (zwei Kronen) an das Lebensmittelmagazin entrichtet werden. Der an sich gewiß erschweringliche monatliche Betrag kann von dem einzelnen Mitglied gewiß geleistet werden. Das Magazin wird nach Vollerzahlung der Geschäftsanteile in die Lage versetzt, seinen Verpflichtungen anstandslos nachzukommen.

Werte Mitglieder! Es wird von einzelnen Gruppen der Versuch unternommen, diese Statutenänderung unter den nichtstimmenden Vorwänden zu hinterziehen. Gebt diesen Leuten kein Gehör, denn sie verfolgen nur Sonderinteressen zum Nachteil der gesamten Mitglieder und der Genossenschaft. Alle Freunde der Genossenschaft müssen am 21. April 1912 geschlossen für die Statutenänderung stimmen.

Die Vollmachten allein genügen nicht, da auch Dreiviertel der Anwesenden für die Aenderung der Statuten stimmen müssen. Es ist deshalb die persönliche Anwesenheit bei der zweiten Generalversammlung unbedingt notwendig. Es dürfen weder Mühe noch Opfer gescheut werden, um den Kampf für die Statutenänderung in einer dem Lebensmittelmagazin günstigen Form zum Abschluß zu bringen. Je rascher die Angelegenheit zum Abschluß gebracht wird, desto rascher wird die für eine gedeihliche Entwicklung des Instituts notwendige Ruhe eintreten.

Werte Mitglieder! Wir rechnen auf eure Einsicht, Opferwilligkeit und Disziplin und hoffen, daß jeder einzelne trachten wird, in der am 21. April 1912 stattfindenden Generalversammlung persönlich zu erscheinen und seine Stimme für die Statutenänderung abzugeben.

Wer nicht kommen kann, sende seine Vollmacht nach Knittelfeld, Hauptplatz 2 (Volkshaus).

#### Achtung, Stations- und Streckenwächter der Strecke Schwarzach-St. Veit-Wörgl.

Am Samstag den 18. April, 2 Uhr nachmittags, findet beim Stäcklwirt in Saa'felden eine Versammlung der Stations- und Streckenwächter sowie auch der übrigen Diener der Gruppe des Stations- und Bahnerhaltungsdienstes statt. Tagesordnung: 1. Berichtserstattung von der Personalkommissionsitzung am 27. März. 2. Einleitung einer Aktion betreffend einer Turnusänderung für die Streckenwächter. 3. Allfälliges. Referent: Personalkommissionsmitglied Genosse Johann Mayer. Zahlreiches Erscheinen in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung dringend notwendig.

Der Einberufer.

#### Wächterpersonal der Strecke Komotau-Bodenbach!

Am 14. April um 3 Uhr nachmittags findet in Weiskirchlich im Gasthaus „zur Morgenröte“ eine allgemeine Wächterversammlung statt, wo über die Konferenz der Wächter berichtet und die Wahl eines Hauptvertrauensmannes für das Wächterpersonal stattfinden wird. Die Strecken- und Weidenwächter der Strecke Bodenbach-Komotau werden aufgefordert, sich an dieser wichtigen Versammlung zahlreich zu beteiligen.

#### Eisenbahner von Wien IV, Achtung!

Montag den 15. April, 8 Uhr abends, in Trojans Saal, IV, Allee-gasse 46

#### Wählerversammlung

für Eisenbahner und Bedienstete. Tagesordnung: Die Gemeinderatswahlen. Referenten: Reichsratsabgeordneter Doktor Wilhelm Ellenbogen und der Kandidat für den IV. Wahlkörper Franz Sonneneitner.

### Offene Anfragen.

#### An die k. k. Staatsbahndirektion Linz.

Die Kanzleidiener des Frachterspedits Linz haben um Verbesserung ihrer Dienststellung mittels Gesuche als auch durch deputative Vorgesprache bei Herrn Hofrat Dr. Messerlinger angefragt, bisher ohne Erfolg, obwohl ihnen Verbesserung zugesichert wurde.

Da eine Verbesserung des Dienstes leicht durchgeführt werden kann und Herr Hofrat Dr. Messerlinger dies zusagte, so bitten die Betroffenen um Untersuchung der Sache und endliche Abhilfe.

### Freie Eisenbahnerversammlungen.

**Peitzkau bei Karlsbad.** Sonntag den 14. April 1912 findet um 3 Uhr nachmittags in Herrn Vielohlawek's Gasthaus in Peitzkau eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die Forderungen der Eisenbahner und des Parlament. 2. Besprechung wegen Gründung einer Ortsgruppe. 3. Anträge und Anfragen. Referent Genosse Josef Kraus aus Falkenau. An alle dienstfreien Kollegen der Strecken Töppeles, Tepl und Landek stellen wir das Ersuchen, für diese Versammlung eine recht rege Agitation zu entfalten.

**Bellerabodorf.** Sonntag, 14. April 1912, 2 Uhr nachmittags, in Josef Graf's Gasthaus freie Eisenbahnerversammlung. Tagesordnung: „Die Forderungen der Eisenbahner und des Parlament.“ Referent Genosse Franz Somitsch aus Wien.

**Willing.** Montag, 15. April 1912, 8 Uhr abends, Messars Gasthaus, freie Eisenbahnerversammlung. Tagesordnung: „Die Forderungen der Eisenbahner und des Parlament.“ Referent Genosse Franz Somitsch aus Wien.

### Allgemeiner Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich.

**Ortsgruppe Kriegersdorf.** Sonntag den 14. April, 1/3 Uhr nachmittags, findet in Freudenthal, Arbeiterheim, Olmüherstraße, eine Wächterkonferenz mit folgender Tagesordnung statt: 1. Forderungen der Wächter. 2. Besprechung über das bisherige Resultat der Aktionen sowie über die Stellung der Bahnverwaltung zu den Forderungen. 3. Besprechung über das Ergebnis der Personalkommission in der vergangenen Funktionsperiode. Die Wächter der Direktion Olmütz werden ersucht, wegen der besonders wichtigen Tagesordnung zahlreich zu erscheinen.

**Ortsgruppe Rudig.** Die Mitglieder der Ortsgruppe werden aufgefordert, die Mitgliedsbücher behufs Revision bis längstens 20. April an die Ortsgruppenleitung abzugeben.

**Ortsgruppe Klagenfurt.** Am 14. April um 1/3 Uhr nachmittags findet im Vereinslokal, Törlers Gasthaus in Klagenfurt, eine Versammlung der Oberbauarbeiter der Südbahn statt, wo Genosse Eger, Mitglied des Arbeiterausschusses der Südbahn, seinen Tätigkeitsbericht erstatten wird. Massenhaftes Erscheinen ist notwendig.

**Ortsgruppe Brunn I.** Die Adresse unseres Obmannes ist: Josef Pfeffer, Brunn, Zurendegasse 2, wohn alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten zu richten sind.

**Ortsgruppe Braunau am Inn.** Sonntag den 14. April um 3 Uhr nachmittags findet in Frau Bachleitners Gasthaus in Braunau am Inn die diesjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Berichte der Funktionäre. 2. Wahl der Ortsgruppenleitung. 3. Vortrag.

Nachdem wir bei der Einberufung dieser Versammlung in erster Linie darauf Rücksicht genommen haben, daß auch die Genossen von der Strecke an derselben teilnehmen können, ersuchen wir sie, sowie alle anderen Genossen, für einen zahlreichen Besuch der Generalversammlung Sorge zu tragen. Referent aus Wien.

**Ortsgruppe Wlansto.** Die Generalversammlung wird am 14. April um 2 Uhr nachmittags im Arbeiterheim in Wlansto abgehalten. Pflicht der dienstfreien Mitglieder ist es, bestimmt und pünktlich die Versammlung zu besuchen. Referent Genosse Probst.

**Ortsgruppe Brüx.** Die Monatsversammlung findet am 14. April um 8 Uhr abends im Restaurant Sud in Brüx statt. Sämtliche dienstfreie Kollegen werden aufgefordert, bestimmt und pünktlich zu kommen. Referent aus Prag.

**Wien, Ortsgruppe II.** Indem die Gemeinde eine neue Numerierung der Häuser durchgeführt hat, werden die Mitglieder ersucht, die alte sowie die neue Adresse an die Administration des „Eisenbahner“, Wien V/1, Bentzlgasse 5, I. Stock, mittels Korrespondenzkarte bekanntzugeben, damit in der Zustellung der Zeitung keine Störung eintritt und unnötige Zeitungsreklamationen der Ortsgruppe erspart bleiben. Diese Angelegenheit ist sobald wie möglich durchzuführen.

**Ortsgruppe Laibach.** Sämtliche Mitglieder werden ersucht, ehestens ihre Mitgliedsbücher abstempeln zu lassen.

**Zahlstelle Auperschin.** Es diene den Genossen zur Kenntnis, daß die diesjährige Generalversammlung am Sonntag den 14. April, 2 Uhr nachmittags, im Gasthaus „zum Vielathal“ in Welboth stattfindet.

Um vollzähliges Erscheinen ersucht die Zahlstellenleitung.

**Zahlstelle Gbrkan.** Die Zahlstelle hält am 21. April d. J. um 1/8 Uhr abends ihre Generalversammlung im Hüblers Gasthaus in Neu-Birken ab. Die dienstfreien Kollegen sind freundlichst eingeladen und werden ersucht, die Frauen mitzubringen. Gäste sind willkommen.

**Ernim Linkouf raon**  
**Boisfennine**  
ersta monn Doucouf, wüf  
dov wüftiozn Vicizimolgornt  
mit Bild Pflanzene Dünnig  
als Tisitzmonen und Inn  
Nomnu Boisfennine zu ne  
folmn. Es vjmbt wimln min-  
Dmnomtiozn Nonfofminiozn.

**Boisfennine**  
bringt Gluck ins Haus.





### Brunner Stoffe

für Herrenkleider zu billigsten Fabrikpreisen kauft man am besten bei  
**ETZLER & DOSTAL, Brünn 93**  
 Lieferanten des Lehrbundes und Staatsbeamtenvereines.  
 Durch direkten Stoffeinkauf vom Fabrikplatz erspart der Private viel Geld. — Nur frische, moderne Ware in allen Preislagen. — Auch d. kleinste Mass wird geschnitten.  
**Reichhaltige Musterkollektion postfrei zur Ansicht.**



## Warum kaufen Sie ohne Anzahlung

eine Sprechmaschine direkt in einziger Fabrik Oesterreichs am besten?

**Weil** jede Frucht, Robt, Packung wie bei ausländischen im Preis miteingehalten, jede Maschine bis zur kleinsten Schraube vollständig fabrikt ist, den Hand-rummen haben.  
**Weil** zu jeder Maschine drei Jahre Garantie ist, jedes Plattenfabrikat darauf spielen können, jede Maschine eine Klasse für sich bildet und meine Fabrik nicht erst gehen ge ründet wurde, sondern seit 1898 besteht, daher für größtes Untergewonnen bürgt.  
**Weil** ich an solvente Kunden ohne Anzahlung in Raten von 5 Kronen an liefern und 10 Monate Kredit gewähre.  
 Vorführung ohne Kaufzwang in der Fabrik.  
 Katalog gratis. **Kein Cassenlaben.**  
 Einzige Sprechmaschinenfabrik Oesterreichs  
**Leop. S. Rimpint, Wien VII, Kaiserstraße Nr. 65.**

## Begünstigung.

Achtung! Allen Kollegen und deren Angehörigen empfehlen wir auf ihrer Reise nach

### Triest das „Hotel Balkan“

in nächster Nähe der Südbahn auf das wärmste. Bei Vorweisung der Legitimation von den Zimmerpreisen ein 20prozentiger Nachlaß. Vorzügliche Wiener-Küche, ausgezeichnete Getränke. Kaffeehaus im Hotel. Telefon 1253.

### 1000fachen Dank

für Ihre vorzügliche Pohl- Seife (Stück Nr. 120), durch welche ich nach kurzem Gebrauch vollkommen hergestellt wurde, obwohl ich beinahe 24 Jahre an Gicht und Rheumatismus litt. Ich spreche Ihnen auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank aus. Leopold Hölzl, Reichsbauer, Wien III, Reibgasse 12.

### Pohl-Seife

die sich auch bei Weiden, Strecken, Jucken, Rheuma und Hautausschlägen vorzüglich bewährt, ist zu haben in Kartons à 4 Kr. direkt beim Fabrikanten J. G. Pohl, Beauvais am Rhin, Nr. 6. Depot in Wien: Apotheken: I. Planengasse 6, I. Graben 7, I. Fleischmarkt 11, I. D. Herbart 8, XII, Die Dinger Hauptstraße 45.

### !!! 500 Kronen !!!

zahle ich Ihnen, wenn Ihre Hühneraugen, Warzen, Hornhaut, meine Wundermittel-Riasalbe in drei Tagen nicht schmerzlos entfernt. Preis eines Regels samt Garantiebrief 1 Kr.

**Kemény, Kaschau**  
 I. Postfach 12/115, Ungarn.

### Speck-Export.

Beste billige Speck, schmalzig, bis in 5 kg-Packungen à Kr. 1.50 franco gegen Nachnahme. Rohbratenungen in Dosen zu 50 kg à 70 Kr. ab Bahn hier gegen Vorauszahlung des Betrags oder 1 Kr. Anzahlung per Kupon, Rest Nachnahme. Preise freibleibend.  
**S. STEINER, WIEN II**  
 Walerstraße 40/415. 103

**Billige Bettfedern**  
 1 Pilo: neue geschliffene K 2.00 bessere K 12. —, weiße bauneweiche geschliffene K 18. —, K 24. —, schwarze bauneweiche geschliff. K 30. —, K 36. —, K 42. —  
 aus voltem Bettinlett, gefüllt 1 Duhent über 1 Unterbett 150 cm lang, 116 cm breit K 10. —, K 12. —, K 15. — und K 18. —, 2 Meter lang, 140 cm breit K 13. —, K 15. —, K 18. —, K 21. —, 1 Kopfkissen 60 cm lang, 58 cm breit K 3. —, K 3.50, und K 4. —, 90 cm lang, 70 cm breit K 4.50 und K 5.50  
 Anfertigung auch nach jeder beliebigen Maßangabe 3-reihige Gaa-Matrasen auf 1 Bett à K 27. —, bessere K 33. —, Versand franco per Nachnahme von K 10. —  
 aufwärts, Umtausch und Rücknahme gegen Portorechnung gestattet. **Venedikt Sachtel, Tobes Nr. 170 bei Pilsen, Böhmen. 12**

### Parteigenossen!

Bestellen auch jeder für eure Familie ein Paket schlesischer Reste, enthaltend: Prima Kanegas für Bettüberzüge, starken Dendenord, Stoff für Hemden und Kleider, Blandruck, Blusen- und Kleiderstoffe, Leinwand zc. Alles in Prima Qualität. 40 Meter um 16 Kr., beste Sorte 40 Meter um 18 Kr. per Nachnahme. Die Länge der Reste beträgt von 4 bis zu 14 Metern und kann jeder Rest bestens verwendet werden.  
 Für Wiederverkäufer glänzender Verdienst.  
 Mit Parteigruß  
**Seppold Witzel, Handweber**  
 in Nachod Nr. 17, Böhmen.  
 Mitglied der politischen Orts- und Fachorganisation.

## Heile die Trunksucht, ehe der Trunksüchtige das Gesetz verletzt



Retto ihn, ehe der Alkohol seine Gesundheit, Arbeitslust und Vermögen zerstört hat oder ehe der Tod die Rettung unmöglich gemacht hat.  
**Coom** ist ein Surrogat für Alkohol und bewirkt, dass der Trunksüchtige geistige Getränke verabscheuen wird. **Coom** ist vollkommen un-schädlich und wirkt so intensiv, dass auch stark trunksüchtige Personen einen Rockfall n. mais bekommen.  
**Coom** ist das Neueste, was die Wissenschaft in dieser Beziehung hervorgebracht hat und hat derselbe bereits Tausende von Menschen aus der Not, dem Elend und Ruin errettet.  
**Coom** ist ein leicht lösliches Präparat, das zum Beispiel die Hausfrau ihrem Gatten im Morgengetränk geben kann, ohne dass er das geringste davon merkt. In den meisten Fällen versteht der Betroffene gar nicht, weshalb er plötzlich Spiritus nicht vertragen kann, sondern glaubt, dass der übertriebene Genuss davon der Grund dazu sein wird, wie man oft eine gewisse Speise verabscheuen kann, wenn man dieselbe zu oft genossen hat.  
**Coom** sollte jeder Vater seinem Sohne, dem Studenten, geben, ehe er beim Examen durchfällt, wenn er dem Trunk auch nicht besonders ergeben ist, so schwächt der Alkohol doch sein Gehirn. Ueberhaupt sollte ein jeder, der nicht willenskräftig genug ist, sich dem Genuss geistiger Getränke zu enthalten, eine Dose „Coom“ einnehmen. Solches ist völlig unschädlich. Der Betroffene konserviert dadurch seine Gesundheit und erspart sehr viel Geld, das sonst zu Wein, Bier, Brantwein oder Likör verwendet worden wäre.  
**Herr R. F. schreibt:** Coom Institut, Kopenhagen, Dänemark.  
 Ich bitte, so gütig zu sein, eine Schachtel Coom zu senden mit Postnachnahme à 10 Kronen. Ich habe einen Freund, der sich sehr stark dem Trunk ergeben hat, und möchte ihn gern abgewöhnen. Mit dem bis jetzt gesandten Coom habe ich schon drei Personen abgewöhnt; sie sind jetzt ganz tüchtige Männer, nur wollen sich die Menschen bei uns nicht anreden lassen. Vielmal dankend, verbleiben wir Sie ehrend. **R. F. Döbgyör gartelep. 25. XI. 1910. Ungarn.**  
 Das Coom Präparat kostet 10 Kronen und wird versandt gegen Vorausbezahlung oder gegen Nachnahme nur durch

**Coom Institut, Kopenhagen 314, Dänemark.**  
 Briefe sind mit 25 Heller. Postkarten mit 10 Heller zu frankieren

Beste billigste Bezugsquelle!  
**Bettfedern, Daunen**  
 1 Pilo neue, graue, geschliffene Bettfedern K 2. —, bessere K 2.40, halbweiße K 2.80, weiße K 4. —, bessere K 6. —, Gerdichal geschliff. (schmerzlich) K 8. —, Daunen, grau K 6. —, 7. — und 8. —, Daunen, weiß K 10. —, Brustbaum K 12. —, Halsbaum K 15. —, von 5 Pilo an franco.  
**JOSEF BLAHUT, DESCHENITZ**

### Fertige Betten

aus dichtfähigem roten, blauen, gelben oder weißen Manting, 1 Tuchent circa 180/120 cm groß, aus 2 Kopfpolster, diese circa 80/60 cm groß, genügend gefüllt mit neuen, saunen, dauerhaften Federn, K 16. —, Halbdaunen K 20. —, Daunen K 24. —, Tuchent allein K 12. —, 14. — und 16. —, Kopfpolster allein K 3. —, 3.50, 4. —, Tuchent, circa 180/140 cm, K 15. —, 18. — und 20. —, Kopfpolster, circa 90/70 cm, K 4.50, 5. — und 5.50, Unterbett, circa 180/116 cm, K 15. —, 15. — und 18. —, Auberbetten, Bettüberzüge, Leinwand, Matrasen, Steppbetten, Planenbetten u. s. w. billigst, versendet per Nachnahme. Verpackung gratis, von K 10. — an franco.

**Josef Blahut, Deschenitz Nr. 109 (Böhmerwald).**  
 Nichtpassendes umgetauscht oder Geld retour. Verlangen Sie die ausführliche, illustrierte Preisliste gratis und franco.

### 1000 und 1 Nacht

habe ich darüber nachgedacht, wie es andere bei geringem Einkommen anstellen, dass sie sich stets elegant und schick kleiden, als ich endlich das Fabrikat-Versandhaus „Liboria“, Reichenberg S. L. B., entdeckte, wo stets ein reichsortiertes Lager in Herren-Anzugs- und engl. Kostümtstoffen etc. zu staunend billigen Preisen zu haben ist.  
**Tausende Meter Reste stets lagernd.**  
 Kreditfähigen Teilzahlung ohne Aufschlag. Master anwärts franco.

## Wilhelm Beck & Söhne

k. u. k. Hoflieferanten  
**Wien VI, Hirschengasse 25**  
 Fabrik für alle Arten Eisenbahnuniformen, Kappen und sonstige Ausrüstungssorten  
 Preisurante gratis und franko  
 Tuchfabrik: Humpolec (Böhmen)

### Um meine Waschmaschinen zu 24 Kronen

mit einem Schlage überall einzuführen, habe ich mich entschlossen, dieselbe zu obigem billigen Engros-Preis ohne Nachnahme zur Probe zu senden! Kein Kaufzwang! Durch Seifenersparnis verdient sich die Maschine in kurzer Zeit! Leichte Handhabung! Leistet mehr wie eine Maschine zu 70 Kronen! Die Maschine ist aus Holz, nicht aus Blech und ist unvorwüstlich! Größte Arbeitserleichterung! Schont die Wäsche wie bei der Handarbeit! Zahlbar innerhalb 3 Monaten. Schreiben Sie sofort an  
**Paul Alfred Goebel, Wien VIII/2, Albertgasse 3.**  
 Vertreter auch zu gelegentlichem Verkauf überall gesucht. Bitte nicht zu vergessen, die Bahnstation anzugeben, nach welcher die Maschine geschickt werden soll.

### Gutbezahlte Stellung

finden stets diejenigen, die sich der weltberühmten Selbstunterrichtswerte „System Karnad-Sachfeld“ zu ihrer Weiterbildung bedienen. Gründliche Ausbildung zum Monteur, Maschinenisten, Werkmeister, Betriebsingenieur, Werkzeugmaschinenbauer, Maschinenkonstrukteur, Ingenieur, Formner und Gießereimeister, Gießereitechniker, Bauschlosser und Justizassistent, Lokomotivheizer und -führer, Eisenbahntechniker, Elektroinstallateur, Elektr. Ingenieur. Ausführliche Prospekte und eine 62 Seiten starke Broschüre „Karnad-Sachfeld“ werden auf Verlangen jedermann kostenlos zugesandt von  
**Schallehn & Wollbrück, Wien XV/1.**

## DRUCK- U. VERLAGS- ANSTALT

### VORWÄRTS

Wien V, Rechte Wienzeile 97  
 liefert Vereinen und Organisationen Druckarbeiten rasch in tadelloser Ausführung un. zu sehr coulanten Bedingungen  
 Telefon 2364 Bedingungen Telefon 3545

### Ein vorzügliches Qualitätsbrot

das sich von allen anderen Brotsorten durch seine reinliche, hygienisch einwandfreie Erzeugung unterscheidet, ist

## HAMMERBROT

Schutzmarke eingepreßt auf jedem Laib.  
 Täglich zweimaliger Bahnversand nach allen Stationen.  
**Hammerbrotwerke und Dampf-mühle**  
 Skaret, Hanusch & Co., Schwechat bei Wien.  
 Verkaufsbureau: Wien II, Zirkusgasse 21.  
 Telefon 23.240. Telefon 23.240.  
 Hammerbrot ist zu haben in den Lebensmittelmagazinen sämtlicher  
 ::: Bahnverwaltungen Wiens. :::

# Dr. Kant's Lungentee!

Preis per Paket K 1.50. Erhältlich in allen Apotheken oder direkt beim Hauptdepot  
**Schutzengelapotheke, Wien XII, Meidlinger Hauptstrasse Nr. 45.**  
 Herausgeber Josef Tomschik. — Verantwortlicher Redakteur Franz Vill. — Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ Gussboda & Co., Wien, V., Rechte Wienzeile 97.